

# BAYERNKURIER

Deutsche Wochenzeitung für Politik, Wirtschaft und Kultur



**Blickpunkt:** Sudetendeutscher Tag in Augsburg Seite 3

**Report:** Global Player aus Bayern Seiten 15-20

**Werte:** Ludwig II. – Ein getriebener König Seite 22



Nr. 24 | Jahrgang 65 | 14. Juni 2014

www.bayernkurier.de

Preis 1,70 €

## Maut: Dobrindt nennt erste Details

Berlin – Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt hat in der Diskussion um die von der CSU initiierte Einführung einer Pkw-Maut auf deutschen Autobahnen erste Details seines Konzepts vorgestellt.

Demnach scheint das System einer Vignette, wie es beispielsweise in Österreich angewendet wird, auch für Deutschland ein passendes Konzept zu sein. Die Kosten für ein „Jahrespäckchen“ könnten sich dabei auf etwa einhundert Euro belaufen, teilte der CSU-Minister mit. Gleichzeitig versicherte Dobrindt einmal mehr, die deutsche Pkw-Maut sei in jedem Fall mit europäischem Gesetz vereinbar und werde die deutschen Autofahrer nicht mit zusätzlichen Kosten belasten. Stattdessen sollen sie an anderer Stelle entlastet werden, um am Ende nicht mehr bezahlen zu müssen als bisher. Dobrindt brachte außerdem die Möglichkeit ins Gespräch, Vignetten für geringer motorisierte oder umweltfreundlichere Autos könnten günstiger ausgegeben werden.

Die CSU hatte in den Koalitionsverhandlungen das Ziel einer Pkw-Maut durchgesetzt – unter anderem mit dem Argument, dass Bayern eines der am stärksten betroffenen Transitländer in Deutschland ist. Dobrindt will die Maut 2016 einführen und sein endgültiges Konzept bis zur Sommerpause vorlegen. Der Erlös soll bei über 250 Millionen Euro pro Jahr liegen. Das Geld soll zum Ausbau der Verkehrsinfrastruktur eingesetzt werden.

dos Seite 13



Großbritanniens Premier David Cameron, Bundeskanzlerin Angela Merkel, Schwedens Regierungschef Fredrik Reinfeldt und der niederländische Premierminister Mark Rutte (v. li.) bei einer Rudertour auf einem See nahe Stockholm. Bild: Reuters

## Merkel hält an Juncker fest

Mini-Gipfel in Harpsund – Cameron isoliert

**Harpsund – Beim Tauziehen um den Posten des Kommissionspräsidenten muss sich der britische Premierminister Cameron auf eine Niederlage einstellen.**

Wenn sich der britische Premierminister David Cameron damit abfinden muss, dass EVP-Kandidat Jean-Claude Juncker doch EU-Kommissionspräsident wird, dann soll er wenigstens inhaltliche Zugeständnisse nach Hause tragen können. Das war die Botschaft des Mini-Gipfels im schwedischen Harpsund. Bundeskanzlerin Merkel traf sich dort mit den Juncker-Skeptikern Cameron, Schwedens Ministerpräsident Frederik Reinfeldt und dem niederländischen Premier Mark Rutte.

Alle vier plädierten für einen künftigen Kurs der EU-Kommission, der auf Wettbewerbsfähigkeit, Innovation, Schaffung von Arbeitsplätzen, Strukturreformen und Abbau von Bürokratie zielt. Auch das wichtige Thema Freizügigkeit wurde besprochen.

In den Sachfragen stellt sich Bundeskanzlerin Merkel gerne hinter den britischen Premier. Aber den EVP-Spitzenkandidaten Juncker will sie nicht fallen lassen: „Ich habe gesagt, dass für mich Jean-Claude Juncker der Kandidat für das Amt des Kommissionspräsidenten ist“. Rutte sprach sich nicht offen für oder gegen Juncker aus. Reinfeldt, der übrigens Junckers EVP angehört, äußerte wie andere Regierungschefs auch Vorbehalte dagegen,

dass im Voraus Partei-Kandidaten ausgewählt würden. Doch trotz intensiver Telefon-Diplomatie ist es Cameron offenbar nicht gelungen, eine Blockademinderheit gegen Juncker im Rat zusammenzubringen. Es könnte auf den italienischen Premier Matteo Renzi ankommen, der auch gesagt hat, dass Juncker kein automatisches Recht auf das Amt habe.

Für Cameron wäre ein Kommissionspräsident Juncker eine Niederlage – und ein Geschenk für die Unabhängigkeitspartei UKIP und den EU-kritischen Flügel der Tories. Auch die Labour-Partei mobilisiert gegen Juncker, um gegen Cameron zu punkten. Problematisch ist für ihn auch, dass nach dieser EU-

Wahl die meisten Regierungen zuhause auf Distanz zu EU-kritischen Protestparteien gehen – und zu EU-Reformen, wie Cameron sie anstrebt. Gleichzeitig steigen in London die Erwartungen an das Reformpaket, das Cameron mit Brüssel aushandeln und 2017 in Großbritannien zur Abstimmung stellen will.

Bei alledem geht es um eine zentrale Verfassungsfrage, beobachtet die Londoner Wochenzeitung *The Economist*: Bisher war die Kommission unparteiischer Wächter des Binnenmarkts, der Mitgliedsstaaten notfalls auf Reformkurs zwingt. Jetzt wird das Amt des Kommissionspräsidenten parteipolitisch besetzt. Das verändert die Kommission und mit ihr die EU.

Heinrich Maetzke

## ZUR SACHE

### OBEN UND UNTEN

**Wer hat Angst vor Christian Wulff?** Die Frage stellte sich, als der inzwischen rehabilitierte Altbundespräsident in gedruckter Form sein Schweigen um die Wochen der Affäre um seine Peron und seinen Rücktritt brach.

Eigentlich wollte er keine Erinnerungen mitteilen oder gar eine Abrechnung mit seinen Widersachern betreiben, beteuerte Wulff, doch sein guter Vorsatz scheiterte. Seine interessante Fragestellung, ob das Zusammenspiel von Staatsanwälten und Presse das demokratische Prinzip der Gewaltenteilung bedroht, verschwindet nahezu hinter einer Generalabrechnung mit Journalisten von *BILD* und anderen Medien, die „jeden Stein in seinem Leben umdrehen.“ Dahinter taucht auch seine Selbsterkenntnis ab, Fehler gemacht zu haben.

Bemerkenswert an Wulffs Buchvorstellung ist einmal mehr die Reaktion der Ständevertreter des Journalistenberufs. DJV-Chef Konken beeilte sich, die Kollegen reinzuwaschen. In schöner Realitätsverweigerung behauptet der Spitzenfunktionär schon seit Langem, es habe keine Medienhatz gegen den amtierenden Bundespräsidenten in den Wochen um den Jahreswechsel 2011/2012 gegeben. Dabei zeigt nicht nur der Fall Wulff, dass der Berufsstand endlich über die Lust am medialen Hyperventilieren diskutieren sollte.

Peter Hausmann

## DIE SCHARNAGL-KOLUMNE



Wilfried Scharnagl

**Mario Draghi, italienischer Präsident der Europäischen Zentralbank (EZB) in Frankfurt, liebt es gerne kräftig, in der Tat und mit dem Wort.** Wer sein Spiel mit Milliarden hinterfragt oder kritisiert, stößt bei dem ehemaligen Spitzenmanager von Goldman Sachs auf Unverständnis.

So verpasste er schon zu Jahresbeginn den Deutschen insgesamt ob deren weit verbreiteter Skepsis gegen die Politik der EZB einen heftigen Rüffel und warf ihnen hinsichtlich ihrer Sorgen um ihr Geld und dessen Zukunft eine „perverse Angst“ vor.

Im November 2013 hatte die EZB den Leitzins auf das damalige Rekordniveau von 0,25 Prozent gesenkt, was in Deutschland zu anhaltenden Diskussionen und heftiger Kritik geführt hatte.

Der ehemalige Bundesverfassungsrichter Paul Kirchhof rügte die Zinspolitik der EZB und ihres Präsidenten, durch die es zu einer schleichenden Enteignung der deutschen Sparer komme. Kirchhof sah damit das „Grundrecht auf Eigentum“ verletzt: „Das Verfassungsrecht verspricht jedem Bürger, dass sein Kapital einen Ertrag bringt.“ Dieses Versprechen werde dank der EZB-Politik nicht mehr erfüllt, „eine Kernidee des Eigentums ist abgeschafft“.

Inzwischen hat Draghi erneut gegen die deutschen Sparer zugeschlagen. Die EZB senkte den Leitzins noch weiter, auf den noch nie dagewesenen Stand von 0,15 Prozent. Gleichzeitig wurden für September und Dezember des laufenden Jahres weitere Milliardenbeträge für die Geschäftsbanken angekündigt. Draghi in seiner Hemmungslosigkeit, Geld auszugeben, das er nicht hat: „Wenn es notwendig ist, werden wir im

### Draghi und die deutschen Sparer: Wirklich nur „perverse Angst“?

Rahmen unseres Mandates mehr tun.“ Der Publizist Wolfram Weimer kommentiert solches Treiben mit der gebotenen Schärfe: „Europa wird damit mit Geld geflutet wie nie zuvor in seiner Geschichte. Man kann nur hoffen, dass wir daran nicht ertrinken, denn Draghi kann offenbar gar nicht genug von seinem Meer an Euros haben.“

Georg Fahrenschon, Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes und von seinem Amtsverständnis her Sachwalter von Millionen Sparern, ist alarmiert über Draghis Zinsabschaffungspolitik: „Durch diese niedrige Zinspolitik der Europäischen Zentralbank verlieren die privaten Haushalte in Deutschland pro Jahr etwas 15 Milliarden Euro an Zinseinnahmen. Wir reißen durch diese niedrigen Zinsen ein Loch in bestehende Altersvorsorge-Konzepte der Sparern und Sparer und wir setzen ach ein völlig

verkehrtes Signal als würde man sagen, Sparen lohnt sich nicht.“

Markus Ferber, Finanzexperte der CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, sieht EZB-Präsident Draghi auf dem Holzweg und in der Zinssenkung auf 0,15 Prozent das falsche Signal, die Gefahr von „Blasen“ wird erhöht, der Sparwillen reduziert: „Die Rechnung zahlen Sparer und Inhaber von Lebensversicherungen in 10 oder 20 Jahren. Und dafür trägt die EZB die Verantwortung.“

Die Angst der deutschen Sparer ist nicht, wie Mario Draghi meint, „perverse“, sie ist mehr als berechtigt.

Verlag Bayernkurier - Postfach 200563 - 80005 München



4 199165 601705

20024



## MELDUNGEN

## RETTUNG FÜR AZ?

**München** – Die insolvente *Münchner Abendzeitung* könnte womöglich doch noch gerettet werden. Wie mehrere Medien berichten, soll der Verleger des *Sträubinger Tagblattes*, Martin Balle, Interesse an einer Übernahme haben. Erst letzte Woche war bekanntgeworden, dass die Mitarbeiter der AZ Ende Juni in einer Transfergesellschaft wechseln sollen. Insolvenzverwalter Axel Bierbach bestätigte zwar, dass es weiterhin „Interessenten“ gebe, wollte den Namen Balle aber nicht bestätigen.

## BAYERNS WALD WÄCHST

**München** – Bayerns Waldfläche ist weiter gewachsen. Wie Forstminister Helmut Brunner (CSU) mitteilte, wurden im vergangenen Jahr 192 Hektar Wald neu aufgeforstet. Das entspricht einer Fläche von etwa 270 Fußballfeldern. Den größten Zugewinn gab es beim Donauwald: Er vergrößerte sich um 44,2 Hektar. Bayern ist mit rund 2,5 Millionen Hektar das waldreichste Bundesland. Nach Angaben Brunners stieg die Waldfläche seit 1980 um 16000 Hektar.

BETREUUNGSGELD:  
BAYERN VORNE

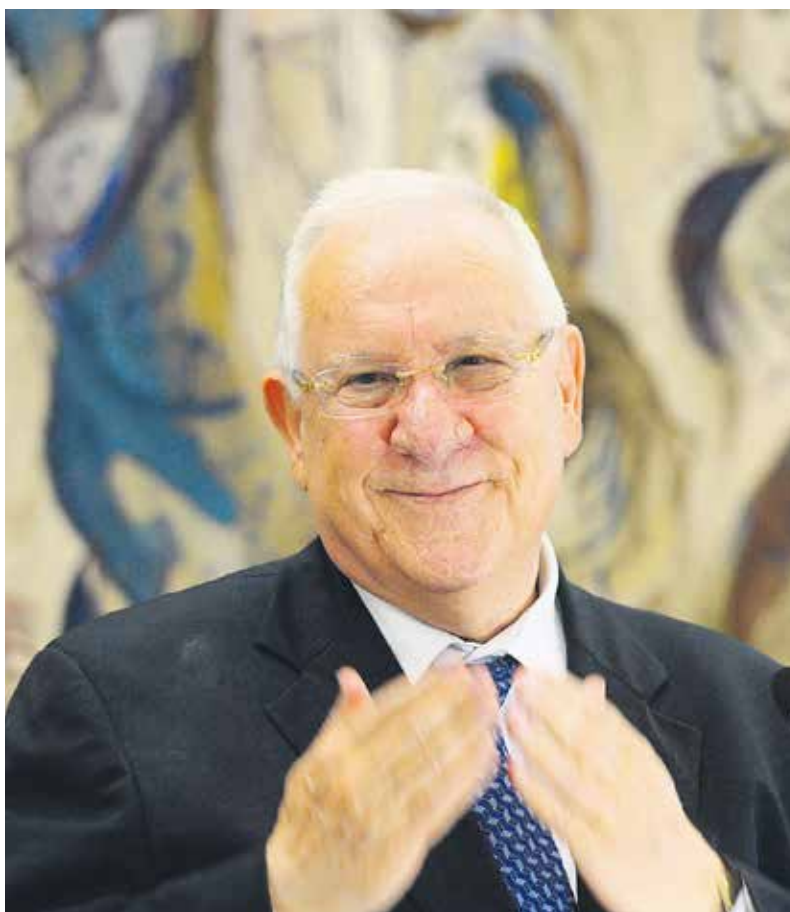
**München** – Das Betreuungsgeld für Kleinkinder wird am häufigsten in Bayern nachgefragt. Von den 145 769 Beziehern dieser 2013 eingeführten Leistung leben 33 500 im Freistaat, wie das Statistische Bundesamt in Wiesbaden am Dienstag mitteilte. Erfasst sind die tatsächlichen Leistungsbezüge im ersten Quartal 2014. Das Betreuungsgeld war nach langem politischen Streit vor allem auf Betreiben der CSU eingeführt worden. Die ersten Anträge konnten am 1. August 2013 gestellt werden. Bis Jahresende wurde es nur für 64 877 Kinder ausbezahlt. Im neuen Jahr stieg die Zahl der Bezieher dann sprunghaft an.

## Gegner des Palästinenserstaates

Israels neuer Präsident Reuven Rivlin: „Echte Partnerschaft zwischen Juden und Arabern“

**Jerusalem** – Reuven Rivlin wird zehnter Präsident Israels. Anders als sein Vorgänger Shimon Peres tritt er nicht für eine Zwei-, sondern für eine Einstaatenlösung des Nahostkonfliktes ein.

Ämter und Institutionen ergreifen Besitz von ihren Amtsinhabern. Für die uralte Regel darf Israels neuer Präsident Reuven Rivlin als weiterer Beleg gelten. Er kommt aus der konservativen Likud-Partei und gehört dort sogar deren rechtem Flügel an und wird von journalistischen Beobachtern regelmäßig als „rechtsgerichtet“ bezeichnet. Seit 1988 war Rivlin Knessetabgeordneter, acht Jahre lang sogar als Parlamentspräsident. Rivlins höchste Loyalität gilt darum nicht seiner Likud-Partei oder gar Parteichef und Premier Benjamin Netanyahu, sondern seinem Parlament und demokratischen Gepflogenheiten. Als Parlamentspräsident hat er sich für die Gleichberechtigung arabischpalästinensischer Abgeordneter in der Knesset eingesetzt, für die Rechte der arabischen Parteien und der arabischen Minderheit im Land. Rivlins Einsatz für die Demokratie haben jetzt auch linke Abgeordnete honoriert: Mit 63 von 120 Stimmen ist Rivlin von der Knesset zu Israels zehntem



Der nächste Präsident Israels: Reuven Rivlin.

Bild: Imago

Präsidenten gewählt worden.

Der 74-jährige Rivlin folgt auf den ausgesprochen populären Friedensnobelpreisträger (1994, zusammen mit Arafat und Rabin) und bald 91 Jahre Shimon Peres. Am 27. Juli wird Rivlin sein Amt als Staatsoberhaupt antreten. In Israel hat der eben nicht vom Volk gewählte Präsident eigentlich keine politische Macht, sondern rein repräsentative Funktionen.

Aber mit Rivlin zieht ein neu-

er Ton und eine radikal andere Sichtweise in der für Israel wohlentscheidenden Frage im Jerusalemer Präsidentschaftswahl ein: Anders als Peres und Netanyahu tritt Rivlin nicht für die sogenannte Zweistaatenlösung und die Gründung eines unabhängigen Palästinenserstaates ein. Rivlin plädiert für eine Einstaatenlösung, in der weder Siedlungen noch halb Jerusalem geräumt werden müssen und die Paläs-

tinenser im Westjordanland die israelische Staatsbürgerschaft erhalten. 2010 hat er zur „echten Partnerschaft zwischen Juden und Arabern“ aufgerufen. Rivlins Einstaatenlösung hat in Israels rechtem Lager schon viel Zustimmung gefunden. Vor der Präsidentschaftswahl in der Knesset war Rivlin mit 30 Prozent Zustimmung in der Bevölkerung der populärste Kandidat. Seine Wahl könne „als Indikator für den Wandel in der politischen Landschaft Israels gesehen werden“, ahnt die *Neue Zürcher Zeitung*. Dazu passt ein neues Buch der renommierten israelisch-amerikanischen Journalistin Caroline Glick – *The Israeli Solution. A OneStatePlan for Peace in the Middle East*, New York 2014 – demzufolge im Westjordanland nur 1,4 Millionen Palästinenser leben und nicht 2,4 Millionen wie von der Palästinenserbehörde behauptet.

Wohl auch darum hat Premierminister Netanyahu die Entscheidung für seinen Parteifreund und Konkurrenten Rivlin mit fast allen Mitteln zu verhindern versucht und sogar ange-regt, das Amt des Präsidenten ganz abzuschaffen. Es ist ihm nicht gelungen. Gut möglich, dass die Nahost-Debatte wieder spannender wird – und konstruktiver.

Heinrich Maetzke

## FUNDSTÜCKE

„Unser vierter Stamm ist ein Herzstück Bayerns, das maßgeblich für den Erfolg des Freistaats verantwortlich ist.“

**Horst Seehofer**

Bayerischer Ministerpräsident, beim Sudetendeutschen Tag in Augsburg

„Wir haben einen langen Atem, wenn es darum geht, Freiheit, Recht und Selbstbestimmung auf dem europäischen Kontinent durchzusetzen.“

**Angela Merkel**

Bundeskanzlerin, in ihrer Regierungserklärung im Bundestag an die Adresse von Kremlchef Wladimir Putin vor dem Hintergrund des Ukraine-Russland-Konflikts

„Es gehört zum Amt des Bundespräsidenten, dass er sich mit starken Worten an das Volk wendet.“

**Andreas Voßkuhle**

Bundesverfassungsrichter, in der Begründung zur Ablehnung der NPD-Klage gegen Bundespräsident Joachim Gauck

„In einigen Jahren geht es nicht mehr um die Frage, ob es G7- oder G8-Gipfel gibt, sondern G2 oder G3. Das sind die USA, China und Europa. Europa muss sich entscheiden, ob es an einer Hauptversammlung teilnehmen und mit einem Lunchpaket nach Hause gehen oder im Aufsichtsrat sitzen und mitbestimmen will.“

**Wolfgang Steiger**

Chef des CDU-Wirtschaftsrats

## Abgeblitzt

Verfassungsrichter weisen NPD-Klage gegen Gauck zurück

**Karlsruhe** – Die NPD ist mit ihrer Klage gegen Bundespräsident Gauck vor dem Bundesverfassungsgericht gescheitert. Darin hatte die Partei, die am äußersten rechten Rand beheimatet ist, die Befugnisse des Bundespräsidenten überprüfen lassen wollen.

Wie weit muss die parteipolitische Neutralität des Bundespräsidenten reichen? So lautete die zentrale Frage, die von der rechtsextremen Partei in Karlsruhe zur Beantwortung vorgelegt worden war. Den Anstoß dafür hatte Bundespräsident Joachim Gauck im Sommer 2013 gegeben, als

er Demonstranten, die gegen ein geplantes Asylbewerberheim protestierten, als „Spinner“ bezeichnete. Auf eine spätere Frage, wie er zu einem möglichen NPD-Verbot stehe, hatte das Staatsoberhaupt bemerkt: Damit würden „die Spinner und Fanatiker“ jedenfalls nicht aus der Welt geschafft. Darin sah die NPD einen Verstoß gegen ihr Recht auf Gleichbehandlung verletzt.

Die Verfassungsrichter teilten diese Auffassung nicht. Nur wenn der Bundespräsident mit seinen Äußerungen „unter evidenter Vernachlässi-

gung seiner Integrationsaufgabe und damit willkürlich Partei“ ergreife, könne das Bundesverfassungsgericht dies beanstanden. Grundsätzlich sei der Bundespräsident in seiner Amtsführung frei zu entscheiden, wie er seine Integrationsaufgabe wahrnehme. Wie sehr er sich dabei am Leitbild eines „neutralen Bundespräsidenten“ orientiere, unterliege nicht der Überprüfung durch das oberste Bundesgericht.

Die Karlsruher Richter betonten dagegen, es sei gerade die Aufgabe des Staatsoberhauptes, das Wort zu ergreifen und auf von ihm „identifizierte

Misstände und Fehlentwicklungen aufmerksam zu machen.“ Er dürfe sein Anliegen auch in „zugespielter Wortwahl“ vorbringen, wenn er dies für „angezeigt“ halte.

Die Grenze sei erst überschritten, wenn seine Aussagen „ausgrenzend wirken“, wie dies etwa bei Schmähkritik der Fall sei. Das verwendete Wort „Spinner“ als Sammelbegriff für Menschen, die trotz der „verheerenden Folgen des Nationalsozialismus“ weiter antidemokratische Überzeugungen verträten, sei verfassungsrechtlich nicht zu beanstanden.

Peter Hausmann

## GEWINNER DER WOCHE



## Acaraje-Verkäuferinnen

Ein Streit um die Verkaufserlaubnis für den brasilianischen Kult-Snack Acaraje

bei der Fußball-WM 2014 innerhalb der Stadionbannmeilen sorgt bei den Organisatoren für Unruhe. Die Vereinigung der Acaraje-Verkäuferinnen, kurz ABAM, forderte in einer Petition an Fifa-Präsident

Sepp Blatter eine Sondergenehmigung, die es ihnen erlaubt, auch direkt vor den WM-Stadien ihre Waren anzubieten – eigentlich ist der Bereich um die Spielstätten und Public Viewing-Areale nämlich den offiziellen Fifa-Sponsoren, wie etwa McDonald's, vorbehalten. Das Argument, die Verkäuferinnen müssten sonst um ihre Existenz bangen, schien die Fifa ausnahmsweise einmal zu beeindrucken: Sie erteilte die Genehmigung – und die Fußball-Fans können sich nun auf traditionelles brasilianisches Essen freuen. **ds**

## VERLIERER DER WOCHE



## DB Autozug

„Mit dem Autozug wird bereits die Anreise zum Entspannungstrip“ verspricht DB Autozug im

Internet. Ob das die Reisenden auf den Verbindungen von München nach Berlin und Düsseldorf auch so sehen? Denn für diese Strecken hat sich die Bahn ein neues Betriebskonzept entfallen lassen. Die

Reisenden fahren wie gewohnt mit dem Zug, das Auto hingegen wird per Lkw auf der Straße zum Ziel transportiert. Das bedeutet in vielen Fällen, dass Auto und Reisende nicht mehr zur selben Zeit, ja nicht einmal mehr am selben Tag an ihrem Ziel ankommen – und dann auch noch der Weg vom Ankunftsbahnhof zur Verladestelle zurückgelegt werden muss. Schade nur, dass Schilda nicht zu den Zielen von DB Autozug gehört. Die Bürger dort wären von dem neuen Konzept der Bahn sicher begeistert. **fc**

## BAYERNKURIER



Eigentümer und Verleger – § 7 Absatz 1 BayPrG  
Christlich-Soziale Union in Bayern e.V.,  
Nymphenburger Straße 64, 80335 München

Gründungsherausgeber:  
Dr. h. c. Franz Josef Strauß †

Herausgeber:  
Horst Seehofer,

Vorsitzender der Christlich-Sozialen Union

Chefredakteur: Peter Hausmann  
(verantwortlich für den Inhalt)

Redaktion:  
Florian Christner (Kultur)  
Andreas von Delhaes-Guenther (Bayern),  
Wolfram Göll (Deutschland),  
Dr. Heinrich Maetzke (Ausland),  
Jörg von Rohland (Wirtschaft),  
Dominik Sauter (Medien, Reports),  
eMail: redaktion@bayernkurier.de  
Keine Haftung für unverlangt  
eingesandte Fotos, Manuskripte,  
Datenträger und Dokumente

Verlagsleiter: Reinhard Schaefer  
Verantwortlich für Anzeigen: Karin Freese  
eMail: anzeigen@bayernkurier.de  
Vertriebsabteilung:  
eMail: vertrieb@bayernkurier.de

Normalabonnement jährlich 75 € Schüler-/  
Studenten-/ Rentnerabonnement jährlich  
40 €. Berechnung bis Ende Kalenderjahr. Die  
Preise verstehen sich einschließlich Mehr-  
wertsteuer. Erfüllungsort und Gerichtsstand  
München. Bei Nichterscheinen infolge hö-  
herer Gewalt besteht kein Entschädigungs-  
anspruch. Abonnements können schriftlich  
mit einer Frist von vier Wochen zum Ende  
eines Vorauszahlungszeitraums gekündigt  
werden. Seit 1. Januar 2014 gilt Anzeigen-  
preislite Nr. 34.

Kontoverbindungen:  
Postbank München  
IBAN: DE86700100800014048803  
BIC: PBNKDEFF  
Hypo Vereinsbank München  
IBAN: DE4670020700000520300  
BIC: HYVEDE3333  
Commerzbank 700  
IBAN: DE39700800000498700700  
BIC: DRESDE3333

Anschrift für alle: BAYERNKURIER  
Nymphenburger Straße 64,  
80335 München  
Telefon 089/12004-0  
Telefax Redaktion 089/1293050  
Telefax Verlag 089/12004-133  
Postanschrift: Postfach 200563,  
80005 München

Druck: Presse-Druck- und Verlags GmbH,  
Curt-Frenzel-Straße 2,  
86167 Augsburg





## „Vertreibung ist und bleibt Unrecht“

Sudetendeutscher Tag in Augsburg: Seehofer lobt Beitrag der Volksgruppe zur europäischen Einigung – Bayernweiter Gedenktag

**Augsburg – „Die Sudetendeutschen sind als vierter Stamm ein Herzstück Bayerns“, stellte Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) beim Sudetendeutschen Tag einmal mehr fest. Die Veranstaltung in Augsburg machte einmal mehr deutlich: Die Sudetendeutschen wollen weiterhin ihren Beitrag zur Normalisierung des bayerisch-tschechischen Verhältnisses leisten – und das Thema Vertreibung ist in diesen Tagen so aktuell wie eh und je.**

Die Sudetendeutsche Landsmannschaft verändert sich. Das wurde schon bei der ersten Pressekonferenz anlässlich des 65. Sudetendeutschen Tages im Augsburger Messezentrum deutlich. „Normal sitzen wir hier zu zweit, stellte der Sprecher der Sudetendeutschen Volksgruppe, Bernd Posselt, klar. Neben ihm als Sprecher war in den letzten Jahren auch stets der Bundesvorsitzende der Landsmannschaft, Franz Pany, zum Sudetendeutschen Tag gekommen. In diesem Jahr machte Pany's Gesundheit diesen Plan zunichte. Der Bundesvorsitzende ist schwer erkrankt und wird sein Amt nicht weiter ausführen können. Den Verlust Pany's als Bundeschef nannte Bernd Posselt „eine Zäsur“. Das Parlament der Sudetendeutschen habe entschieden, Posselt in Zukunft beide Ämter zu übertragen, teilte der CSU-Europaabgeordnete mit.

Das Motto des diesjährigen Sudetendeutschen Tages lautete „Geschichte verstehen – Zukunft gestalten“. Bernd Posselt betonte die Wichtigkeit historischer Zusammenhänge, nicht nur für das geschichtliche Verständnis, sondern auch für die Fähigkeit,



Fortschritte im bayerisch-tschechischen Verhältnis: Ministerpräsident Horst Seehofer (li.) und der Sprecher der Sudeten, Bernd Posselt (re.), in Augsburg.

politische Entscheidungen für die kommenden Jahre zu treffen. „Ohne Verständnis der Geschichte kann keine zukunftsfähige Politik gemacht werden“, stellte Posselt fest. Daher müsse der Blick der Sudetendeutschen Landsmannschaft nach vorne und nicht nach hinten gerichtet sein. „Das gilt besonders für das bayerisch-tschechische Verhältnis“, betonte Posselt. In den vergangenen Jahren habe es da Durchbrüche gegeben. So habe er selbst zwei Reisen nach Tschechien mit Bayerns Ministerpräsident

Horst Seehofer unternommen. Als weiteren großen Schritt hin zu einer Normalisierung des Verhältnisses nannte Posselt den Besuch des tschechischen Mi-

nisterpräsidenten Necas im Bayerischen Landtag. Nach diesem Besuch sei es auf tschechischer Seite allerdings zu einer „Phase des Stillstands“ gekommen. Nach dem Rücktritt von Necas sei die neue Regierung den Sudeten gegenüber aber „mindestens so aufgeschlossen wie die Vorgängerregierung“, betonte Posselt. Es gebe also Anlass zu Optimismus – in den bayerisch-tschechischen Beziehungen von absoluter Normalität zu sprechen, gehe allerdings klar zu weit, so der CSU-Politiker weiter. „Bei tschechischen Politikern gibt es immer noch die Angst, einen öffentlichen Dialog mit den Sudeten zu pflegen“, berichtet Posselt. Dennoch kämen auch

immer mehr tschechische Politiker zum Sudetendeutschen Tag. Mittelfristig gab Posselt als Ziel aus, auch ein Mitglied der tschechischen Regierung zum Sudetendeutschen Tag begrüßen zu können.

In seinem knapp einstündigen Grußwort betonte Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer einmal mehr die Bedeutung des „vierten Stammes“ der bayerischen Bevölkerung für den Freistaat. „Unser vierter Stamm ist ein Herzstück Bayerns, das maßgeblich zur Erfolgsgeschichte Bayerns beiträgt.“ Das Motto des diesjährigen Sudetendeutschen Tages umschreibe treffend, dass Vergangenheit und Zukunft zwei Seiten einer Medaille seien. Nur wer seine Wurzeln kenne, könne die Zukunft aktiv gestalten. Seehofer: „Trotz Flucht und

Vertreibung haben die Sudetendeutschen ihr Erbe bewahrt, gehütet und gepflegt. Dafür ist der Sudetendeutsche Tag der beste Beweis.“ Seehofer kündigte außerdem an, der Freistaat werde die Landsmannschaft beim Bau eines sudetendeutschen Museums unterstützen. Zusätzlich unterstützt Bayern die Errichtung eines sudetendeutschen Büros in der tschechischen Hauptstadt Prag, das eng mit der dortigen ständigen Vertretung des Freistaats zusammenarbeiten soll. Um dem Schicksal der Sudetendeutschen, aber auch dem Schicksal anderer Vertriebener Respekt zu erweisen, kündigte der Ministerpräsident die Einführung eines bayernweiten

Gedenktages an. „Die Themen Flucht und Vertreibung sind heute aktueller denn je“, stellte Seehofer fest. „Über 40 Millionen Menschen sind weltweit auf der Flucht und mussten ihre Heimat verlassen. „Vertreibung war Unrecht, ist Unrecht und bleibt Unrecht. An dieses Schicksal wollen wir mit einem Bayerischen Gedenktag für die Opfer von Flucht, Vertreibung und Deportation erinnern“, so Seehofer.

Im kommenden Jahr jährt sich die Vertreibung der Sudeten zum 70. Mal. Bernd Posselt kündigte daher an, der kommende Sudetendeutsche Tag solle „ein Kongress zum Thema Vertreibung werden – nicht nur im sudetendeutschen, sondern im internationalen Kontext“. Es werde eine massive Internationalisierung des Sudetentages geben. Der jährlich vergebene Karlspreis ging dieses Mal an den Politiker Milan Horáček. Posselt würdigte ihn als „Bürgerrechtler gegen den Kommunismus“. Als Gründungsmitglied der Grünen und ehemaliger Bundestagsabgeordneter habe sich Horáček stets

eingebraucht in die Verständigungsbestrebungen. Nachdem der Sudetendeutsche Karlspreis neben Unionspolitikern und Sozialdemokraten nun auch an einen Grünen-Politiker vergeben worden war, freute sich Posselt, dass mittlerweile Politiker aller wichtigen politischen Spektren zu den Preisträgern gehören. „Die Zeiten, in denen sich bestimmte Teile der deutschen Politik der sudetendeutschen Frage verweigert haben, sind vorbei“, stellte Bernd Posselt zufrieden fest.

Dominik Sauer

Im Verhältnis zu Tschechien ist man auf einem guten Weg

Gedenktag für Vertriebene am 14. September

## Samba korrupti

Der Niedergang des Weltfußballverbandes FIFA unter seinem Präsidenten Sepp Blatter geht unaufhaltsam weiter

**Brasilia** – Keine Sportart bewegt die Menschen weltweit mehr als der Fußball. Doch gerade zu Beginn der WM in Brasilien wird deutlich, wie miserabel das Image des Weltfußballverbandes FIFA und seines Präsidenten Joseph „Sepp“ Blatter mittlerweile ist. Proteste in Brasilien richten sich gegen die pompösen Sporttempel, während Schulen und Krankenhäuser verfallen und viele Menschen am Existenzminimum leben. Sao Paulo, Stadt des Eröffnungsspiels, wurde jetzt durch Ausschreitungen und Streiks lahmgelegt. Einen Teil der Schuld tragen dort auch lokale, oft korrupte Fußballgrößen, die mehr Spielstandorte und damit Arenen planten, als nötig waren. Brasiliens langjähriger Fußballchef Ricardo Teixeira trat 2012 zurück und floh vor Korruptionsermittlungen in die USA.

Auch die FIFA kämpft mal wie-

der gegen mehrere Korruptionsaffären. Die Enthüllungen der britischen Zeitung *Sunday Times* über Bestechung rund um die Doppelvergabe der Fußball-WM 2018 nach Russland und 2022 nach Katar werden laut den Journalisten durch „Millionen Dokumente“ belegt. Sie wurden ihnen aus der Korrespondenz des ehemaligen Blatter-Freundes und katarischen FIFA-Vizes Mohamed Bin Hammam zugespielt. Vor der Abstimmung 2010 sollen danach hohe Schmiergelder und andere „Zuwendungen“ an FIFA-Funktionäre geflossen sein. Dabei fiel auch der Name von Franz Beckenbauer, der nach der Vergabe als neuer Sportbotschafter der russischen Energiewirtschaft und mit merkwürdig naiven Äußerungen auffiel („Ich habe noch nicht einen einzigen Sklaven in Katar gesehen“). Nun wies er alle Vorwürfe zurück. Ka-

tar drohte mit Anwälten, hat sich aber im Ausrichtervertrag verpflichtet, keine Streitigkeiten vor Gericht auszutragen.

Allerlei Wundersames gab es schon bisher zu bestaunen: Der Sohn von UEFA-Chef und Katar-Befürworter Michel Platini trat kurz nach der WM-Vergabe eine lukrativen Posten beim Staatsfonds „Qatar Sport Investments“ an. Der Sohn eines anderen Funktionärs praktiziert nun als Arzt in Katar. Und: Wie schon

der Wüstenstaat war auch der Gewinner der WM 2018 der – laut technischem FIFA-Report – schlechteste Bewerber, nämlich Russland. Laut *Sunday Times* traf sich Bin Hammam vor der WM-Doppelvergabe mit Russlands Autokraten Wladimir Putin zu „bilateralen Gesprächen“.

Blatter, der seit über 30 Jahren in Spitzenämtern der FIFA tätig ist, ist der Hauptverantwortliche für den Ansehensverlust der chronisch korrupten Funktio-

närsriege. Er warnte jetzt vor der Asiatischen Fußball-Konföderation vor den medialen Kritikern, nicht vor der von ihm geduldeten Korruption – amtlich belegt durch ein Schweizer Gerichtsurteil. „Sie wollen zerstören, nicht nur das Spiel, sie wollen auch die Institution zerstören, weil unsere Institution so stark ist“, jammerte der 78-jährige Schweizer. „Traurigerweise spielen Diskriminierung und Rassismus eine Rolle, das verletzt mich.“ Der schwer betroffene Blatter empfahl 2011 Fußballern, rassistische Verbalattacken in „der Hitze des Gefechts“ nicht überzubewerten und nach dem Spiel dem Gegner „die Hände zu schütteln“. Beim 64. FIFA-Kongress in Sao Paulo wurde erwartet, dass Blatter seine Kandidatur für eine fünfte Amtszeit als Präsident offiziell macht. Eine Katastrophe, da er sicher wiedergewählt wird

– obwohl ihm der Europäische Fußballverband UEFA die Gefolgschaft dieses Mal verweigerte. Schließlich haben Funktionäre von winzigen pazifischen oder karibischen Inseln bei den FIFA-Abstimmungen ebenso eine Stimme wie die aus Millionen Mitgliedern bestehenden Fußballverbände des DFB oder des englischen Verbandes. Gibt es Hoffnung? Die Korruptionsvorwürfe werden von englischen Behörden und Medien sowie durchs FBI untersucht. Einige Sponsoren wie Sony, Adidas oder Visa üben Druck auf den Verband aus, weil sie ihren Ruf mitbeschädigt sehen. Dabei hat sich die FIFA durch Ermittler Michael Garcia schon ein Feigenblatt verschafft. Dessen millionenteurer Korruptionsbericht ist angeblich fertig und soll kurz nach der WM vorgelegt werden. Ob er öffentlich wird, ist fraglich.

avd



Seid umschlungen, Millionen: Brasiliens Präsidentin D. Rousseff und J. Blatter.



## Mindestlohn ohne Ausnahmen

Seehofer bekräftigt, dass Übergangsregelungen nur bis Ende 2016 denkbar sind

**Berlin/München – Der Mindestlohn kommt, eine Übergangszeit für bestimmte Branchen wird es wohl geben. Aber längstens bis Ende 2016. Das stellte Ministerpräsident Horst Seehofer nun klar. Aus gutem Grund: Es wurde so im Koalitionsvertrag mit der SPD vereinbart.**

Nachdem die Kritik am gesetzlichen Mindestlohn aus der Industrie und auch aus Kreisen der Union nicht abebbte, hat der CSU-Chef am vergangenen Sonntag gegenüber dem Fernsehsender RTL Klartext gesprochen. Er stärkte dabei Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) den Rücken, die zuvor ihr Nein zu Sonderregelungen beim Mindestlohn bekräftigt hatte: „Sie hat sicher recht. Das haben wir auch vereinbart, dass ab 2017 der Mindestlohn für alle gelten soll“, sagte Seehofer. Mit Blick auf Erntehelfer, Menschen im Gaststättenbereich oder Zeitungsausträger sprach er von einer möglichen Übergangsregelung, die allenfalls bis 2017 gelten könnte.

Der Bundestag will das Gesetz zum Mindestlohn noch vor der Sommerpause verabschieden. Anfang 2015 wird es in Kraft treten. In allen Branchen sollen dann für die Beschäftigten ab 18 Jahre mindestens 8,50 Euro Stundenlohn bezahlt werden müssen. Ausgenommen sind Pflichtpraktikanten und ehemalige Langzeitarbeitslose während der ersten sechs Monate im neuen Job.

Dem Wirtschaftsflügel der Union gehen diese Ausnahmen nicht weit genug. Aus seinen Reihen wird gefordert, Rentner, Praktikanten, studentische Hilfskräfte, Saisonarbei-



Polnische Erntehelfer bei der Pflanzung von Frühkartoffeln: Für Arbeiten wie diese soll die Übergangsregelung gelten.

ter, Erntehelfer und Zeitungsausträger auch über das Jahr 2017 hinaus vom Mindestlohn auszunehmen. Michael Fuchs, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der CDU, hält zudem die generelle Altersregelung ab 18 Jahre für falsch: „Ich bin nicht bereit, den Entwurf von Frau Nahles einfach abzunicken“, erklärte er gegenüber der *Welt am Sonntag*.

„Wir brauchen Ausnahmeregelungen, um mit dem Mindestlohn nicht zu viel Unheil anzurichten“, forderte derweil der Präsident des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI), Ulrich Grillo, in der *Rheinischen Post*. Er hat dabei vor allem Praktikanten im Blick. Praktika für junge Leute müssten für Unternehmen bezahlbar bleiben, sonst würden sie der Generation den Einstieg

in einen qualifizierten Beruf erschweren, argumentiert der BDI-Chef. Bundesarbeitsministerin Nahles will dagegen die „Generation Praktikum“ beenden: Wer seine Ausbildung oder das Studium abgeschlossen habe, dürfe nicht mehr „monatelang für lau ausgenutzt werden“.

Bayerns Wirtschaftsministerin Ilse Aigner monierte am Rande einer USA-Reise in

dieser Woche, dass Nahles eine falsche Aussage getroffen habe: „Frau Nahles hat gesagt, dass studienbegleitende Praktika vom Mindestlohn ausgenommen wären. Das steht aber so nicht im Gesetzentwurf.“ Die stellvertretende bayerische Ministerpräsidentin legt darauf großen Wert: „Wir waren uns in der Koalition einig, dass für Praktika, die länger als sechs

Wochen dauern, nach dem Studienabschluss der Mindestlohn gelten soll. Schwierig wird es aber, wenn das auch noch für die freiwilligen Praktika während des Hochschulstudiums gelten soll.“ Für die Studierenden wäre das womöglich ein schwerer Schlag, weil ihnen dann gänzlich die Praxis fehlt: „Eine Ausdehnung des Mindestlohns auf studienbegleitende Praktika würde wahrscheinlich das Ende solcher freiwilligen Praktika bedeuten. Das ist nicht im Interesse der jungen Leute“, so Aigner.

Nahles hatte am vergangenen Wochenende in der *Welt am Sonntag* erklärt: „Für ausbildungs- und studienbegleitende oder -orientierende Praktika gilt der Mindestlohn nicht. Das Praktikum wird also leben und ist gerade während der Ausbildung wichtig zur Orientierung.“

Jörg von Rohland

**Für ausbildungs- und studienbegleitende Praktika gilt der Mindestlohn nicht**



## AUS DER LANDESGRUPPE

### INPUT VON FACHLEUTEN

Der Austausch zwischen Politik und Wissenschaft ist eines der Projekte, das der Bundestagsabgeordnete Tobias Zech aus dem Landkreis Altötting in Berlin vorantreiben möchte. Umso erfreuter war er, als nun 20 Mitglieder der Evangelischen Hochschule Nürnberg – zum größten Teil Studentinnen des Fachs Pflegemanagement – mit

ihm über die Zukunft der Altenpflege und des Pflegeberufes an sich diskutierten (Bild). „Wir Politiker sind auf Input von Fachleuten angewiesen“, erklärte Zech, Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales, gerade auch in Richtung der beiden begleitenden Professoren Uwe Kranenpohl und Klaus Schellberg. Deshalb wolle man weiterhin in regem Kontakt bleiben.



### SCHULDEN REDUZIEREN

Der Haushalt ohne neue Schulden rückt näher. Der Haushaltsausschuss des Bundestages schloss jüngst die Beratungen für den Bundeshaushalt 2014 ab. „Es ist uns gelungen, trotz der zutage getretenen zusätzlichen Haushaltsbelastungen die Neuverschuldung im Haushaltsplan 2014 auf die geplanten 6,5 Milliarden Euro zu begrenzen. Damit demonstriert die Große Koalition, dass das Ziel ausgeglichener Haushalte weiter oberste Priorität hat“, betont der haushalts- und finanzpolitische Sprecher der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, Bartholomäus Kalb (Bild). „Sehr erfreulich ist es, dass wir trotz geringer Spielräume gleichzeitig in den parlamentarischen Beratungen



noch wichtige Schwerpunkte setzen konnten.“ So soll zusätzliches Geld in folgenden Bereichen fließen: für die Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur 700 Millionen Euro, für die Förderung altersgerechter Umbaumaßnahmen zehn Millionen Euro, und auch für die Kultur gibt es 90 Millionen Euro mehr. Die Mittel für das Technische Hilfswerk werden um zehn Millionen Euro aufgestockt. „Die Koalition wird bei den im September beginnenden Beratungen für den Haushalt 2015 das Ziel, einen Haushalt ohne Neuverschuldung vorzulegen, konsequent weiterverfolgen. Solide Finanzen sind der Markenkern der CSU, denn sie sind die Grundlage für soziale Stärke, Wirtschaftswachstum und Generationengerechtigkeit“, so Kalb.

## Impulse für Versöhnung

Heimatfest der Siebenbürger Sachsen

**Dinkelsbühl –** Unter dem Motto „Heimat ohne Grenzen“ haben die Teilnehmer des 64. Heimatfestes der Siebenbürger Sachsen am Pfingstwochenende in Dinkelsbühl ihrer Heimat gedacht. Zu Gast waren unter anderen die CSU-Bundestagsabgeordnete Hartmut Koschyk, Aussiedlerbeauftragter der Bundesregierung, und Bernd Fabritius, Bundesvorsitzender des Verbandes der Siebenbürger Sachsen in Deutschland. Weitere Gäste waren Reinhold Gall (SPD), Innenminister von Baden-Württemberg, und Klaus Johannis, Oberbürgermeister von Hermannstadt/Sibiu in Rumänien. Höhepunkt war der Festumzug mit über 2000 Trachtenträgern. Daran nahm Michael J. Skindell sogar ein US-Senator mit siebenbürgisch-sächsischen Wurzeln teil.

Bernd Fabritius erinnerte an den Zusammenbruch des Ostblocks vor 25 Jahren und hob die Bedeutung dieses Ereignisses gerade auch für die Siebenbürger Sachsen hervor: „Wir feiern ein Vierteljahrhundert ohne todbringende Grenzzäune. Wir leben in Wohlstand und Sicherheit – es geht uns gut.“ Dafür stehe auch die Anerkennung, welche die noch in Ru-

mänien verbliebenen Mitglieder der deutschen Minderheiten genießen. Der Hermannstädter Bürgermeister Klaus Johannis sowie der neue Vorsitzende des Deutsch-Rumänischen Forums, der Bundestagsabgeordnete Christoph Bergner (CDU) aus Halle an der Saale, wurden für ihr Engagement mit dem Ehrenstern der Föderation der Siebenbürger Sachsen ausgezeichnet. Fabritius betonte, dass sich beide Geehrten „weit über das übliche Maß hinaus um die Siebenbürger Sachsen verdient gemacht haben“.

Hartmut Koschyk betonte in seiner Rede, dass sowohl Zukunft als auch Versöhnung Erinnerung brauchen. „Nur wer sich erinnert, kann Zukunft verantwortlich gestalten. Es ist eine wichtige Aufgabe, aus der Erinnerung an die Vergangenheit zu lernen und daraus neue Impulse für die Gestaltung unserer gemeinsamen Zukunft zu gewinnen.“ Das hätten die Siebenbürger Sachsen in beeindruckender Weise getan, so Koschyk. „Ihr schweres Schicksal hat Sie nicht daran gehindert, die Verständigung mit unseren Nachbarn im Osten zu suchen. Es hat Sie vielmehr geradezu dazu motiviert.“

BK/FC



Die Abgeordneten Hartmut Koschyk (v.l.) und Bernd Fabritius sowie Reinhold Gall und der Dinkelsbühler Oberbürgermeister Christoph Hammer beim Heimatfest der Siebenbürger Sachsen in Dinkelsbühl. Bild: P. Levin/fkn

### DATEN SCHÜTZEN

„Das jüngste Urteil des Europäischen Gerichtshofes zum Anspruch auf Löschung eines Links bei Google hat gezeigt, dass zentrale Fragen des Datenschutzes im Internet mittlerweile nur noch europäisch zu lösen sind“, betont der innenpolitische Sprecher der Unionsfraktion, Stephan Mayer (Bild), anlässlich der Frühjahrskonferenz der Europäischen Datenschutzbeauftragten. Es gebe eine Vielzahl von Punkten, die eine intensive europäische Diskussion erforderten, von der NSA-Affäre bis zur Reform des europäischen Datenschutzes. „Gerade letztere muss nach der Europawahl zügig abgeschlossen werden“, sagt Stephan Mayer.



### JUGENDARBEIT STÄRKEN



Jugendverbände sollen künftig jährlich eine Million Euro mehr erhalten. Das beschloss der Haushaltsausschuss des Bundestages. „Damit wird die Jugendverbandsarbeit als Rückgrat der außerschulischen Jugendarbeit und der Jugendhilfe gestärkt“, sagt der zuständige Berichterstatter Alois Rainer. Jugendverbandsarbeit leiste einen unverzichtbaren Beitrag zur gesellschaftlichen Weiterentwicklung.



## „Wir müssen jetzt handeln“

Bildungsexperte Albert Rupprecht: Verhältnis zwischen akademischer und beruflicher Bildung kippt zusehends – Fachkräftemangel droht

**Berlin – Während der Bund die Studienförderung auf eine neue Grundlage stellt, sorgen sich Fachleute um die Kulturhoheit der Länder. Gleichzeitig droht das Gleichgewicht aus beruflicher und akademischer Bildung zu kippen. Wolfram Göll befragte dazu den Bildungs- und Forschungsexperten der CDU/CSU-Fraktion, Albert Rupprecht (CSU).**

**Bayernkurier:** Ab 2015 übernimmt der Bund die Kosten für das Bafög allein, allerdings steht damit weniger Geld als die versprochenen sechs Milliarden Euro für Investitionen in Schulen und Hochschulen zur Verfügung. Sind Sie zufrieden mit diesem Ansatz?

**Albert Rupprecht:** Wie jeder Kompromiss hat auch dieser zwei Seiten. Das Gute ist: Die Übernahme des Länderanteils bringt uns klare Zuständigkeiten. Das ständige Feilschen mit den Ländern um Bafög-Anpassungen entfällt. Die den Studierenden zugesagte Erhöhung kann jetzt kommen. Auf der anderen Seite wird es schwieriger, die uns sehr wichtigen und im Koalitionsvertrag fest vereinbarten Maßnahmen zur beruflichen Bildung wie etwa die Berufsorientierung für alle Schüler umzusetzen. Wir werden aber durch klare Prioritätensetzung im Haushalt dafür sorgen, dass die berufliche Bildung trotzdem weiter gestärkt werden kann.

**Bayernkurier:** Die Länder werden damit um 1,2 Milliarden Euro Bafög-Kosten pro Jahr entlastet. Sie müssen sich verpflichten, das Geld in Schulen und Hochschulen zu stecken. Wie groß ist die Gefahr, dass rot-grüne Länder dieses Geld nicht für zukunftsweisende Investitionen verwenden, sondern für fragwürdige Gender- oder Inklusions-Projekte?



„Studieren mag für viele ein Königsweg sein, aber nicht für alle“: Studenten in der Bibliothek.

**Rupprecht:** Die Kommunalwahlen am 25. Mai 2014 waren bereits ein deutlicher Warnschuss für die rot-grünen Landesregierungen in Stuttgart und Düsseldorf. Die Wähler haben gezeigt, was sie von diesen rot-grünen Leuchtturmprojekten halten: nämlich überhaupt nichts! Wir werden sehen, ob das Signal gehört wird. Anson-



**Wie soll Berlin unsere Schulen besser steuern können als München?**  
Albert Rupprecht

ten werden die Wähler bei der nächsten Landtagswahl für die nötige Korrektur schon sorgen. Im Übrigen wird auch Bayern stark entlastet, um rund 150 Millionen Euro pro Jahr. Ich bin sicher, dass dabei jeder Cent in Schulen und Hochschulen vernünftig investiert wird.

**Bayernkurier:** Die per se föderativ gestrickte CSU sieht es klassischerweise nicht gern, wenn sich der Bund zu sehr in die Bildungspolitik der Länder einmisch. Das liegt gewiss

nicht nur an einem allgemeinen Vorbehalt gegen alles Preussische, sondern auch an der Sorge vor dem Verlust des hervorragenden bayerischen Universitäts- und Schulniveaus. Was halten Sie von den Plänen, das Grundgesetz zu ändern, um das bisherige Kooperationsverbot zu beseitigen?

**Rupprecht:** Die Zeiten, in denen von Berlin aus Schulpolitik gemacht wurde, waren keine guten Zeiten. Wir sind in Bayern mit unserer Schulpolitik gut gefahren. Bei aller Wertschätzung für Frau Wanka, die einen tollen Job als Bildungsministerin macht, sehe ich nicht, was sie als Bundesschulministerin von Berlin aus besser machen sollte als Ludwig Spaenle in München. Die Studierneigung der jungen Menschen ist aber auch in Bayern in den letzten Jahren stark gestiegen, nicht nur durch doppelte Abiturjahrgänge und die Aussetzung der Wehrpflicht. Deshalb haben wir mit dem Hochschulpakt für die nötigen zusätzlichen Studienplätze gesorgt. Außerdem haben wir mit der Exzellenz-Initiative die Forschung an den

Hochschulen gepuscht. Das war nicht zuletzt für die beiden Münchner Universitäten ein Gewinn. Nun gilt es, diese zeitlich befristeten Projekte zu verstetigen, um den Hochschulen und vor allem ihren Mitarbeitern Planungssicherheit zu gewähren. Dafür brauchen wir die vereinbarte Grundgesetzänderung. Der Schulbereich bleibt davon unberührt. Darauf haben wir geachtet.

**Bayernkurier:** Immer mehr Schulabgänger wollen studieren, während es der Wirtschaft an Lehrlingen mangelt. Hat die Akademisierung bereits ein so bedrohliches Maß angenommen, dass das deutsche duale Ausbildungssystem, das derzeit von vielen Ländern Europas kopiert wird, in dessen Stamm-land auszutrocknen droht?

**Rupprecht:** Auch bayerische Eltern träumen gern. Wer will seinem Kind schon die Karriere als Chefarzt, Staranwalt oder Professor ausreden? Nahm im Jahr 2000 noch ein Drittel eines Jahrgangs ein Studium auf, so werden es nach aktuellen Prognosen der Kultusministerkon-

ferenz möglicherweise schon 2020 fast zwei Drittel sein. Wir haben die Expansion an den Hochschulen in den vergangenen Jahren gewollt, und sie war auch richtig. Ich finde aber, dass jetzt ein Maß erreicht ist, bei dem das Ganze zu kippen droht. Der ungedeckte Fachkräftebedarf der bayerischen Wirtschaft liegt 2020 bei 230 000 Personen, darunter 43 000 Akademiker, also 18,7 Prozent. Bis 2020 fehlen nach aktuellen Prognosen in Deutschland 1,4 Millionen Kräfte im Bereich Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik, kurz MINT, darunter aber nur 150 000 Akademiker. Schon jetzt suchen acht von zehn Berufsgattungen mit den größten Engpässen keine Akademiker, sondern beruflich qualifizierte. Deshalb müssen wir jetzt handeln. Sonst sägen wir den Ast ab, auf dem wir sitzen.

**Bayernkurier:** Sinkt durch den Run auf die Unis und FHs nicht auch zwangsläufig deren Niveau? Und verschwindet durch die Inflation von Studienabschlüssen nicht auch der frühere Einkommens-Vorteil von Akademikern gegenüber Nicht-studierten? Wie lautet Ihre Diagnose und Ihr Therapie-vorschlag?

**Rupprecht:** Nur weil jetzt mehr studieren, sind die Leute auch nicht unbedingt schlauer als ihre Eltern. Wer das denkt, hat schon lange keine Hochschule mehr von innen gesehen. Die Hochschulen drohten zu Berufsschulen zu werden, sagt der Präsident der Universität Hamburg, Dieter Lenzen. Ihre für unsere Volkswirtschaft so wichtige Rolle als Innovationstreiber gerät in den Hintergrund. Das ist eine Gefahr. Aber auch für viele jungen Menschen erweist sich das Studium früher oder

später als der falsche Weg. Jeder vierte verlässt die Hochschule ohne Abschluss. Und von den erfolgreichen Absolventen arbeiten schon heute 21 Prozent in Berufen, für die kein Studium nötig wäre. Handwerksmeister, Techniker und Fachwirte verdienen längst mehr als viele Akademiker, nicht nur Germanisten und Politologen. Studieren mag für viele ein Königsweg sein, aber nicht für alle. Deshalb ist die Stärkung der beruflichen Bildung für uns ein echtes Anliegen. Exemplarisch nenne ich nur die Förderinstrumente. Ich empfinde es als unausgewogen, wenn ein Bäckermeister für die Kosten seiner Ausbildung selbst aufkommen muss, ein Rechtsanwalt aber nicht. Deswegen wollen wir vor allem auch

**Meister, Techniker und Fachwirte verdienen mehr als viele Akademiker**

das Meister-Bafög verbessern, nicht nur das Bafög. Und wir haben vereinbart, im Hochschulpakt das Anreizsystem zu verändern. Derzeit bekommen die Hochschulen aus dem Hochschulpakt ausschließlich für Studienanfänger Geld. Wie lange derjenige an der Hochschule weilt und ob er einen Abschluss schafft, spielt keine Rolle. Das kann nicht so bleiben. Wir wollen, dass die Hochschulen für gute Lehre und Angebote, die mehr Studierende qualitätsgesichert zu einem erfolgreichen Abschluss führen, belohnt werden. Die anstehenden Verhandlungen über die dritte Phase für den Hochschulpakt werden wir dafür nutzen. Außerdem müssen wir über die vom Wissenschaftsrat angeregte indirekte Steuerung der Ausbildungsentscheidungen über die Bereitstellung der Studienplatzkapazitäten nachdenken. Den angekündigten Konkretisierungsvorschlägen sehen wir mit großem Interesse entgegen.

## Kaum Schutzgründe

Müller: Westbalkanstaaten als sichere Herkunftsländer einstufen

**München –** Bayerns Sozialministerin Emilia Müller fordert vom Bundestag eine Lösung gegen den hohen Zustrom von Asylbewerbern aus den Westbalkanstaaten. „Die Asylbewerberzahlen steigen weiter massiv an. Nach der aktuellen Prognose des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge erwarten wir in diesem Jahr rund 200 000 Neuzugänge. Das bedeutet für Bayern mehr als 25 000 Asylbewerber. Gerade der hohe Zugang von Asylbewerbern aus Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina stellt uns dabei vor extreme Herausforderungen“, so die

Ministerin und ergänzte: „Es steht außer Frage, dass wir in Deutschland und Bayern jedem Schutz bieten, der unseren Schutz benötigt. Die Anerkennungquoten für die Westbalkanländer zeigen aber auch: Bei den Asylbewerbern aus den Westbalkanstaaten liegen kaum Schutzgründe vor. Deshalb muss der Bundestag diese drei Länder jetzt als sichere Herkunftsländer einstufen.“

Müllers Vorschlag wurde am Dienstag erstmals im Bundestag beraten. Die Einstufung weiterer Staaten als sichere Herkunftsländer soll Asylbewerbern und geduldeten Aus-

ländern vor allem den Zugang zum Arbeitsmarkt erleichtern. Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina sollen demnach als sichere Herkunftsländer eingestuft werden. Außerdem soll Asylbewerbern und Geduldeten bereits nach drei Monaten der Zugang zum Arbeitsmarkt gewährt werden.

Als sichere Herkunftsländer gelten Staaten, in denen weder politische Verfolgungen noch sonstige menschenunwürdige Bestrafungen stattfinden. Ein Asylantrag eines Ausländers, der aus einem sicheren Herkunftsländer stammt, wird in der Regel abgelehnt. **OP**

## Entwürdigende Umstände

Ex-Bundespräsident Wulff rechnet mit Medien und Justiz ab

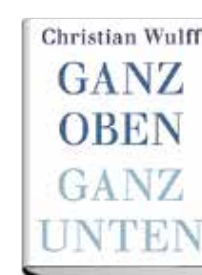
**Berlin –** Als Christian Wulff das letzte Mal in Berlin an die Öffentlichkeit trat, verkündete er seinen Rücktritt vom Amt des Bundespräsidenten. Das war am 17. Februar 2012. Seitdem kämpfte er vor Gericht um seine Reputation. Obwohl sich letztendlich alle Anschuldigungen als haltlos erwiesen, musste Christian Wulff einen quälend langen Prozess durchstehen, ehe er am 27. Februar 2014 freigesprochen wurde.

Nun ist Christian Wulff wieder an die Öffentlichkeit getreten: In seinem Buch „Ganz oben Ganz unten“ schildert der frühere Bundespräsident nun

seine Version, was sich hinter den Kulissen abspielte und wie es sich anfühlt, derlei massiven Angriffen ausgesetzt zu sein.

Er rechnet mit den Medien und der Justiz ab, gibt aber auch eigene Fehler zu. Ein bedeutender Punkt in Wulffs Buch ist die Vorverurteilung durch die Medien, die auch der Freispruch nicht mehr wettmachen könne. „Die Amtszeit ist durch die 67 Tage am Schluss, als ich mich in einer von der Bild-Zeitung eröffneten Treibjagd zum Rücktritt gezwungen sah, in den Nebel gerückt. Nicht nur in der Wahrnehmung der Bürger hat sich seither ein Schatten

über meine Präsidentschaft gelegt. Auch ich selber kann mich, wenn ich über meine Amtszeit nachdenke, nicht ohne weiteres von den Erinnerungen freimachen, die mit den entwürdigenden Umständen verbunden sind, die zu meinem Rücktritt geführt haben“, schreibt Christian Wulff in der Einleitung zu seinem Buch. **FC**



Wulff, Christian  
**Ganz oben  
Ganz unten**  
C. H. Beck Verlag,  
München, 2014,  
260 Seiten,  
19,95 Euro,  
ISBN 978-3-406-  
67200-2.



## Flexible Modelle

Fraktion stellt Papier zu Ganztagschulen vor

In ganz Bayern sollen Familien zwischen Halbtagsgrundschulen und flexiblen gestalteten, qualitativ hochwertigen Ganztagsangeboten wählen können. Der Ausbau des Ganztags in Bayern soll finanziell vom Staat und von den Kommunen getragen werden. Auch künftig sollen Elternbeiträge für außerschulische Betreuungsangebote erhoben werden können.

Das sind die Eckpunkte des Projekts „Ganztagschule“, das die CSU-Fraktion unter der Leitung der stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Kerstin Schreyer-Stäblein und Gudrun Brendel-Fischer vorgestellt hat.

Georg Eisenreich, bildungspolitischer Sprecher der CSU-Landtagsfraktion, ergänzt: „Für

das laufende Schuljahr stehen für schulische Ganztagsangebote und die Mittagsbetreuung im Freistaat rund 120 Millionen Euro sowie 1185 Lehrerplanstellen zur Verfügung. Beim Bau der notwendigen Räume für Ganztagsangebote unterstützt der Freistaat die Kommunen mit einem Sonderprogramm.“ Bis zum kommenden Schuljahr sollen an 90 Prozent aller allgemeinbildenden Schulen in Bayern Ganztagsangebote geschaffen werden. Derzeit gibt es nach Eisenreich an offenen Ganztagschulen 3386 Gruppen (75000 Plätze). Mit der Ganztagsoffensive zum Schuljahr 2014/2015 kommen nochmal 600 Gruppen hinzu. **OP**



Wo genau die Gleichstromtrasse Süd-Ost verlaufen soll, ist immer noch unklar.

Bild: imago

## Streit um Stromtrasse

Wirtschaftsministerium prüft Alternativen

**München – Die CSU-Fraktion lehnt die geplante Gleichstromtrasse Süd-Ost ab. Die Deutsche Energieagentur protestiert. Das Wirtschaftsministerium prüft Alternativen.**

Die CSU-Fraktion hat vergangene Woche in einem Dringlichkeitsantrag im Landtag die Gleichstromtrasse Süd-Ost abgelehnt. „Diese Trasse ist unzweckmäßig und nicht mit dem Ziel des überregionalen Austauschs von Strom aus Erneuerbaren Energien im Einklang“, verdeutlichte der Münchner Landtagsabgeordnete Otmar Bernhard.

Ministerpräsident Horst Seehofer lehnt die bislang geplante Gleichstromtrasse ebenfalls ab. Bei möglichen Ausweichrouten sei Seehofer „zurückhaltend“, berichtet die *Süddeutsche Zeitung*. Dem BR sagte Seehofer, dass er die Bereitschaft über „gesellschaftlich akzeptierte Lösun-

gen“ nachzudenken für einen „schönen Zwischenerfolg“ halte.

Das bayerische Wirtschaftsministerium betonte, es würden nach wie vor mehrere Alternativen zur Trassenführung geprüft. Es gebe keine Vorentscheidung für einen bestimmten Verlauf der

wohldurchdacht, sagte er dem BR. Man solle bei dem faktenbasierten Netzentwicklungsplan bleiben, und ihn nicht nach rein politischen Erwägungen ändern. Hinter den von der Bundesnetzagentur geprüften Planungen stünden schließlich aufwändige Berechnungen von Fachleuten, denen überdies auch Bayern im Bundesrat zugestimmt habe.

Keinen Sinn sieht der Denachef in dem Plan, den Endpunkt der Gleichstromtrasse vom schwäbischen Meitingen zum Atomkraftwerksstandort Isar bei Landshut zu verlegen:

„Meitingen liegt in der Nähe von Gundremmingen – und dort stehen zwei Atomkraftwerke mit einer Leistung von 2600 Megawatt. Die Netztechniker haben genau diesen Standort gewählt, weil dort eine optimale Infrastruktur ist, um den Strom weiter zu verteilen. Bei Isar steht nur ein Atomkraftwerk mit 1300 Megawatt.“ **Peter Orzechowski**

Wir müssen über gesellschaftlich akzeptierte Lösungen nachdenken

Stromautobahn. Die Verhandlungen über die Stromtrasse werden derzeit von der Bayerischen Wirtschaftsministerin Ilse Aigner und Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) geführt.

Der Chef der halbstaatlichen Deutschen Energieagentur (Dena) Stephan Kohler ist mit diesen Überlegungen überhaupt nicht einverstanden. Die ursprünglichen Pläne seien

## Sicherstes Bundesland

Höchste Aufklärungsquote in Bayern

**München – Bayerns Innenminister Joachim Herrmann ist stolz auf die Erkenntnisse der jüngsten bundesweiten Kriminalstatistik: „Die bundesweit mit Abstand geringste Kriminalitätsbelastung bei gleichzeitig hoher Aufklärungsquote belegt: Bayern ist Spitzenreiter bei der Inneren Sicherheit in Deutschland.“** Die konsequente Sicherheitspolitik zahle sich aus. „Es war genau die richtige Entscheidung, die Polizei in Bayern mit zusätzlichem Personal und moderner Ausstattung weiter zu stärken“, erklärte der bayerische Innenminister.

Nach der Bundes-Kriminalstatistik hatte Bayern 2013 die besten Eckwerte: Die Krimi-

nalitätsbelastung lag bei 5073 Straftaten pro 100000 Einwohner. Erfreulich ist auch die Entwicklung der bayerischen Großstädte: Unter den „Top Ten“ der 39 deutschen Großstädte mit mehr als 200000 Einwohnern sind wieder Augsburg, Nürnberg und München auf den Plätzen eins, drei und vier.

Den Grund für diesen Erfolg sieht Herrmann darin, dass Bayern in den Haushaltsjahren 2009 bis 2013 insgesamt rund 2000 dauerhafte neue Stellen bei der Bayerischen Polizei geschaffen hat. In den kommenden fünf Jahren sind laut Herrmann weitere 5000 Neueinstellungen bei der Bayerischen Polizei geplant. **OP**



## AUS DER LANDTAGSFRAKTION

### WENIGER BÜROKRATIE

Die westmittelfränkischen Landtagsabgeordneten **Hans Herold** (Stimmkreis Neustadt a.d. Aisch-Bad Windsheim, Fürth-Land), **Jürgen Ströbel** (Stimmkreis Ansbach-Nord) und **Manuel Westphal** (Foto, Ansbach-Süd, Weißenburg-Gunzenhausen) haben die Staatsregierung aufgefordert, sich dafür einzusetzen, die Dokumentation in sämtlichen Pflegeeinrichtungen Bayerns auf ein Mindestmaß zu reduzieren. „Die Zeit, die aufgrund der Dokumentation von der eigentlichen Pflege abgeht, sollte also auf ein absolutes Mindestmaß reduziert werden. Das Ziel muss sein, die Pflegekraft und -zeit zum Wohle der Patienten einzusetzen zu können“, so Herold, Ströbel und Westphal.



### KEINE GENTECHNIK

Der Freistaat Bayern kann künftig selbst den Anbau aller gentechnisch veränderten Pflanzen auf bayerischem Boden verbieten – „und er wird das nach dem Willen der CSU auch tun“, sagte der Landtagsabgeordnete **Otto Lederer** zum aktuellen Beschluss der EU-Botschafter, dass in Zukunft jeder Mitgliedstaat selbst entscheiden kann, ob er den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen auf seinen Äckern zulässt. „Darüber freue ich mich auch deshalb sehr, weil es die CSU war, die dafür mit ihrem Bundesratsantrag im Februar 2014 den Stein ins Rollen gebracht hat. Fakt ist: Bayern bleibt auch in Zukunft gentechnik-anbaufrei“, hob Otto Lederer hervor.

### MEHR MUSEUM

Das geplante Naturkundemuseum am Nymphenburger Schloss in München werde ein Haus „mit internationaler wissenschaftlicher Strahlkraft“ prophezeiten Fraktionsvorsitzender **Thomas Kreuzer** (Foto) und der Vorsitzende des Arbeitskreises für Wissenschaft und Kunst, **Oliver Jörg**. Dank des neuen Museums, das rund 80 Millionen Euro kosten soll, werde die enge wissenschaftliche und museumspädagogische Zusammenarbeit mit den anderen Regionalmuseen der Staatlichen Naturwissenschaftlichen Sammlungen in Bayreuth, Bamberg, Eichstätt und Nördlingen gestärkt. Angestrebt ist auch „ein Netzwerk wissenschaftlicher Zusammenarbeit“ mit naturwissenschaftlichen Fakultäten der Hochschulen in ganz Bayern.



### VIEL GELD

„Die vom Bayerischen Finanzministerium bekannt gegebene Zuweisung für kommunale Hochbauprojekte ist eine gute Nachricht für Stadt und Landkreis Rosenheim“, kommentiert der CSU-Landtagsabgeordnete **Klaus Stöttner** (Foto) die neuen kommunalen Hochbaumaßnahmen.

Insgesamt gehen 5225000 Euro für 19 Bauprojekte an den Stimmkreis Rosenheim-Ost. Grundlage der Zuwendungen ist die kommunale Hochbauförderung. Sie soll gewährleisten, dass in allen Regionen Bayerns in etwa die gleiche kommunale Infrastruktur angeboten werden kann – insbesondere für Schulen und Kindertageseinrichtungen.



### ZU WENIG SPENDER

In Bayern warten derzeit mehr als 2000 Patienten auf ein Spenderorgan. Zum Internationalen Tag der Organspende am Samstag erklärte **Bernhard Seidenath** (Foto), Vorsitzender des Arbeitskreises Gesundheit und Pflege der CSU-Fraktion: „Das Wichtigste ist, verloren gegangenes Vertrauen in die Organspende wieder herzustellen.“

Deswegen müsse das Thema Organspende stärker in den Aus- und Weiterbildungsprogrammen für Ärzte und medizinisches Fachpersonal verankert werden. Auch die Entnahmepauschale – die gesetzlich festgelegte Entschädigung der Krankenhäuser für den entstehenden Aufwand



– müsse erhöht werden. Ferner soll die Hirntod-Diagnostik bei schweren Schädel-Hirn-Verletzungen auf Intensivstationen zum Standard werden, so Seidenath weiter.

### MEHR INTEGRATION

In München fand die konstituierende Sitzung des „Freundeskreises Integration in Bayern“ unter Leitung des Integrationsbeauftragten der Bayerischen Staatsregierung, **Martin Neumeyer**, MdL, statt. Neumeyer will allen Bürgern in Bayern, die an einer besseren Integration interessiert sind, ein Forum zur Diskussion und zur Bildung von Netzwerken bieten. „Wir sind kein Expertengremium, sondern stehen wirklich jedem Bürger offen, dem Integration am Herzen liegt“, so der Landtagsabgeordnete.

### BAYERN-TICKER

#### BETREUUNGSGELD

Bis Ende Mai 2014 haben mehr als 72 Prozent der anspruchsberechtigten Eltern Betreuungsgeld beantragt, „eine Erfolgsgeschichte“, so Familienministerin Emilia Müller. Betreuungsgeld erhalten Eltern, die für ihr Kind keinen staatlich geförderten Krippenplatz in Anspruch nehmen. Nähere Informationen erhalten Eltern über das Servicetelefon des Zentrums Bayern Familie und Soziales (ZBFS) unter 0931/32090929, per E-Mail unter [betreuungsgeld@zbfbs.bayern.de](mailto:betreuungsgeld@zbfbs.bayern.de) und auf [www.betreuungsgeld.bayern.de](http://www.betreuungsgeld.bayern.de).

#### INTERNET FÜR KINDER

Das Bayerische Umwelt- und Verbraucherschutzministerium hat sein Internetangebot um neue Kinder- und Jugendseiten erweitert. Außerdem wird die Wissenszeitschrift „Ich TU WAS!“ kostenfrei angeboten.

Die Kinderseiten sind verfügbar unter [www.stmuv.bayern.de/service/kinderseiten/index.htm](http://www.stmuv.bayern.de/service/kinderseiten/index.htm). „Ich TU WAS!“-Hefte erhalten Sie kostenlos unter [www.bestellen.bayern.de/shoplink/ich\\_tu\\_was.htm](http://www.bestellen.bayern.de/shoplink/ich_tu_was.htm).

### BAYERN-ZAHL DER WOCHE

# 393 Mio.

Euro will Bayern 2014 für den Bau von kommunalen Schulen, schulischen Sportanlagen sowie Kindertageseinrichtungen ausgeben.



## „Engagierte Mitarbeiter sind unser großes Plus“

Deggendorfs Landrat Christian Bernreiter im *Bayernkurier*-Interview – Standortvorteile nutzen

Der neue Präsident des Bayerischen Landkreistages Christian Bernreiter nennt „Abwanderung und den demografischen Wandel bekämpfen, Kommunal Finanzen, Infrastruktur und Personalausstattung der Landratsämter verbessern“ als seine Ziele. Andreas von Delhaes-Günther befragte den Deggendorfer Landrat.

**Bayernkurier:** Reichen mehr Arbeitsplätze, Bildungsangebote, medizinische Versorgung und gute Straßen aus, um die offensichtliche Attraktivität der Großstädte gerade auf junge Menschen zu übertrumpfen?

**Bernreiter:** Die gleichwertigen Lebensbedingungen sind die Grundvoraussetzung, dass junge Menschen in den Regionen bleiben und Menschen von außen in die Regionen ziehen. Dabei spielen attraktive Arbeitsplätze vielfach die Hauptrolle. Das Preis-Leistungsverhältnis bei Mieten, Grundstückspreisen und Lebenshaltungskosten kann sich ohnehin sehen lassen und die höhere Lebensqualität der ländlichen Gebiete sieht eine Mehrheit auch gegeben.

**Bayernkurier:** Sie plädieren auch für die Anwerbung aus-



Der Präsident des Bayerischen Landkreistages zur Zukunft der Regionen.

Bild: fkn

ländischer Fachkräfte gerade im ländlichen Raum. In Ihrem Kreis praktizieren sie das auch schon. Können Sie uns das Deggendorfer Projekt kurz vorstellen?

**Bernreiter:** Wir haben seit 24 Jahren eine Schulpatenschaft mit zwei Schulen in Burgas am Schwarzen Meer. Beim 20-jährigen Jubiläum ist mir die Idee gekommen, die Kontakte auszubauen und junge Bulgaren anzuwerben. Heuer absolvie-

ren die ersten Auszubildenden die Facharbeiterprüfung. Ich bin überzeugt, dass alle Absolventen bleiben. Die Firmen bestätigen uns, dass sie schon lange keine so engagierten Auszubildenden bzw. schon Jahre überhaupt keine Bewerbungen mehr hatten.

**Bayernkurier:** Sie fordern Politik und Wirtschaft auf, sich verstärkt in den ländlichen Gebieten zu engagieren. Was sind die

Trümpfe, die beispielsweise Ihr Landkreis großen Unternehmen bieten kann?

**Bernreiter:** Unsere heimischen Fachkräfte sind hochmotiviert, sehr flexibel und äußerst fleißig. Außerdem sind sie sehr unternehmensverbunden. Das schätzen die Unternehmen, die sich hier engagieren. Außerdem war die Anbindung an die Metropolen durch eine hervorragende Infrastruktur bisher unser großes Plus. Das

darf nicht aufs Spiel gesetzt werden!

**Bayernkurier:** Viele marode Straßen, Schienen und Brücken harren ihrer Sanierung, die am Geldmangel scheitert. Haben Sie schon die Erfahrung gemacht, dass das von Unternehmen als Standortnachteil betrachtet wird?

**Bernreiter:** Bislang war die sehr gute Verkehrsanbindung neben den engagierten Mitarbeitern unser großes Plus. Derzeit sind wir dabei, das aufs Spiel zu setzen. Im Vergleich zu Frankreich, Österreich, Slowenien oder der Schweiz hinken wir bei der Qualität der Infrastruktur weit hinterher.

**Bayernkurier:** Stichwort Schuldenbremse: Insbesondere die Sozialleistungen steigen immer deutlicher. Welche konkreten Sozialleistungen sollte man Ihrer Ansicht nach kürzen oder welche sollten von Land oder Bund wenigstens zum Teil übernommen werden?

**Bernreiter:** Unsere großen Hoffnungen beruhen auf dem sogenannten Bundesleistungsgesetz. Hier geht es um die Be-

teiligung des Bundes an den Kosten der Eingliederungshilfe für Behinderte. Nachdem der Bund auf Drängen unseres Ministerpräsidenten die Grundsicherung für Senioren und Erwerbsunfähige voll übernommen hat, setzen wir auch beim Bundesleistungsgesetz alles auf die Karte Horst Seehofer.

**Bayernkurier:** Horst Seehofer hat in Bad Tölz gesagt, sein kommunalpolitischer Kurs beinhalte „Bürokratie abbauen und Synergien schaffen“. Welches bürokratische Hindernis fällt

Ihnen spontan ein, das Sie gerne loswerden wollen?

**Bernreiter:** Es geht darum, entweder die Aufgaben dem vorhandenen Personal anzupassen oder das Personal den Aufgaben! Passiert etwas – wie zum Beispiel bei Fleischskandalen, beim Waffenrecht oder beim Brandschutz – sind wir vor Ort die Schuldigen! Flexiblere Handhabungen zum Beispiel beim Baurecht oder der Trinkwasserverordnung würden der Situation vor Ort mehr gerecht. Hier werden wir gemeinsam mit der Staatsregierung Lösungen suchen.

Wir müssen weiter in die Infrastruktur investieren

## In Gold und Silber

Cham: Rückkehr der Bürgermeistermedaillen

**Cham** – Der Landkreis Cham hat die alte Tradition der Bürgermeistermedaillen wiederbelebt. Der Chamer Landrat und Bezirkstagspräsident der Oberpfalz, Franz Löffler, überreichte bereits im April dem mit 45 Dienstjahren dienstältesten deutschen Bürgermeister Michael Dankerl eine neue Bürgermeistermedaille für die Gemeinde Willmering. Der Bürgermeister war bei der letzten Kommunalwahl nicht mehr angetreten.

Die Bayerischen Bürgermeistermedaillen wurden ab 1818 durch den ersten bayerischen König Max I. Joseph als Hoheitszeichen für alle Gemeinden verpflichtend eingeführt. Vom Gemeindeoberhaupt wurden diese Medaillen im Durchmesser von 41 Millimeter und mit einem Gewicht von 30 Gramm an einer Kette oder am hellblauen Seidenband bei festlichen Anlässen oder im Amt getragen. Bürgermeistermedaillen wurden bis



Ehre, wem Ehre gebührt: Michael Dankerl (l.) und Franz Löffler.

etwa 1960 ausschließlich vom Bayerischen Hauptmünzamt in Gold oder Silber geprägt. War in der Monarchie noch das Portrait des jeweiligen bayerischen Königs auf die Vorderseite geprägt, so zeigt sich seit den Zeiten der Republik, in der die Beschaffung freiwillig ist, das bayerische Staatswappen. Die Rückseite ist der Kommune gewidmet. Die Oberbürgermeister von Ingolstadt, Passau, Ansbach, Bayreuth, Schweinfurt und Neumarkt führen diese kommunalen Hoheitszeichen aus monarchischer Zeit noch an ihrer Amtskette. Auch im Kreis Cham haben sich diese Bürgermeistermedaillen in einigen Gemeinden, darunter in Rötz, Lam, Wald und Miltach, erhalten. avd



Die heutige Chamer Medaille (l. und m.) und die alte (r.) der Stadt Cham aus der Zeit König Ludwig II. von Bayern – um 1865 geprägt.

## TOTAL LOKAL – NAMEN UND NACHRICHTEN

### NASCHEN

In Gerolzhofen darf genascht werden: In der Allee steht beispielsweise schon eine Ess-Kastanie, an verschiedenen Stellen wurden bereits Kräuter gepflanzt, vielerorts stehen Quitten. Jetzt hat die Gerolzhöfer Stadtgärtnerei mit der Aktion „Naschstadt Gerolzhofen“ begonnen. Zahlreiche Kästen und Kübel mit essbaren Pflanzen sind in der Altstadt aufgestellt. Gepflanzt wurden unter anderem Kiwi, Petersilie, Erdbeeren, Sauerampfer, Rosmarin, Salat, Basilikum, Kapuzinerkresse, Tomaten, Stangenbohnen, Mangold, Süßkartoffeln,



Bohnen, aber auch unbekanntere Kräuterarten wie Gundermann. „In den kommenden Wochen folgen weitere Beete“, informiert Bürgermeister Thorsten Woźniak.

### TRINKEN

Bier sollte nur aus Hopfen, Malz, Hefe und Wasser bestehen – so steht es im Bayerischen Reinheitsgebot aus dem Jahr 1516. Passend zu diesem Thema bietet der Tourismus & Veranstaltungsservice der Stadt



Bild: Stadt Kulmbach/fkn

**Kulmbach** humorvolle Erlebnisführungen unter dem Motto „Hopfen und Malz – Kulmbach erhalt's“ an. Die Besucher lernen mit dem singenden Bierbrauergesellen „Schorsch“ die Bierstadt Kulmbach und ihre „gehopften Genüsse“ kennen und erfahren Interessantes zur traditionsreichen Geschichte des Kulmbacher Bieres, das nachweislich seit dem 14. Jahrhundert vor Ort hergestellt wird.

Die Kulmbacher Bierführung endet schließlich in einer Kulmbacher Traditionsgastwirtschaft. Dort stimmen die Besucher zusammen mit „Schorsch“ das ein oder andere Wirtshauslied an.

### RADELN

Bayerns Innen- und Verkehrsminister Joachim Herrmann will eine neue Fahrradkultur im Freistaat entwickeln – als sinnvolle Alternative zum Auto und als Wirtschaftsfaktor im Tourismus. „Unser Ziel ist es, den Radverkehr als Bestandteil einer nachhaltigen



Verkehrspolitik zu fördern und gleichzeitig die Verkehrssicherheit weiter zu verbessern“, sagte Herrmann bei der Mitgliederversammlung der Arbeitsgemeinschaft Fahrradfreundliche Kommunen in Bayern (AGFK). Alle Aufgaben im Zusammenhang mit dem Radverkehr sollen künftig im Bayerischen Innenministerium in einem neuen Sachgebiet ‚Radverkehr/Nahmobilität‘ gebündelt werden.

Herrmann berichtete, dass Bayern in den Jahren 2009 bis 2013 aus dem Programm zum nachträglichen Anbau von Radwegen an Staatsstraßen rund 100 Maßnahmen mit einer Gesamtlänge von 160 Kilometern realisiert habe. In den nächsten fünf Jahren will Herrmann mehr als 200 Millionen Euro für den Radwegebau aufwenden. Eine „Schwachstellenanalyse“ soll Lücken im Radwegenetz erschließen und ein Radverkehrsplan Bayern erstellt werden.

„Das Radfahren muss noch mehr ins Bewusstsein von Bürgern, Verwaltung und Politik gerückt werden“, so Herrmann. Weil die AGFK Bayern ein wichtiger Partner sei, habe er die Förderung der AGFK durch den Freistaat in diesem Jahr von bisher 50 000 auf 100 000 Euro erhöht. Zusätzliche Mittel zur Förderung des Radverkehrs will Herrmann 2015/2016 für

einzelne Projekte beantragen, die das Innenministerium gemeinsam mit der AGFK, dem Allgemeinen Deutschen Fahrradclub (ADFC) und anderen Partnern durchführt.

### FEIERN

Es war eine Familienzusammenführung der besonderen Art: Richard T. Krebs und seine Frau Kathleen waren aus dem US-Bundesstaat Pennsylvania angereist, um die Verabschiedung des früheren Bischbrunner CSU-Bürgermeisters und Namensvetters zu feiern.

Gemeinsam bereisten die beiden Krebs-Familien die Heimat ihrer Vorfahren. Höhepunkt war ein VIP-Empfang im Reichstagsgebäude durch CSU-MdB Alexander Hoffmann. Am Schluß der Deutschland-Tour besuchte die Krebs-Familie das Grab ihrer Vorfahren im Friedhof Aschaffenburg.

Das Foto zeigt von links: Ex-Bürgermeister Richard Krebs, Richard T. Krebs, MdB Alexander Hoffmann, Sohn Matthew Krebs, Kathleen Krebs, Schwiegersohn Andreas und Anna Krebs.



Bild: R. Krebs/fkn



## Taliban-Terror

Anschläge auf Flughafen von Karachi

**Karachi** – Die Sicherheitslage in Pakistan verschlechtert sich gefährlich. Das bedeuten zwei dreiste Angriffe pakistanischer Terek-e-Taliban (TTP) – ein Bündnis dutzender bewaffneter Gruppierungen und Banden – auf den Flughafen von Karachi. Beim ersten stundenlangen Gefecht mit pakistanischen Sicherheitskräften kamen mindestens 31 Personen ums Leben, darunter alle zehn Angreifer. Nach der zweiten Attacke wurden noch einmal sieben Tote gefunden. Vor drei Jahren hatten TTP-Terroristen eine nahegelegene Flugbasis der pakistanischen Marine angegriffen.

Einem Taliban-Sprecher zufolge hatten die schwerbewaffneten Terroristen dieses Mal vor, Flugzeuge in ihre Gewalt zu bringen und Staatseinrichtungen zu zerstören. Der Anschlag sei eine Vergeltung für Luftangriffe der pakistanischen Armee auf TTP-Stellungen, so der Taliban-

Sprecher: „Das ist jetzt Krieg.“ Die TTP lehnt die pakistanische Verfassung ab, fordert die noch vollständigere Einführung des Sharia-Rechts und bekämpft Staatseinrichtungen und Zivilisten, einschließlich religiöser Minderheiten, erläutert die US-Tageszeitung *Washington Post*.

Die 20-Millionen-Hafenstadt Karachi ist das Zentrum der pakistanischen Wirtschaft. „Wenn es auf dem Flughafen von Karachi passieren kann, dann überall“, so der US-Sicherheitsexperte und Pakistan-Kenner Hassan Abbas. Pakistans Atomwaffenarsenal sei „potentiell verwundbar“, warnt die Sydneyer Tageszeitung *The Australian*.

Seit Jahresbeginn bemüht sich Pakistans neuer Ministerpräsident Nawaz Sharif um Friedensgespräche mit den TTP. Beobachter erwarten nun eine Armee-Offensive gegen die TTP-Rückzugsräume im pakistanischen Grenzgebiet Nordwaziristan. H.M.



Tag der klaren Worte in der Normandie (v.l.): Bundeskanzlerin Merkel, Präsident Poroschenko, Präsident Putin.

## „Rückkehr nach Europa“

Handschlag in der Normandie: Poroschenko trifft Putin

**Kiew – Wladimir Putin und der neue ukrainische Präsident Petro Poroschenko wollen zur Waffenruhe in der Ostukraine aufrufen. Aber noch droht dort der Absturz ins Chaos.**

Das war womöglich die bedeutsamste Ankündigung des neugewählten ukrainischen Staatspräsidenten Petro Poroschenko bei seiner Amtseinführung in Kiew: Im Herbst soll ein neues Parlament gewählt werden. Poroschenko meint es offenbar ernst mit der „neuen und modernen Ukraine“. Wenn das Land seine heillosen politischen und wirtschaftlichen Probleme lösen will, braucht es vor allem eines: endlich gute, korruptionsfreie Regierung. Die aber ist nicht möglich mit einem Parlament, in dem praktisch jedes Mandat gekauft worden ist.

„Die Rückkehr der Ukraine zu ihrem natürlichen, europäischen Zustand war der Traum von vielen Generationen“, so Poroschenko in seiner Antrittsrede, in der er demonstrativ vom Ukrainischen ins Russische wechselte. Unter den internationalen Gästen befanden sich unter anderem auch Bundespräsident Joachim Gauck sowie der russische Botschafter. Letzterer durfte sich anhören, dass der neue ukraini-

sche Präsident keine territorialen Kompromisse machen will: „Die Krim ist ukrainische Erde. Punkt.“

Poroschenko will die Ukraine an die EU heranführen und so schnell wie möglich das Assoziierungsabkommen mit Brüssel unterzeichnen, so dass schon 2015 die Visumpflicht für Ukrainer aufgehoben werden könnte. Das war auch als klare Antwort auf den russischen Präsidenten Wladimir Putin zu verstehen: Tags zuvor, während der Feierlichkeiten zum 70. Jahrestag der alliierten Landung in

**In der Millionenstadt Donezk sollen tschetschenische Söldner die Kontrolle übernommen haben**

der Normandie, hatte Putin bei einer Pressekonferenz mit wirtschaftlichen Schutzmaßnahmen gedroht, wenn Kiew das Abkommen mit der EU unterzeichne.

Am Rande der Feierlichkeiten in der Normandie kam es immerhin auch zu einem Handschlag zwischen beiden Präsidenten und einem etwa 15-minütigen Gespräch, bei dem auch Bundeskanzlerin Angela Merkel anwesend war. Einem französischen Präsidialsprecher zufolge

einigten sich Putin und Poroschenko darauf, einen Waffenstillstand auszurufen.

Die Waffenruhe ließ jedoch bis Redaktionsschluss dieser Ausgabe auf sich warten. Poroschenko ordnete lediglich an, einen Fluchtkorridor für Bewohner der umkämpften Regionen zu öffnen – was kein schnelles Ende der Kämpfe verheißt. Auch von einem russischen Aufruf, die Waffen schweigen zu lassen, war nichts zu hören. Moskau verlangte lediglich ein Ende der ukrainischen Militäroperationen im Osten des Landes.

Immerhin sind Zehntausende russischer Truppen, die an der ukrainischen Grenze bereitgestanden hatten, nun offenbar doch in ihre Kasernen zurückgekehrt. Doch Moskau scheint die Kontrolle über die Separatistenverbände auf der ukrainischen Seite der Grenze zunehmend zu entgleiten, beobachtet die Londoner Wochenzeitung *The Economist*. Der Konflikt sei in regelrechten Bandenkrieg – „warlordism“ – abgeglitten. Unabhängige Milizien, die miteinander kaum kommunizieren, terrorisieren die Bevölkerung. In der Millionen-Stadt Donezk sollen tschetschenische Söldner die Kontrolle übernommen haben. Der Region droht der Absturz ins Chaos. Heinrich Maetzel

## Flüchtlingsstrom wächst

Libyen droht Europa mit Bootsflüchtlings

**Palermo** – An nur fünf Tagen um Pfingsten herum hat die italienische Marine über 7000 Bootsflüchtlings aufgegriffen. Damit sind seit Jahresanfang weit mehr als 50 000 Flüchtlinge aus Nordafrika nach Italien gelangt, nach knapp 43 000 im gesamten Jahr 2013. Es ist die größte Flüchtlingswelle seit Beginn der italienischen Rettungsaktion Mare Nostrum im vergangenen Oktober.

Viele Flüchtlinge kommen aus Syrien und dem Sudan. Noch mehr kommen über Libyen aus Schwarzafrika, berichtet die Wochenzeitung *The Economist*: „Libyen ist jetzt die wichtigste Transitroute für Schwarzafrikaner, die illegal nach Europa wollen“. Dem Blatt zufolge hat Libyens Innenminister kürzlich gedroht, den Migranten die Passage zu erleichtern, wenn Europa nicht helfe, den Andrang zu stoppen.

Etwa die Hälfte aller Migranten aus Westafrika erreicht über Agadez im Norden der Republik Niger Süd-Libyen. Agadez verdient mit Menschenschmuggel etwa ein Millionen Dollar pro Woche, so *The Economist*. Wichtige Knotenpunkte sind auch Gao in Nordost-Mali und die Oase Tamanrasset in Süd-Algerien. Beobachter sprechen von hunderten schwarzafrikanischen Flüchtlingen, die an der nordafrikanischen Küste nach Überfahrt suchen. Südlich der Sahara warten Millionen. H.M.



Ankunft in Lampedusa. Bild: action press



## AUS DER EUROPAGRUPPE

### DRAGHI LIEGT FALSCH

Der CSU-Finanzexperte, **Marius Ferber** (Bild), kritisiert die anhaltende Niedrigzins-Politik der Europäischen Zentralbank (EZB). „Eine weitere Zinssenkung ist das falsche Signal, erhöht die Gefahr von Blasen und reduziert den Sparwillen. Die Rechnung zahlen Sparer und Inhaber von Lebensversicherungen in 10 oder 20 Jahren. Und dafür trägt die EZB die Verantwortung.“



Zinssenkung heiße nicht automatisch mehr Kredite für Unternehmen, warnt Schwabens Europaabgeordneter. Ferber: „Alle Maßnahmen der EZB haben bisher nicht dazu geführt, dass mehr günstige Kredite auf den Markt kommen und die Investitionen angekurbelt werden.“ Auch mit der erneuten Zinssenkung werde der gewünschte Effekt, nicht eintreten, warnt Ferber. „Mario Draghi ist hier auf dem Holzweg“, so der

CSU-Europapolitiker. Ferber weiter: „Die Beruhigungsspielle niedrige Zinsen muss jetzt abgesetzt werden.“ Ferber fordert von Mario Draghi, anstatt weiter die Zinsen zu senken, beherzt an das Projekt der Bankenunion ranzugehen: „Das Problem ist doch nicht die fehlende Liquidität, sondern die Instabilität der südeuropäischen Banken. Sie geben Kredite nicht raus, weil das Vertrauen fehlt und zu viele Risiken noch vorhanden sind. Vertrauen kommt nicht mit Niedrigzinspolitik

zurück, sondern mit der raschen Umsetzung der Beschlüsse der Bankenunion.“

### GEFÄHRLICHE HURRA-PATRIOTEN

Für eine scharfe Abgrenzung der Unions-Parteien von der AfD hat sich **Bernd Posselt** (Bild), Parteivorstandsmitglied der CSU und (bis 2. Juli) Europaabgeordneter, ausgesprochen: „Auch Deutschland, die sich bürgerlich nennen, können gefährlich sein. Sie gehörten zu den

Hurra-Patrioten des wilhelminischen Kaiserreiches und zumindest indirekt zu den Totengräbern der Weimarer Republik.“ Posselt, der auch Präsident der Paneuropa-Union Deutschland ist, kritisierte vor allem die außen- und europapolitischen Vorstellungen der neuen Protest-Partei: „Wer ein national-konservatives Sonderverhältnis zu Putins Russland anstrebt, mit rückwärts gewandten Konzepten unsere West-Ori-



entierung und die deutsch-französische Freundschaft in Frage stellt sowie währungspolitische Vorstellungen verfehlt, die die Europäische Integration sprengen würden, betreibt die Abkehr von den größten Errungenschaften eines Adenauer, Kohl oder Strauß.“ Diese seien aber „ein kostbares und zerbrechliches Gut, das es auch unter schwierigen Bedingungen weiterzutragen gilt“.

### WELT IM BLICK

#### AL-KAIDAS KRIEG IM IRAK

**Bagdad** – Einen Tag nach der Eroberung der nordirakischen Zwei-Millionen-Stadt Mosul hat die islamistische Terror-Armee Isis auch das weiter südlich gelegene Tikrit, den Geburtsort von Ex-Diktator Saddam Hussein, eingenommen. Die Kämpfer des „Islamischen Staates im Irak und der Levante“ (Isis) bedrohen nun die Stadt Baidashi mit der größten Öl-Raffinerie des Irak. Zuvor hatten sie die noch südlicher gelegenen Städte Falludscha und Ramadi erobert. Die ehemals mit Al-Kaida verbundene Terrororganisation beherrscht nun große Gebiete in Syrien wie in West- und Zentralirak und will dort ein radikalislamisches Kalifat errichten.

In Mosul fielen den Isis-Terroristen Banken mit Geldvorräten, Militärstützpunkte und Waffenlager in die Hände. Die Islamisten befreiten 2500 Gefangene. Über *Twitter* gab Isis bekannt, dass es die gesamte an Syrien grenzende nordirakische Provinz Ninive „erobert und von Religionsabtrünnigen säubern“ wolle.

Mosuls sunnitische Bevölkerungsmehrheit steht der schiitischen Regierung in Bagdad feindselig gegenüber, sagen Beobachter. Während der amerikanischen Besatzung war Mosul eine gefährliche Al-Kaida-Hochburg. In anderen Teilen des Irak haben sich Teile der sunnitischen Bevölkerungsminderheit schon mit den sunnitischen Isis-Extremisten gegen die Regierung des schiitischen Premiers Nuri al-Maliki verbündet. Schiiten in der irakischen Hauptstadt Bagdad bereiten sich bereits auf einen Kampf auf Leben und Tod mit den sunnitischen Extremisten vor, berichtet die Presseagentur *Reuters*.

Keine Hilfe ist die über eine Million Soldaten starke irakische Armee. Washington hat sie für über 25 Milliarden Dollar ausgerüstet. Jetzt zerfällt sie. Der Vormarsch der islamistischen Terror-Armee bedroht die ganze Region. H.M.



## Die CSU kann Europa mitgestalten

„Bayerische Interessen durchsetzen“ – Interview mit Manfred Weber

**Wildenberg – Was ist bei der Europawahl schief gelaufen? Wird Jean-Claude Juncker EU-Kommissionspräsident? Braucht die EU Großbritannien? Heinrich Maetzke sprach mit dem neu gewählten Vorsitzenden der EVP-Fraktion im Europaparlament, Manfred Weber.**

**Bayernkurier:** Herr Weber, herzlichen Glückwunsch zur Wahl zum Fraktionsvorsitzenden der EVP. Das ist eine große Ehre für Sie – und eine tolle Sache für die CSU und für Bayern.

**Manfred Weber:** Herzlichen Dank. Mich freut die breite Unterstützung aus CSU und CDU der EVP-Abgeordneten quer über den Kontinent. Das beweist auch: Die CSU kann Europa ganz praktisch und aktiv mitgestalten.

**Bayernkurier:** Verzeihen Sie mir ein Geständnis: Sogar beim Bayernkurier staunen wir seit Jahren über die starke Rolle und den Einfluss der gar nicht so großen CSU-Europagruppe in der großen EVP – Wie machen Sie das?

**Weber:** Die CSU ist innerhalb der EVP eine mittelgroße Partei. Unsere Abgeordneten machen im Europäischen Parlament eine sehr gute und engagierte Arbeit für Bayern und Europa. Und viele Kollegen aus ganz Europa wissen, dass der außergewöhnliche Erfolg Bayerns ohne die Politik der CSU nicht denkbar wäre.

**Bayernkurier:** Als EVP-Fraktionschef müssen Sie überparteilich auftreten. Darf dann bei Ihnen noch eine CSU- und Bayern-Handschrift sichtbar werden? Gewinnt auch Bayern mit Ihrer neuen europaweiten Funktion?

**Weber:** Ich werde meine Herkunft ganz bestimmt nicht verleugnen. Natürlich müssen in Europa viele Kompromisse

geschlossen werden. Aber ich kann mit meinen CSU-Kollegen unsere Werte, Ideen und Ziele jetzt unmittelbarer einbringen. Die CSU und Bayern sitzen in der EU noch häufiger am Tisch. Das kann nur zum Vorteil sein.

**Bayernkurier:** Sie sind auch Vorsitzender der CSU-Niederbayern – entfliehen Sie jetzt in die große europäische Politik?

**Weber:** (lacht) Das brauchen weder die niederbayerischen CSU-Mitglieder, noch die Bevölkerung in meinem Wahlkreis zu befürchten. Ich habe mit über 50 Prozent das Vertrauen der Wähler bekommen und habe breite Unterstützung in der niederbayerischen CSU. Sie können sich verlassen: Ich werde wie gewohnt für deren Anliegen da sein.

**Bayernkurier:** Stichwort Europawahl: Was ist da für die CSU schiefgegangen?

**Weber:** Wir haben nicht ausreichend geschafft, unsere Wähler an die Urnen zu bringen. Offenbar ist – im Gegensatz zur Europawahl 2009 – nicht gelungen zu vermitteln, wie die CSU in Europa mitgestalten kann, warum die CSU unbedingt in Brüssel gebraucht wird. Es muss wieder mehr im Mittelpunkt stehen, dass nur die CSU bayerische Interessen durchsetzen kann. Vor allem im positiven Sinn, nicht nur als Kritiker.

**Bayernkurier:** In Brüssel geht es jetzt um den nächsten EU-Kommissionspräsidenten. Hält die EVP an Jean-Claude Juncker fest?

**Weber:** Jean-Claude Juncker war der gemeinsame Kandidat der EVP – auch von CSU und CDU – für den Kommissionspräsidenten bei der Europawahl. Die EVP hat die Wahlen in Deutschland



Manfred Weber: „Ich bin mir sicher, dass die Mehrheit der Briten für den Verbleib in der EU stimmen wird.“

und Europa gewonnen. Deshalb wollen wir jetzt auch unsere Zusage halten. Jean-Claude Juncker wird Kommissionspräsident.

**Bayernkurier:** Wenn Juncker Kommissionspräsident wird – wieso muss dann der nächste deutsche EU-Kommissar ausgerechnet Martin Schulz heißen und von der SPD kommen, wo doch die Unionsparteien die Europawahl klar gewonnen haben?

**Weber:** Die SPD hat die Wahlen in Europa und in Deutschland verloren. Sie selbst weist darauf hin, dass das Votum respektiert werden muss. Jetzt ist es Entscheidung der Bundesregierung, wer Deutschland künftig in Brüssel als Kommissar vertritt.

**Bayernkurier:** Premierminister David Cameron will Juncker auf keinen Fall.

**Weber:** Natürlich muss es mit Großbritannien einen fairen Deal geben, was die Inhalte betrifft. Auch wir wollen, dass sich in Europa einiges ändert. Aber Jean-Claude Juncker hat sowohl bei den Staats- und

Regierungschefs wie auch im Europäischen Parlament eine Mehrheit. Es kann nicht sein, dass vornehmlich ein Land alle Entscheidungen blockiert.

**Bayernkurier:** Das angekündigte britische EU-Referendum scheint tatsächlich zum Problem zu werden.

**Weber:** Ich bin mir sicher, dass die Mehrheit der Briten für einen Verbleib stimmen wird. Der Schaden für das Land wäre bei einem Austritt enorm. Aber die Zeit des einseitigen Rosinenpickens und Blockierens ist vorbei.

**Bayernkurier:** 2010 war es für Brüssel wichtig, Griechenland in der Eurozone zu halten – muss es

dann nicht noch wichtiger sein, das viel größere, viel wichtigere England in der EU zu halten?

**Weber:** Wir wollen Großbritannien als starken EU-Partner. Gemeinsam können wir mehr erreichen. Gerne diskutiere ich auch Reformvorschläge, wenn Premier Cameron welche einbringt. Da sind wir offen, zum Beispiel wenn es um eine klare Abgrenzung der Kompetenzen oder auch eine Politik für mehr Wettbewerbsfähigkeit geht. Erpressen lassen können sich aber die anderen EU-Mitgliedstaaten nicht.

**Bayernkurier:** Zum Schluss ein Blick in eine ganz andere Richtung: Wie soll die EU in der nächsten Zeit mit Russland umgehen? Können wir Putin wieder zur Vernunft bringen?

**Weber:** Präsident Putin wird dann gesprächsbereit sein, wenn die EU geschlossen auftritt. Wenn es um grundlegende europäische Werte, wie das Völkerrecht geht, dann muss unsere Antwort klar und deutlich sein. Ich wünsche mir eine Partnerschaft mit Russland, aber nicht zum Preis dessen, dass wir unsere Werte verkaufen.

Die SPD hat die Wahlen in Deutschland und Europa verloren



## Christin noch nicht frei

Todesurteil im Sudan steht noch – Singhammer setzt sich ein

**Khartum –** Anders als vom britischen TV-Sender *BBC News* zunächst gemeldet, wird die in Khartum wegen Abfall vom Islam zum Tode verurteilte sudanesisch-christliche Christin Mariam Yahya Ibrahim doch nicht „innerhalb von Tagen“ freigelassen. Erst wenn sie in einem Revisionsverfahren Recht bekäme, könne Frau Ibrahim aus der Haft entlassen werden, hieß es aus dem sudanesischen Außenministerium.

Die 27-jährige Ärztin wurde zwar christlich erzogen. Als Tochter eines sudanesischen Mohammedaners ist sie nach sudanesischem Scharia-Recht aber automatisch Muslimin. Indem

sie 2011 einen Christen geheiratet hat – was muslimischen Frauen verboten ist – hat sie sich der Apostasie, dem Abfall vom Glauben, schuldig gemacht. Weil ihre Ehe mit einem Nicht-Moslem nach Scharia-Recht ungültig ist, hat sie als Mutter eines anderthalb Jahre alten Sohnes außerdem Ehebruch begangen und wurde auch dafür verurteilt. Kurz nach dem Todesurteil hatte Frau Ibrahim im Gefängnis ihr zweites Kind zur Welt gebracht. Wenn es zwei Jahre alt ist, soll das Todesurteil vollstreckt werden.

Der Fall hatte weltweit Empörung ausgelöst. Der britische Premierminister Cameron hatte das Urteil „barbarisch“ ge-

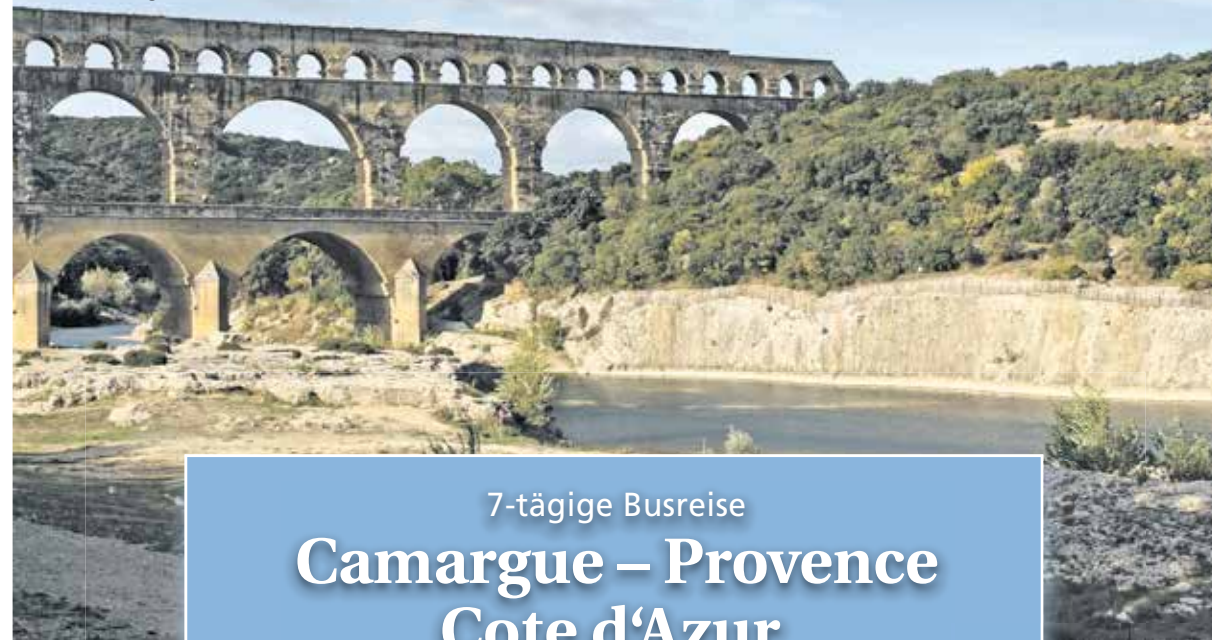
nannt. Der CSU-Abgeordnete und Vizepräsident des Bundestages, Johannes Singhammer, hat in einem Brief an den sudanesischen Parlamentspräsidenten die Freilassung von Frau Ibrahim gefordert.

Ob es dazu kommt, ist fraglich. 2011 wurden im Sudan über 100 Personen wegen Apostasie angeklagt. In der islamischen Welt wird die Todesstrafe auf Apostasie kaum in Frage gestellt, berichtet die Wochenzeitung *The Economist*. In Umfragen sprechen sich in den Ländern des Mittleren Ostens regelmäßig bis über drei Viertel der befragten Muslime für die Todesstrafe auf den Abfall vom Islam aus. H.M.

## BAYERNKURIER LESER REISEN

Deutsche Wochenzeitung für Politik, Wirtschaft und Kultur

26. Aug. – 1. Sept. 2014



Pont du Gard

7-tägige Busreise  
**Camargue – Provence  
Cote d'Azur**

In die schönsten Landschaften Südfrankreichs

890 Euro

REISELEITUNG  
HANS WEMBACHER



Papstpalast Avignon



Französische Riviera

Sie besuchen die Provence – die traumhafte Landschaft an der Mittelmeerküste. Sie erleben ein Naturgebiet mit Flamingos und anderen Wasservögeln, die Wildpferde und schwarzen Stiere der Camargue. Sanddünen, Lagunen und weite Buchten mit dichten Schilfrohrbeständen – dazwischen ultramoderne Feriencentren. Eine Reise mit unbeschreiblichen landschaftlichen Schönheiten ist dieses Land der Troubadours, Mistralen und van Goghs. Der Papstpalast und die berühmte Brücke von Avignon, die Arena von Nîmes, der Pont du Gard, die Mühle von Daudet, Monaco, Nizza und Cannes sind weitere Höhepunkte auf dieser Reise, die auf der Rückfahrt längs der Riviera und durch die Alpen führt. Lassen Sie sich von Südfrankreich bezaubern.

<b>Reiseleistung:</b>	<b>Reisepreis:</b> p. P. nur € 890,- im DZ(EZ-Zuschlag € 260,-)
• Fahrt mit modernem Fernreisebus	
• 1 x Halbpension in Lyon	
• 2 x Halbpension in Avignon	
• 1 x Halbpension in Marseille	
• 2 x Übernachtung/Frühstück in Nizza	
• Straßen- und Mautgebühren	
• Stadtbesichtigungen (ohne Eintritte)	
• Rundreise lt. Programm	
• Reiseleiter: Hans Wembacher	
• Versicherungsschein nach § 651 KBGB	
<b>Nicht eingeschlossen:</b>	
• Persönliche Ausgaben und Trinkgelder	
• Reiserücktrittsversicherung (inkl. Reiseabbruch) 4,1 %, oder RundumSorglos-Schutz 4,5 % vom Reisepreis (ohne SB)	
<b>Eintritte:</b>	
• Papstpalast in Avignon € 10,50	
• Festung Les Baux-de-Provence € 9,50	
• Pont du Gard € 3,50	
• Theater in Orange € 7,00	



## TV-TIPP DER WOCHE

## UNABHÄNGIGKEITSKAMPF

**Schottland und seine Unabhängigkeit** – das Thema ist heute noch genauso aktuell wie vor 600 Jahren. Doch während 2014 ein Referendum über die Abspaltung Schottlands von England entschieden wird, entschied im 13. Jahrhundert das Schwert. Das blutige Heldenspektakel „Braveheart“ mit Mel Gibson in der Hauptrolle zeigt den ewigen Unabhängigkeitskampf der Schotten aus der – damals repressiven – britischen Umklammerung – und spannt damit den Bogen von der Vergangenheit in die Gegenwart. **dia**



**Braveheart**  
Historiendrama  
Sat.1,  
Samstag,  
14. Juni,  
20.15 Uhr.

## BUCH-TIPP DER WOCHE

## LUDWIG DER BAYER IM LICHT DER QUELLEN

**1328 wurde Ludwig IV. der Bayer in Rom zum Kaiser gekrönt.** Er war der einzige Wittelsbacher, der es im Mittelalter auf den Kaiserthron schaffte. Anlässlich der Landesausstellung „Ludwig der Bayer. Wir sind Kaiser!“ in Regensburg zeichnet Martin Clauss die Herrschaft Ludwigs von den Anfängen bis zum Tod nach und beleuchtet nicht nur Konflikte (vor allem mit der Kurie) und Erfolge Ludwigs, sondern auch die Hintergründe. Dabei vermeidet Martin Clauss den Fehler, Details auszuhebeln, die nicht belegbar sind, sondern er macht deutlich, wo der Forschung durch eine dürftige Quellenlage Grenzen gesetzt sind. **rc**



Clauss, Martin  
**Ludwig IV. – der Bayer. Herzog, König, Kaiser**  
Verlag Friedrich Pustet, Regensburg, 2014  
144 Seiten, 12,95 Euro, ISBN 978-3-7917-2560-4.

## TERMINE

14.6., 10 Uhr: **CSA Augsburg**, Vortrag zum Mindestlohn mit dem Bundestagsabgeordneten **Volker Ullrich**, Haus St. Ulrich.



**Lechhausen**, Traditionelles Spargelessen, Losinger Hof, Wulfersthausen.

18.6., 19 Uhr: **CSU München-Alte Heide**, Ortshauptversammlung, Im Emilianhof, Kohlrauschstr. 2.

21.6., 10 Uhr: **JU Gemeinfeld**, 14. Gauditurier, Sportplatz.

21.6., 18 Uhr: **JU Grub am Forst**, Traditionelles Sonnwendfeuer und Feier mit den „Party Franken“, Auengrund am ehemaligen Schwimmbad.

**Haben Sie Termine?**

Bitte melden Sie Ihre Veranstaltungen, Jahreshauptversammlungen, Ausflüge, Stammtische, Diskussionsrunden und alle anderen Termine stets Ihrer Bundeswahlkreis- bzw. Bezirksgeschäftsstelle, oder wenden Sie sich direkt an die Redaktion des Bayernkurier, erreichbar per E-Mail unter [redaktion@bayernkurier.de](mailto:redaktion@bayernkurier.de)

17.6., 9 Uhr: **SEN Ostallgäu**, Ausflug zur Teufelsküche, Ronsberg.

17.6., 11 Uhr: **SEN Rehau**, Gedenken an die Opfer des 17. Juni, Ehemaliger Grenzübergang Posseck, Regnitzlosau.

17.6., 13 Uhr: **SEN Bad Wörishofen**, Ausflug zur Wallfahrtskirche Maria Hilf, Speiden.

18.6., 12 Uhr: **SEN Rehau**, Ausflug nach Kulmbach, Treffpunkt: Schützenhaus.

Bitte beachten Sie: Der Bayernkurier kann aufgrund der hohen Anzahl zumeist nur eine Terminauswahl veröffentlichen. Eine größere Übersicht finden Sie unter [www.csu.de](http://www.csu.de).

18.6., 18.30: **CSU Augsburg**

## LESERBRIEFE

## SPITZENVERDIENER 1958

Zu „Glaubwürdigkeit“, Bayernkurier vom 31. Mai:

Der Artikel „Glaubwürdigkeit“ von Herrn W. Göll bringt das Problem der kalten Progression sehr treffend auf den Punkt.

Die kalte Progression kann nur gemindert werden, wenn auch die Grenze heraufgesetzt wird, bei der der Spitzensteuersatz erreicht wird. Diese Grenze betrug im Jahr 1958 bereits umgerechnet 56282 Euro für Alleinverdiener. Alle anderen Grenzen (etwa die Bemessungsgrenzen für die Krankenkasse und die Rentenversicherung) und die Einkommen stiegen seit 1958 um das 10- bis 12-fache. Die Grenze für den Spitzensteuersatz wurde seither jedoch GEsENKT. Sie betrug im Jahr 2013 nur noch 52882 Euro für Alleinverdiener. Früher wurde der Spitzensteuersatz wirklich nur von Spitzenverdienern erreicht, deren Gehalt 15 bis 20 mal höher lag als das der Durchschnittsverdiener. Heute hat der Facharbeiter bereits ein Gehalt, das nur noch um den Faktor 1,5 geringer ist als die Grenze des Spitzensteuersatzes. Dies ist ungerecht und volkswirtschaftlich schädlich, weil der Anreiz für verstärkten Einsatz und Arbeit bei der arbeitenden Mittelschicht nicht mehr unterstützt wird.

**Dr. Jochen Doenecke**

85521 Ottobrunn

## NIEDRIGZINSPOLITIK

Zu „Der Sparer bleibt der Dumme“, Bayernkurier vom 24. Mai:

Vor einigen Tagen erhielt ich einen Brief von meiner Versicherung bezüglich der Lebensversicherung. Dort wurde mir mitgeteilt, dass ab sofort der Gewinnüberschuss nicht mehr mit dem Monatsbeitrag verrechnet wird. Ich muss jetzt zirka zehn Prozent mehr für die gleiche Versicherungsleistung bezahlen. Das ist eine konkrete Auswirkung der Niedrigzinspolitik zum Zwecke der Euro-Rettung.

**Wolfgang Schimank**

16816 Neuruppin

## ZU WENIG KREUZE

Zu „Kreuz-Debatte: Ärger über Schulz“, Bayernkurier vom 24. Mai:

Die Kritik vieler Christen an Martin Schulz und der „Kreuzdebatte“ ist berechtigt. Als Christ möchte ich aber auch ein wenig Wasser in die bayerisch-christliche Tradition gießen.

Ein paar Beispiele: Auf den Parteitag der CSU sehe ich an der Wand der großen Bühne kein Kreuz; ab und zu kann man es irgendwo an der Seite wahrnehmen. Warum traut man sich als christliche Partei nicht, das Kreuz in den Mittelpunkt zu stellen, damit es während der Parteitage immer und für jeden sichtbar ist?

Ein junger Muslime kam nach Bayern und glaubte, dass die Bayern viel mehr in die Kirche gingen als die Muslime in der Türkei in ihre Moschee. Er wurde eines Besseren belehrt. Seine Aussage zu mir: „Hier in Bayern geht ja kaum einer in die Kirche.“

Wo bleibt der Aufschrei der CSU in Sachen Abtreibung? Meines Wissens werden in der Bundesrepublik jährlich offiziell 100000 Kinder abgetrieben; von den inoffiziellen Abtreibungen wissen wir nichts.

Auf Parteitagen und anderen Festtagen wird von CSU-Politikern gern die christliche Tradition betont. Was die christliche Botschaft angeht, hört man sehr wenig.

Papst Benedikt und Papst Franziskus geben uns allen als Christen die eine Botschaft mit: Erst wenn in Europa jeder getaufte Christ sich öffentlich zur Botschaft Jesu bekennt und sein Leben danach ausrichtet, wird diese Gesellschaft (wieder, Anmerkung des Verfassers) christlich sein.

Proteste gegen die „Heiden“ sind berechtigt. Als Christen müssen wir (gerade in den christlichen Parteien) aufpassen, nicht selbst Heiden zu werden.

**Pfarrer Wolfgang Zopora**

97285 Tauberrettersheim

## KEIN DEMOKRAT

Zu „Kippt ein Geständnis die europawahlen?“, Bayernkurier vom 7. Juni:

Wenn Giovanni di Lorenzo, Chefredakteur der SPD-nahen *Die Zeit* und *Der Tagesspiegel*-Herausgeber, sich bei Günther Jauch damit brüstet, als Inhaber eines deutschen und italienischen Passes zweimal bei der EU-Parlamentswahl gewählt zu haben, zeugt das von einem katastrophal herunter gekommenen Demokratieverständnis. „One man one vote“ ist die Basis der Demokratie. Wer dagegen wie auch immer manipulativ verstößt, ist kein Demokrat. Solche Adels-Allüren sollte di Lorenzo sich und Europa ersparen. Dankbar müssen wir ihm dennoch für sein hinterfotziges Wahlverhalten sein. Denn so offenbart sich auch dem letzten Naivling, was die von der SPD erhoffte doppelte Staatsbürgerschaft der in Deutschland lebenden Türken bei einer EU-Mitgliedschaft der Türkei bewirken würde: Wahlmanipulation in gigantischem Stile.

**Karl Kremer**

46244 Bottrop

## DREIST IN ANKARA

Zu „Zur Sache: Unwillkommener Gast“, Bayernkurier vom 24. Mai:

Der Despot aus Ankara beschwor wieder einmal seine 5. Kolonne, ihr Türkentum beizubehalten und erwartet von den getreuen Vasallen, dass sie seine AKP wählen. Damit wird diese faschistoide und menschen-

rechtsverachtende Regierungspartei mit ihrer ausgeprägten aggressiven Haltung gegenüber Deutschland auch noch gestärkt. Schon jeder 2. Türke wünscht sich eine muslimische Mehrheit in unserem Land.

Der Außenminister Davutoglu forderte von den deutschen Behörden, Provokationen und Demonstrationen gegen Erdogan zu verhindern. Das ist, gemessen an der Meinungsfreiheit in der Türkei, an Dummheit nicht zu überbieten. Erdogan wurde von der „Union Europäisch-Türkischer Demokraten“ eingeladen. Die Kosten für seine Hofhaltung (Großaufgebot an Sicherheits- und Ordnungskräften) sind deshalb vom Gastgeber zu übernehmen.

Es war eine Unverschämtheit, die Stadt Köln als Austragungsort für den türkischen Wahlkampf mit der vorgegebenen Konstellation zu missbrauchen. Alle diejenigen, die „ihrem“ Ministerpräsidenten zujubelten, sollten ihre Koffer packen und in Erdogans „gelobtes Land“ ausreisen oder zurückkehren.

Die EU-Beitrittsverhandlungen mit diesem „Spaltpilz“ müssen sofort abgebrochen werden.

**Gisela Recki**

53844 Troisdorf

## UNFAIRE ONLINE-KUNDEN

Zu „Stadtbummel zu teuer“, Bayernkurier vom 26. April:

Das ist die befremdlichste Rechtfertigung von Online-Käufen, die ich je gehört habe. Wenn ich mir so meine Nachbarschaft ansehe, da ist es niemandem zu teuer, mal eben mit dem Auto zum Bäcker zu fahren und einen Parkschein zu lösen, nur um frische Semmeln zum Frühstück zu holen. Eigenartigerweise ist den Leuten das Fahren und Parken nicht zu teuer, wenn es ums Essen oder um Kleidung geht. Ich mache gerne einen Stadtbummel in München, allerdings suche ich da nicht lange einen Parkplatz, sondern ich fahre auf einen Park+Ride Parkplatz, und von dort komme ich mit U-Bahn, Bus und Straßenbahn überall hin. Soweit ich weiß, gibt es so was in Nürnberg auch. In München gibt es außerdem drei große Einkaufszentren mit bezahlbaren Parkhäusern, wo man fast alles findet.

Natürlich gehe ich nicht in der Maximilianstraße einzukaufen, das überlasse ich den Scheichs und den Russen. Jeder weiß, dass dort die Mieten und

dann natürlich auch die Preise hoch sind. Als ehemaliger Ladeninhaber kann ich aber sagen, dass die Preise normalerweise nicht von der Miete abhängen. Ich hatte ein Spielwarengeschäft mit Modelleisenbahnen, da gibt es Katalogpreise, die überall gleich sind. Wenn der ohnehin geringe Verdienst an diesen Waren die Miete nicht mehr ausgleicht,

Anzeige



muss man aufgeben, so viele dieser Läden in München schon. Ich habe den Laden sogar noch gehalten, als ich praktisch nur noch für die Miete arbeitete, denn ich musste nicht von dem Geschäft leben. Aufgehört habe ich erst, als immer mehr „Kunden“ kamen, um sich beraten zu lassen oder sich die Sachen anzusehen und anzugrapschen, um sie nachher für irgendeinem Hinterhausversender per online zu kaufen. Oder aber man wollte von mir Ersatzteile für die woanders gekauften Waren haben, die ich beim Hersteller nur in Zehnerpackungen bestellen konnte. Nein danke! Wenn alle so handeln wie Leser Rehorst, wird es in den Städten bald nur noch Handy-, Klamotten- und Delikatessenshops geben. Viel Vergnügen!

**Hubertus Streve**

82319 Starnberg

## GEFÄHRLICHES KIENTEL

Zu „Klare Regeln statt ‚Willkommenskultur‘“, BK vom 1. März:

War es nicht schon seit langem Ziel linker Kreise „das deutsche Volk“ (und damit auch sich selbst) aufzulösen? Oder zumindest, da das deutsche Volk derzeit nicht zu Revolutionen neigt, eine kritische Masse durch neues Klientel zu schaffen, damit es endlich gelingt das alle durchfütternde, aber dennoch böse System zu stürzen und endlich den Traum der alles gleichmachenden Revolution zu verwirklichen? Dumm nur, wenn man nicht auf das Klientel schaut, das man sich anlacht. Denn nach wie vor frisst eine Revolution auch oft ihre Väter und Mütter.

**Alexander Garnreiter**

85622 Feldkirchen

## KONTAKTADRESSE

BAYERNKURIER  
Leserbriefe  
Nymphenburger Straße 64  
80335 München  
[leserbriefe@bayernkurier.de](mailto:leserbriefe@bayernkurier.de)  
Fax: (089) 129 30 50

Die Zuschriften geben die Meinung der Leser wieder. Die Redaktion behält sich Kürzungen vor. Über Leserbriefe kann keine Korrespondenz geführt werden.

Kurze Leserbriefe werden bevorzugt behandelt.



## „Landwirtschaft ist ein Zukunftsthema“

AGL engagiert sich erfolgreich seit über 50 Jahren – Vorsitzende Marlene Mortler im Interview

München – Mit den Beschlüssen zum Anbauverbot für Genpflanzen und zu Direktzahlungen an Landwirte werden derzeit agrarpolitische Kernforderungen der CSU, allen voran ihrer Arbeitsgemeinschaft Landwirtschaft (AGL), erfüllt. Mit Marlene Mortler, Vorsitzende der AGL und Mitglied im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz des Bundestags, sprach Anna Diller über die AG, deren Erfolge und deren Ziele.

**Bayernkurier:** Die CSU hat sich schon lange für ein nationales Selbstbestimmungsrecht über den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen stark gemacht. Die jetzt von den EU-Mitgliedstaaten vereinbarte Regelung ist deshalb ein großer Erfolg für die Partei und natürlich auch für Deutschland. Wie groß ist der Anteil der AGL daran?

**Marlene Mortler:** Ich habe mir im AGL-Landesvorstand breite Rückendeckung geholt, was das Selbstbestimmungsrecht betrifft. Es ist immer gut, wenn man mit solch einem Rückenwind in die weiteren Verhandlungen in Berlin tritt. Unsere AGL-Sitzung fiel gerade in die Zeit, als das Thema in Berlin anstand. Dabei habe ich auch immer betont, dass es sehr wichtig ist, nicht nur das Selbstbestimmungsrecht, sondern auch weitere Forschung in die Gentechnologie zu haben. Wir können sonst nicht wissen, wie groß die Chancen und vor allem die Risiken der Gentechnik sind. Diese beiden Schwerpunkte wurden so vom Landesvorstand akzeptiert.



Die mittelfränkische Bundestagsabgeordnete Marlene Mortler leitet seit 2011 die vor 50 Jahren gegründete AGL.

tiert. Damit war das auch ein klarer Auftrag für mich in Berlin.

**Bayernkurier:** Als Nächstes will die EU das Mindesthaltbarkeitsdatum (MHD) für langlebige Nahrungsmittel wie Nudeln oder Reis abschaffen. Damit soll die Verschwendung von Lebensmitteln eingedämmt werden. Wie wird die AGL dieses Vorhaben unterstützen?

**Mortler:** Für die AGL ist es ein wichtiges Anliegen, die 11 Millionen Tonnen Lebensmittel, die etwa allein in Deutschland jährlich weggeschmissen werden, zu reduzieren. Deshalb finde ich es gut, dass die EU sich jetzt mit dem Sachverhalt beschäftigt, dass der Verbraucher das MHD oftmals nicht richtig

deuten kann beziehungsweise fälschlicherweise als Wegwerf- oder Verfallsdatum interpretiert. Ich kann mir vorstellen, dass die AGL das EU-Vorhaben mit einem Antrag, den es noch gemeinsam zu formulieren gilt, entsprechend unterstützt. Daneben will die AGL wieder verstärkt aufzeigen und aufklären, wie das MHD gemeint ist. Die AGL wird dazu sicherlich in jedem Landkreis aktiv ihren Beitrag leisten.

**Bayernkurier:** Vor Kurzem hat der Bundestag das Gesetz für Direktzahlungen an Landwirte beschlossen. Die damit verbundene Planungssicherheit für die Betriebe haben Sie als agrarpolitische Sprecherin der CSU-Landesgruppe sehr begrüßt. Will die AGL noch weitere Planungssicherheiten erreichen?

**Mortler:** Das Gesetz war eine schwere Geburt. Es hat mich daher sehr gefreut, dass es nun endlich beschlossen ist. In diesem Zusammenhang brauchen wir aber noch Sicherheit bei der Definition „aktiver Landwirt“. So soll unserer Meinung nach zum Beispiel auch derjenige, der Urlaub auf dem Bauernhof anbietet und zugleich eine normale Landwirtschaft betreibt, als „aktiver Landwirt“ gelten und von den Direktzahlungen profitieren. Ich denke, wir sind auf einem guten Weg, dies zu erreichen. Denn auch die nächste „Baustelle“ wartet bereits: das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG). Wenn das Gesetz, so wie es aktuell auf dem Papier steht, durchginge, würde das den To-

desstoß für gute Entwicklungen im Bereich Biomasse bedeuten. Gerade Biomasse ist eine wichtige Einkommensquelle in ländlichen Räumen. Sie ist anders als Windenergie stets verfügbar. Eine Energiewende ohne Biomasse kann es nicht geben.

**Bayernkurier:** Im Januar feierte die AGL ihr 50-jähriges Bestehen. Seit ihrer Gründung ist sie für die CSU ein wichtiger Rat- und Impulsgeber. Sieht sich die AGL auch in Zukunft in dieser Rolle? Gibt es auch genügend engagierten Nachwuchs in der AGL?

**Mortler:** Landwirtschaft und unsere Landwirte spielen für die CSU als Volkspartei schon immer eine große Rolle und im Vergleich zu anderen Parteien die größte. Für mich ist es deshalb wichtig, dass wir als AGL in allen Bezirken präsent sind. Dort, wo man versucht, nah bei den Bauern und Mitgliedern zu sein, da bewegt sich etwas. Derzeit sind wir in jedem Bezirk mit Schwerpunkt-

**Energiewende ohne Biomasse kann es nicht geben**

themen unterwegs: Wir waren etwa in Oberfranken in Sachen „Lebensmittelkompetenz und Ernährung“ unterwegs, dem-

nächst besuchen wir die Oberpfalz zum Thema „Holz“. Wir sind sehr aktiv und quirlig und haben sehr engagierte Mitglieder. Vor allem die Mitglieder im Landesvorstand sind teils „alte Hasen“, teils engagierte Nachwuchsleute. Landwirtschaft ist ein Zukunftsthema – Nachwuchs ist stets willkommen. Ich freue mich sehr, dass es immer wieder junge Menschen gibt, die sich in die AGL einbringen.

## Neue FU-Frau im Landesfrauenrat

München – Die Frauen-Union (FU) Bayern hat die Garmisch-Partenkirchenerin Claudia Krüger-Werner als Nachrückerin für die 92-jährige frühere Regensburger CSU-Bürgermeisterin Hildegard Anke in den Bayerischen Landesfrauenrat entsandt. In ihrer ersten Sitzung im Landesfrauenrat wurde die Nachfolgerin von Anke überdies sogleich in den Fachausschuss Medienpolitik bestellt. Für Krüger-Werner, die in zahlreichen kommunalpolitischen Funktionen tätig ist und die FU-Projektgruppe „Netzwerkpflege-Frauenverbände“ leitet, stellt der Rat eine wichtige Plattform zum gegenseitigen Austausch dar: „Ich freue mich, das Netzwerk für die CSU und die FU Bayern in dieser wichtigen unabhängigen Vereinigung aus derzeit 49 bayerischen Frauenverbänden erweitern zu dürfen“, betonte die FU-Ortsvorsitzende.

Der Bayerische Landesfrauenrat ist ein Zusammenschluss von 49 Frauenverbänden und Frauengruppen gemischter Landesverbände und vertritt mehr als 3 Millionen Frauen in Bayern. Er ist überkonfessionell, überparteilich und unabhängig. dia



Krüger-Werner (l.) mit der Präsidentin des Bayerischen Landesfrauenrates, Hildegund Rüger (r.). Bild: CSU

## NAMEN



**Rückblick:** Bei der Bezirkshauptversammlung der SEN Schwaben in Donauwörth konnte Vorsitzender Winfried Mayer (l.) einen beeindruckenden Rückblick über seinen Bezirksverband vorlegen: Neben dem äußerst vielfältigen und aktiven Programm steige die Mitgliederzahl ständig und liege momentan bei 1350. Auch die Bilanz von Schatzmeister Rainer van Rijckevorsel für das Jahr 2013 fiel sehr positiv aus. Nach dessen einstimmiger Entlastung wählten die Delegierten Josef Weishaupt

zum neuen Schriftführer und Heidi Schepanski-Wiedemann zur zweiten Kassenprüferin. Auf der Versammlung gab es des Weiteren ein Grußwort von MdL Wolfgang Fackler (r.) sowie Vorträge zum Thema „Pflege“ von Perina Feicht von der BRK-Altenpflege und Manfred Kollmann vom Landratsamt Donauwörth.

**Stauseefest:** Auch heuer veranstaltete die CSU Rottal-Inn wieder ihr Stauseefest. Gastredner war nach Christine Haderthauer 2012 und Innenminister Joachim Herrmann 2013 dieses



Jahr CSU-Generalsekretär Andreas Scheuer (2.v.r.). Für sein Kommen nach Postmünster, wo die sehr gut besuchte Veranstaltung stattfand, bedankte sich Bürgermeister Stefan Weindl (r.) mit einem Präsentkorb. Für seinen Besuch sowie seine dabei gehaltene Mahnrede zur geringen Wahlbeteiligung bei der Europawahl dankten Scheuer auch MdL und Kreisvorsitzende Reserl Sem (3.v.l.), Landrat Michael Fahmüller (l.) sowie MdB Max Straubinger (2.v.l.). Auch sie bedauerten die geringe Wahlbeteiligung, über die Scheuer für das Beispiel Niederbayern sagte: „Nur 33,3 Prozent – das ist einfach nur schade, denn ein starkes Niederbayern mit seiner exportgestützten Wirtschaft muss auch mit starker Stimme in Europa vertreten sein.“

## DAS PORTRAIT

### Erste Frau in diesem Amt

Maria Rita Zinnecker ist seit Mai Landrätin von Ostallgäu



**Marktoberdorf –** „Ich bin Landrätin in einem wunderschönen und strukturell sehr abwechslungsreichen Landkreis und ich habe eine gute Mannschaft im Landratsamt vorgefunden, freut sich Maria Rita Zinnecker über ihren neuen Posten an der Spitze des Landkreises Ostallgäu. Dass sie neu und noch dazu die erste Frau in diesem Amt ist, scheint Interesse zu wecken: „Die Ostallgäuer wollen ihre neue Landrätin kennenlernen“, weshalb sie jetzt viel unterwegs sei und auch bereits eine Vielzahl von Gesprächen geführt habe, sagt Zinnecker.

Die Präsenz vor Ort und die Kontaktaufnahme mit den Bürgern kennt die 49-jährige verheiratete Ökotrophologin bereits von ihrem erfolgreichen Wahl-

Leiterin des Amtes für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten und der Landwirtschaftsschule Kaufbeuren auch für Ostallgäu schwerpunktmäßig „anpacken“. „Die großen Herausforderungen beziehungsweise Themen der nächsten Zeit werden die Stabilisierung des Gesundheitsstandorts, die Infrastruktur, egal ob Schiene, Straße oder Breitband, und die Weiterentwicklung der Tourismus- und Bildungsregion sein. Es gibt einiges zu tun!“, weiß Zinnecker, die dabei Wert legen will auf „die Zusammenarbeit mit und in den neuen Gremien und den Gemeinden beziehungsweise Bürgermeistern“. Als überzeugte Allgäuerin und Landwirts-tochter liegt ihr jeder Winkel der Region am Herzen. dia

kampf gegen ihren Amtsvorgänger von den Freien Wählern. Auch als langjährige Kreisrätin im Unterallgäu hatte sie sich vor Ort für Regionalentwicklung, Schulen und Bildung, Vereine und Ehrenamt sowie Umwelt- und Naturschutz eingesetzt. Jene Themen will die frühere



## 8,50 Euro fürs Lernen?

Von Jörg von Rohland

Egal, ob man im Fast-Food-Restaurant die Hamburger belegt, vor der Waschstraße die Autos abspritzt oder auf dem Feld die Kartoffeln aus der Erde zieht: 8,50 Euro für eine Stunde harte Arbeit sollte das Mindeste sein. Die Einführung des nach der Bundestagswahl mit der SPD ausgehandelten gesetzlichen Mindestlohns ist nur gerecht. Und Ministerpräsident Horst Seehofer tut gut daran, einer weiteren Verwässerung der Regelung den Riegel vorzuschieben. Eine Übergangsregelung für die kritischen Branchen wäre ein Zugeständnis an die Wirtschaft, das nötig ist, um die Konjunktur nicht zu schwächen und Arbeitsplätze zu sichern. Den Arbeitgebern bliebe genug Zeit, die Kosten neu zu kalkulieren. Bis 2017 sollten sie das bewerkstelligen haben.



Problematischer ist die Mindestlohnregelung für Praktika. Leider werden junge Menschen oft genug von Firmen schamlos ausgenutzt: Wenn der Praktikant die Arbeit eines Angestellten übernimmt und vom Chef dafür nur mit warmen Worten abgespeist wird, läuft etwas falsch. Zum Glück ist das die Ausnahme. Und auch kaum ein Praktikant lässt sich das lange gefallen. Der Sinn dieser Beschäftigungsform ist, dass die jungen Leute in ihre künftigen Berufe hineinschnuppern. Weil sie dabei in der Lernphase sind, machen sie den Betrieben oft mehr Arbeit, als sie dem Unternehmen bringen. Ob den Firmen dafür auch noch ein gesetzlicher Mindestlohn aufgehalst werden muss, darüber sollte zumindest diskutiert werden dürfen.

## Afrika in Bewegung

Von Heinrich Maetzke

Afrika ist in Bewegung – nach Europa. Lampedusa, Sizilien, Malta, Ceuta, Melilla – den meisten Europäern ist nicht klar, was sich dort abspielt, und was es für sie bedeutet. 50.000 Bootsflüchtlinge hat die italienische Marine in diesem Halbjahr schon vor der Küste Siziliens aus klapprigen Booten gefischt. Angeblich warten Hunderttausende zumeist schwarzafrikanische Migranten an den Küsten Nordafrikas auf die Gelegenheit, nach Europa überzusetzen.

Das klingt nach viel, ist es aber nicht. Denn südlich der Sahara sind Millionen, ja Zig-Millionen in Bewegung. Bürgerkrieg, schauerliche Miswirtschaft

und demographische Explosion sind ihr Antrieb.

Ein Beispiel: Im Sahara-Land Niger ist die Bevölkerung seit 1950 von 2,5 auf heute 20 Millionen gewachsen. Bis 2050 rechnet die UN mit 70 und bis zum Jahr 2100 mit 200 Millionen Menschen in Niger, das bei guter Regierung – die es nicht hat – vielleicht zehn Millionen Menschen ernähren könnte. Ganz Afrika ist seit 1950 von 229 Millionen auf heute 1,1 Milliarden Menschen gewachsen (Jahr 2100: 4,1 Milliarden). Große Krisen kündigen sich an – und Völkerwanderungen in Richtung Europa. Die Europäer müssen sich darauf einstellen – und reagieren.

## Kein Land in Sicht

Von Peter Hausmann

Wäre es kein Widerspruch in sich selbst, könnte man vermuten die tibetanische Gebetsmühle wäre in Athen erfunden worden und nicht in den buddhistischen Klöstern am Himalaja. So oft wiederholt der griechische Regierungschef Samaras sein Credo, dass der Krisenstaat das Tal der Tränen bald durchschritten habe. Die Fortschritte bei der Konsolidierung der Staatsfinanzen sind unbestritten. Aber es geht eben langsam, ganz langsam durchs Tal.

Eine kleine Personalie – fast eine Randnotiz – im Zuge der Kabinettsumbildung, sorgt jetzt für neue Besorgnis. Der oberste Steuereintreiber Griechenlands Charis Theocharis verließ „aus persönlichen Gründen“ seinen Posten. Die Tatsache, dass er dabei betonte, er habe in seiner 18-monatigen Amtszeit mehr erreicht als seine Vorgänger in Jahrzehnten, sind ein kräftiges Indiz dafür, dass er von seinem Amt zurückgetreten wurde.

Das Pikante an der Sache ist, dass der Posten unter dem Druck des Internationalen

Währungsfonds IWF und der EU extra dafür geschaffen wurde, den Kampf gegen die in Griechenland allgegenwärtige Steuerhinterziehung von einem unabhängigen Beamten führen zu lassen. Theocharis führte ihn und das auch noch mit Erfolg. Er bat auch Prominente zur Kasse, die zuvor un-

Die Konsolidierung geht langsam voran, ganz langsam

behelligt einen großen Bogen um den Fiskus machen konnten oder durften. Jetzt musste er gehen. Eifer schadet bekanntlich.

EU und IWF ließen ein deutliches Unbehagen erkennen und die Experten aus Washington warteten mit Berechnungen auf, wonach die Griechen auch in den kommenden Jahren noch kräftig am Finanztropf hängen werden, der von den anderen Euro-Staaten aufgefüllt werden muss. Das Maß der

Hilfsbereitschaft der Europäer und vor allem der Deutschen muss aber vernünftigerweise davon abhängen, ob die Griechen weiter fest zum Reformkurs stehen. Doch die Zweifel wachsen, weil Samaras seit der Europawahl, bei der die Radikalen erstarkten und seine Regierung abgestraft worden war, noch stärker unter Druck geriet. Es ist zwar verständlich, dass die Griechen ein schnelles Ende ihres Leidensweges herbeisehnen, doch das zu versprechen, wäre unseriös.

Angesichts einer Staatsverschuldung, die in diesem Jahr voraussichtlich bei 176 Prozent ankommen wird, wird es schier unmöglich sein, das Ziel von einem Schuldenstand von 117 Prozent am Bruttoinlandsprodukt bis zum Jahr 2022 zu erreichen. Der IWF denkt über eine Streckung der Schuldentilgung oder eine Zinssenkung für Griechenland nach. Das würde für die Europäer allerdings eine Art Schuldenschnitt light bedeuten. Und ein neues Drogenpäckchen billiges Geld für Athen.



Was Mario Draghi aus der schwäbischen Hausfrau gemacht hat.

Zeichnung: Sakurai

## DER STANDPUNKT



Andreas Scheuer,  
Generalsekretär der CSU

Das Betreuungsgeld ist ein absolutes Erfolgsmodell – bundesweit und vor allem in Bayern! Das zeigen aktuelle Zahlen für das erste Quartal 2014, die das Statistische Bundesamt jetzt veröffentlicht hat.

Allein bei uns im Freistaat haben bis Ende Mai 2014 mehr als 72 Prozent der anspruchsberechtigten Eltern Betreuungsgeld beantragt. Damit liegt Bayern bundesweit auf Platz 1.

Die hohe Nachfrage nach dem Betreuungsgeld spricht für sich und gibt uns Recht! Die Eltern bestätigen damit, dass die Einführung des Betreuungsgeldes eine wichtige und richtige Weichenstellung in der Familienpolitik war.

Mit dem Betreuungsgeld haben wir die Wahlfreiheit der Eltern gestärkt: Denn die Familien wissen selbst am besten, welche Betreuungsgeldform die passende für ihr Kind ist. In Bayern geben wir den Eltern und Familien echte Entscheidungsfreiheit, weil wir sowohl auf den bedarfsgerechten Ausbau der Kinderbetreuung als auch auf das Betreuungsgeld setzen.

Wir schreiben den Familien nicht vor, wie sie ihre Kinder erziehen sollen, sondern lassen sie selbst entscheiden. Das ist moderne Familienpolitik.

## ZU GAST IM BAYERNKURIER



Henri Ménudier ist Professor an der Universität Paris III – Sorbonne Nouvelle und hat an französischen Eliteschulen unterrichtet. Er war Gastprofessor an mehreren deutschen Universitäten und lehrt noch an der Universität in Freiburg.

Bild: Ménudier

## Die Krise ist da!

Frankreich nach der Europawahl: Der FN will das politische System sprengen – Von Henri Ménudier

Das Ergebnis der Europawahl am 25. Mai hat die politische Lage in Frankreich deutlich verschlechtert. Die hohe Wahlenthaltung (56,8 Prozent) hat die radikale Rechte (Front National, FN) begünstigt, die mit 25 Prozent der gültigen Stimmen und 23 Sitzen sich zum ersten Mal als klare Siegerin behauptet. Sie überholt die konservativ-bürgerliche UMP (20,8 Prozent). Die regierenden Sozialisten (PS) erreichen nur 14 Prozent. Die anderen Parteien spielen eine Randrolle: 9,9 Prozent für die Mitte, knapp 9 für die Grünen und 6,3 Prozent für die radikale Linke. Durch die Verschiebung zugunsten des FN ist das Spiel der politischen Kräfte destabilisiert.

Der FN von Jean-Marie Le Pen besteht seit 1973. Durch die Einführung der Verhältniswahl wurde sie nur einmal in die Nationalversammlung 1986 gewählt. Bei der Präsidentschaftswahl 2002 kam Le Pen auf Rang Zwei nach Jacques Chirac. Der jetzige Sprung im Ver-

gleich zur Europawahl 2009 (6,3 Prozent der Stimmen und 3 Sitze) ist enorm. Der FN ist in 71 von 95 Départements die stärkste Partei. Seine starke territoriale und gesellschaftliche Verankerung ist eine neue politische Realität geworden.

Seit Januar 2011 wird die Partei von Marine Le Pen, der Tochter des Parteigründers, geführt. Sie hat sich vom Rassismus und Antisemitismus des Vaters distanziert. Aber wegen ihrer radikalen Ablehnung der Immigration, ihrer Verteufelung der Europäischen Union und ihrer nationalistischen Einstellung ist sie sehr gefährlich. Die FN bleibt eine Protestpartei, die mit Provokationen das politische System sprengen will. Nur ein Drittel der Franzosen glaubt, dass sie regierungsfähig ist. Sie wurde trotzdem gewählt, weil viele Bürger von den anderen Parteien tief enttäuscht sind und einen politischen Wechsel wünschen.

Der FN profitiert von den Schwächen der zwei großen demokratischen Parteien. Nach den katastrophalen Kommunalwahlen Ende März hat die sozialistische Partei (PS) nun ihr schlechtestes Wahlergebnis überhaupt bekommen. Die desorientierte PS ist durch Flügelkämpfe gelähmt. Die Lage der konservativ-bürgerlichen Rechte UMP ist fast verzweifelt. Die Partei ist durch böse Finanzierungsskandale erschüttert. Weil sie kein Programm und keinen Chef mehr hat, kämpft jeder gegen jeden, mit Blick auf die Präsidentschaftswahl 2017.

Der FN profitiert auch von der Schwäche des Präsidenten der Republik. Nur 16 Prozent der Franzosen setzen noch Vertrauen in François Hollande. Die wirtschaftliche und die soziale Lage stagniert, keine Strukturreform ist durchgesetzt worden. Es gibt Zweifel, ob Hollande das Land überhaupt führen kann und ob er sein Mandat bis 2017 behalten wird. Die Krise ist da!



## MELDUNGEN

### WELTBANK

**Washington** – Die Weltwirtschaft wächst langsamer als gewünscht: Die Weltbank sorgt sich vor allem um die nicht enden wollende Konjunkturschwäche in den Entwicklungs- und Schwellenländern. Zum dritten Mal in Folge würde ihr Wachstum heuer unter fünf Prozent bleiben, teilte die Weltbank am Mittwoch mit. Dies sei zu wenig, um genügend Arbeitsplätze zu schaffen und so die Lebensumstände der armen Bevölkerung zu verbessern. Gerechnet hatte man mit einem Wachstum der Länder um 5,3 Prozent, nun sieht die Weltbank nur noch eine Konjunkturplus von 4,8 Prozent. Die gesamte Weltwirtschaft werde zudem nicht wie erwartet um 3,3, sondern nur um 2,8 Prozent wachsen. 2013 waren es 2,4 Prozent.

### AIRBUS

**Toulouse/Dubai** – Der Airbus-Konzern muss einen herben Rückschlag einstecken. Die arabische Fluggesellschaft Emirates hat ihre Bestellung für 70 Typen des neuen Langstreckenjets A350 storniert. Bereits 2007 hatte sie die Maschinen geordert, die einen Listenpreis von insgesamt 16 Milliarden Euro haben – abzüglich der Nachlässe, die bei Flugzeugbestellungen üblich sind. Aus Expertenkreisen hieß es, dass Emirates-Manager Tim Clark schon seit langer Zeit als Kritiker des Airbus-Modells galt.

### LUFTHANSA

**Frankfurt** – Die Lufthansa hat ihre Aktionäre am Mittwoch mit einer Gewinnwarnung geschockt und den Deutschen Aktienindex Dax auf Talfahrt geschickt. Die größte deutsche Fluggesellschaft rechnet in diesem Jahr nur noch mit einem operativen Gewinn von rund einer Milliarde Euro. Ursprünglich waren 1,3 bis 1,5 Milliarden Euro avisiert. Die Papiere des Unternehmens verloren am Mittwoch zeitweise beinahe 15 Prozent an Wert. Lufthansa-Finanzchefin Simone Menne verwies darauf, dass es sich nicht um eine kurzfristige Entwicklung, sondern um eine strukturelle Krise handele. So würden die Überkapazitäten der Airlines vor allem auf den Nordatlantikverbindungen zu einem deutlichen Preisverfall führen. Die Lufthansa leidet demnach unter Einbußen in einem früher sehr lukrativen Segment: Spät buchende Geschäftskunden haben mittlerweile eine weit größere Zahl an Flügen und Airlines zur Auswahl.



So könnte sie aussehen: Nach den Plänen von Verkehrsminister Alexander Dobrindt soll ab 2016 auch auf deutschen Autobahnen eine Vignettenpflicht gelten. Bild: Christian Ohde / Imagio

## Die Vignette kommt

Pkw-Maut ab 2016 – Keine zusätzliche Belastung für Bundesbürger

**Berlin/München** – Noch vor der Sommerpause will Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU) sein Konzept für eine Pkw-Maut auf deutschen Autobahnen vorlegen. Wie von der CSU gefordert, sollen deutsche Autofahrer ihre Auslagen zurückerstattet bekommen, indem sie an anderer Stelle entlastet werden.

Im Bayerischen Fernsehen verriet der Verkehrsminister erste Eckpunkte zu der Maut, die ab 2016 Gültigkeit haben soll. Dobrindt plädiert für ein Vignetten-System ähnlich dem der Schweiz. Es sei einfach, habe wenig Bürokratiekosten und lasse sich in einem akzeptablen Zeitumfang umsetzen, argumentierte der Minister. 100 Euro im Jahr nannte er „eine interessante Zahl“. Es könne aber auch etwas weniger sein, „vor allem dann, wenn es einen Ökobonus gibt“.

Das würde dann ähnlich funktionieren, wie es bei der Kfz-Steuer bereits seit Jahren

praktiziert wird: Wer ein kleineres Auto mit entsprechend geringerer Leistung fährt, zahlt weniger als die Halter größerer Limousinen.

Als heftigste Kritiker der Pkw-Maut spielen sich neben den Linken ausgerechnet die Grünen auf, deren Landesverband in Baden Württemberg

„Wir werden dafür sorgen, dass kein Ausländer benachteiligt ist“

erst vor knapp einem Jahr eine umständliche satellitengestützte Pkw-Maut gefordert hatte. Auch auf Bundesstraßen sollten Autofahrer damit zur Kasse gebeten werden. Winfried Hermann, Verkehrsminister der rot-grünen Landesregierung, hatte allen Ernstes vorgeschlagen, die Maut je nach Tageszeit und befahrener Strecke zu erheben. Wie das konkret funktionieren sollte, ließ er offen. Von den Linken wird der Union

derweil Ausländerfeindlichkeit vorgeworfen. Dass auch deutsche Autofahrer bei ihren Urlaubsfahrten im EU-Ausland kräftig zur Kasse gebeten werden, erwähnen sie dabei freilich nicht.

Dobrindt wies darauf hin, dass die deutsche Maut „europarechtskonform“ sein wird. „Wir werden dafür sorgen, dass kein Ausländer benachteiligt ist.“ Darauf, dass den Deutschen keine zusätzlichen Belastungen entstehen, legt auch Ministerpräsident Horst Seehofer großen Wert. Bei einer Versammlung des Bayerischen Landkreistages forderte der CSU-Chef zudem, dass der Bund das Geld aus der Kfz-Steuer vollständig in die Verkehrsinfrastruktur investiert. Es dürfe nicht anderweitig in den Bundeshaushalt fließen. Auch die jährlich 250 Millionen Euro, die die Pkw-Maut bringen wird, sollen laut Dobrindt für den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur genutzt werden.

Jörg von Rohland

## Rechnung als Kredit

Unternehmen klagen über Zahlungsmoral

**Darmstadt/München** – Die Zahlungsmoral deutscher Unternehmen ist einer Studie zufolge im Mai weiter gesunken. Im Vergleich zum April ist der so genannte Bisnode-Zahlungsindex von 86,59 auf 86,42 Prozent gefallen und hat somit den schlechtesten Wert seit April 2011. Der Index drückt aus, welcher Anteil der deutschen Unternehmen seine Rechnungen pünktlich oder vorzeitig bezahlt.

Trotz des Rückgangs ist der Wert immer noch auf einem vergleichsweise hohem Niveau. So sind nach Angaben der in München ansässigen Atradius Kreditversicherung in Westeuropa mehr als 37 Prozent aller Forderungen gegenüber Firmenkunden überfällig. Der Versicherer hatte für seine Stu-

die 3000 Unternehmen aus 14 Ländern befragt. 4,9 Prozent der Forderungen von Betrieb zu Betrieb sind demnach sogar nach Monaten noch offen. Am häufigsten klagten Firmen aus der Türkei, Spanien, Großbritannien und Italien über überfällige Rechnungen und Zahlungsausfälle. Dänische, schwedische, österreichische und auch griechische Firmen bekommen ihr Geld dagegen deutlich schneller.

Beinahe die Hälfte der Firmen (46,6 Prozent) nannte Liquiditätsengpässe ihrer Kunden als Gründe. 35,2 Prozent zögern dagegen die Zahlung absichtlich als „Ersatzfinanzierung heraus“. Am häufigsten beobachten diesen Trend deutsche Befragte bei ihren Inlandskunden (50,3 Prozent). jvr

## Alles halb so wild?

Nachträge im BER-Budget schon enthalten

**Berlin** – „Normales Projektgeschäft“ nennt Ralf Kunkel, Sprecher des künftigen Berliner Flughafens, Nachträge, die verschiedene Firmen im Zuge des Baus des Hauptstadt-Airports eingereicht haben. Nach Angaben der Bundesregierung haben diese ein Volumen von rund 1,4 Milliarden Euro und sind vom Baubeginn bis heute angefallen.

Offenbar ist alles halb so wild: Nach Auskunft des Flughafensprechers sind 995 Millionen Euro der Nachträge bereits reguliert, weitere 1600 Forderungen in Höhe von insgesamt 452 Millionen Euro würden noch geprüft, heißt es. Kunkel betonte, dass die Nachträge im ganzen Bauzeitraum seit 2006 angefallen und im bisherigen Budget enthalten seien. Dieses beläuft sich bekanntlich bislang auf stattliche 4,3 Milliar-

den Euro – Tendenz steigend. Für die Nachträge hat der Flughafensprecher eine einfache Erklärung: Wegen gestiegener Passagier-Prognosen ist demnach das Terminal um 50 Prozent größer ausgefallen als ursprünglich geplant. Und auch das Rollfeld sowie die Rollwege seien erweitert worden, teilt der Sprecher mit.

Die nächste Rechnung des Berliner Pannflughafens, der zuletzt auch wegen eines Korruptionsvorwurfes traurige Berühmtheit erlangte, bekommen die Steuerzahler voraussichtlich Ende Juni präsentiert. Dann will Flughafenchef Hartmut Mehdorn dem Aufsichtsrat einen Kostenplan für die Fertigstellung des Willy Brandt-Airports vorlegen. Die Bundesregierung will die Baukosten bekanntlich künftig extern kontrollieren lassen. jvr

## Hilfe für die „Kapitalvernichtungsmaschinen“

Zinssenkung der Europäischen Zentralbank befeuert die Börsen, bringt Europa wahrscheinlich aber kaum weiter

**Frankfurt** – Die Börsen jubeln, und der brave Sparer muss noch mehr leiden: Mario Draghi hat seinen Worten Taten folgen lassen und den Leitzins der Europäischen Zentralbank (EZB) von 0,25 auf 0,15 Prozent gesenkt. Kreditinstitute, die ihr Geld bei der EZB bunkern, müssen dafür künftig sogar bezahlen: einen Minuszins von 0,1 Prozent. Es ist ein historischer, aber wohl auch zweifelhafter Versuch, der Deflation im Euroraum einen Riegel vorzuschieben. Die Banken der Krisenländer sollen ermuntert werden, großzügiger Kredite zu vergeben. Zu schätzen wussten

das zunächst aber nur Besitzer von Wertpapieren. Aktien gelten mittlerweile schon als Alternative zur klassischen Altersversorgung. Der deutsche Aktienindex Dax knackte dann auch die 10000 Punkte-Marke.

Doch ob Draghis eigentliche Rechnung aufgehen wird, darauf dürfte er selbst gespannt sein: Viele sagen Nein! So kommt etwa die Commerzbank in einer Studie zu dem Schluss, dass der Negativzins der EZB wenig Sinn macht. Er könnte zwar, wie gewünscht, den Euro schwächen, allerdings kostet der Zins die Banken wiederum Geld, das dann bei der

Kreditvergabe fehlt. Deutliche Worte findet der Präsident des Münchner Ifo Institutes, Hans Werner Sinn, der die Kreditvergaben an die Sorgenkinder Europas sehr kritisch sieht: „Die EZB-Politik hält Unternehmen

in den Krisenländern am Leben, die nicht mehr wettbewerbsfähig sind und nur noch als Kapitalvernichtungsmaschinen dahin vegetieren“, sagte er der Welt am Sonntag. Auch der Präsident des Wirtschafts-

beirates Bayern, Otto Wiesheu, warnte jüngst im Bayernkurier davor, dass es in den Südländern schon genügend „faule Kredite“ gebe.

Zweifel meldet ebenfalls das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung an. Die historische Geldflut durch die EZB werde nicht ausreichen, um die Probleme im Euro-Raum zu bewältigen, sagte DIW-Präsident Marcel Fratzscher. „Ein großes und nicht unwahrscheinliches Risiko für die Euro-Zone ist, dass ihre Wirtschaft in eine Stagnation und Deflation geraten könnte, aus der sie schwer herauskommen kann.“ jvr



Mario Draghi hat den historischen Schritt gewagt.

Bild: Xinhua / Imagio



## Immer mehr wollen bleiben

Neue Studie beweist: Die Region Hochfranken wird immer attraktiver, und ihr Ruf ist besser, als die eigenen Politiker glauben

**Hof** – Die Unternehmensgründungen in den großen westdeutschen Flächenstaaten sind in den vergangenen Jahren, abgesehen von zwei kurzen Zwischenhochs, zurückgegangen. Das sagt eine Studie des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW). Bayern zeige sich demnach von diesem Trend weniger stark betroffen und liegt bei Gründungsaktivitäten vorne. Als Gründungsschwerpunkte erwiesen sich die Region südlich von München und Oberfranken, vornehmlich um die Städte Bamberg, Coburg und Hof. Oberfranken nimmt laut ZEW seit 2009 die Spitzenposition bei den Gründungsintensitäten der forschungsintensiven Industrie ein.

Die Studie attestiert Bayern eine moderne Branchenstruktur der Neugründungen. Letztere resultiert unter anderem daraus, dass Bayern bei einem Vergleich der Gründungsintensitäten (Anzahl aller Gründungen pro Jahr pro 10000 Erwerbsfähige) in den forschungs- und wissensintensiven Branchen einen herausgehobenen Platz unter den westdeutschen Flächenländern einnimmt. So liegt die jährliche Anzahl von Gründungen in den Branchen der Industrieunternehmen, die Forschung und Entwicklung betreiben, seit dem Jahr 2000 an zweiter Stelle hinter der Gründungsintensität von Baden-Württemberg. In den Branchen der wissensintensiven Dienstleistungen weist Bayern in diesem Zeitraum sogar durchgängig deutlich höhere Gründungsintensitäten auf als die Vergleichsländer.

Eine andere Untersuchung kam zu ebenfalls positiven Ergebnissen für den nördlichsten Teil Oberfrankens, Hochfranken. Der Lehrstuhl für Wirtschaft der Hochschule Hof unter Leitung von Professor Michael Seidel befragte für die Studie Menschen, die nach Hochfranken zugezogen sind. Das waren über 300 Studierende, mehr als 200 kürzlich zuge-



Kommen zu einem insgesamt positiven Ergebnis: Professor Michael Seidel (li.) und seine Studenten befragten für die Studie Menschen, die nach Hochfranken gezogen sind.

Bild: Peter Orzechowski

zogene Fach- und Führungskräfte, annähernd 100 Regionalpolitiker, acht Inhaber und Geschäftsführer. Außerdem wurden die beiden regionalen Tageszeitungen *Nordbayerischer Kurier* und *Frankenpost* ausgewertet. Anschließend wurden die Umfrageergebnisse statistisch erfasst und mit der Erhebung von 2008 verglichen.

Das Ergebnis: Junge Leute sehen in der Region berufliche Perspektiven, schätzen die Lebensqualität und loben die Familienfreundlichkeit. Allerdings müsste die Wohnungssituation verbessert, der öffentliche Nahverkehr ausgebaut und das Nachtleben attraktiver werden.

Die Quote derer, die sich vorstellen können, nach dem Studium in der Region zu bleiben, hat sich demnach von 2008 auf heute um die Hälfte erhöht. Ein oft angekreuztes Argument: „Die Region Hochfranken ist besser als ihr Ruf.“ Vor vier Jahren war die Bezeichnung Hoch-

franken unter den Studierenden weit weniger bekannt als heute.

Bei den neu in der Region lebenden Führungskräften war es genau umgekehrt: 2008 lag der Bekanntheitsgrad bei 80 Prozent, heute dagegen nur bei 50 Prozent. „Da ist Handlungsbedarf. Da müssen wir mehr Medienpräsenz schaffen“, mahnt Professor Seidel. Ein positiver Trend bei den Zuzüglern ist die deutliche Verjüngung:

War 2008 ein Drittel unter 30 Jahre alt, so ist es heuer bereits über die Hälfte. Der Anteil der Hochschulabsolventen an den Zugezogenen liegt bei 77 Prozent. Ihre Einstellung hat sich im Vergleich zu 2008 deutlich verbessert: Jetzt schätzen nahezu drei Viertel der Befragten die Lebensqualität, die Landschaft, die Ruhe und die Familienfreundlichkeit in Hoch-

franken und würden auch anderen empfehlen, hierher zu ziehen. Verbesserungen fordern die Führungskräfte beim öffentlichen Nahverkehr, am Wohnungsmarkt und bei den Freizeitangeboten – genannt wurden hier zum Beispiel After-Work-Partys und Indoor-Angebote.

Nicht so positiv gestimmt wie die jungen Menschen, die hierher kommen, um zu studieren oder zu arbeiten, sind offenbar die Politiker, die sie regieren. Sie betonen in der Umfrage vor allem das Problem der Abwanderung und Überalterung und klagen über das bayern- und deutschlandweite schlechte Image von Hochfranken – eine Klage, die sich mit den übrigen Untersuchungsergebnissen nicht deckt.

Sie wird nur wieder aufgegrif-

fen von der in Bayreuth erscheinenden Tageszeitung *Nordbayerischer Kurier*. Eine der die Studie durchführenden Arbeitsgruppen von Studenten hatte vier Monate lang jede Ausgabe analysiert und insgesamt über 1000 Artikel herausgefiltert, die mit Hochfranken zu tun hatten. Das Ergebnis der Analyse ist erschütternd: Die Region, allen voran Hof und Wunsiedel, wird in den düstersten Farben dargestellt – ein Hort der Kriminalität, Wohnungsnot und Armut. Lediglich einige Unternehmen sind positiv hervorgehoben. Das war 2008 so und ist heute nicht anders.

Die von der letzten Arbeitsgruppe untersuchte *Frankenpost* hat hier eine ganz andere Entwicklung genommen. Überwog noch vor vier Jahren Skepsis in der Berichterstattung, so wird heute ein auffallend positives Bild vermittelt, fanden die Studenten. Die *Frankenpost* präsentiert die Region als

„abwechslungsreich und abgeschlossen, als international erfolgreichen Arbeitgeber mit zahlreichen kulturellen Highlights und stolzer Bevölkerung“ und spreche ihr eine „kulturelle, wirtschaftliche und soziale Standortattraktivität“ zu.

Professor Seidel kommt zu dem Schluss: „Die von den Politikern und Firmenchefs genannte demographische Entwicklung ist unser größtes Problem. Dem müssen wir weiterhin entgegensteuern.“ Die von allen Befragten angesprochene schlechte Wohnungssituation sei zu beheben, wenn der Sanierungsrückstau bei den Hoffer Wohnungen endlich behoben werde. „In unserem hohen Wohnraumpotenzial sollten wir die Chance sehen, die darin steckt: Es ist doch ein Alleinstellungsmerkmal – man denke nur an die leer stehenden Bauernhöfe im Umland, die für so manchen Städter attraktiv sein könnten.“

Peter Orzechowski

**Hochschulabsolventen schätzen Lebensqualität, Landschaft, Ruhe und Familienfreundlichkeit**



Bei ihrer Reise stattete Ministerin Ilse Aigner auch dem Internetgiganten Google einen Besuch ab.

Bild: stmw/fkn

## Zweite Chance für Firmengründer

Anschauungsunterricht im Silicon Valley

**San Francisco** – Bayerns Wirtschaftsministerin Ilse Aigner (CSU) will Firmengründer und Wagniskapitalfirmen in der Heimat noch mehr stärken. „Die Selbstständigkeit muss einen höheren Stellenwert bekommen. Wenn jemand den Sprung in die Selbstständigkeit wagt und der erste Versuch nicht klappt, dann sollte das akzeptiert werden und der Betreffende die Chance bekommen, es noch einmal zu versuchen“, sagte sie diese Woche nach einem Besuch im kalifornischen Silicon Valley.

Dort stellte die Ministerin fest, dass die Wettbewerbsbedingungen auch nicht besser sind als hierzulande: „In Silicon Valley sind die Mieten extrem hoch, auch das kalifornische Steuersystem ist nicht gerade günstig.“ Dies sei aber kein Abschreckungsgrund, „weil die Leute sehen, dass sie hier eine Chance haben“.

Bereits bei der Wirtschaftsministerkonferenz vergangene Woche in Berlin hatte Aigner gefordert, in Deutschland die Rahmenbedingungen für

Wagniskapital und Gründer zu verbessern: „Wir müssen schnellstmöglich die rechtlichen und steuerlichen Regelungen so gestalten, dass Deutschland als Fonds- und Investitionsstandort im internationalen Wettbewerb Nummer 1 wird.“ Der Freistaat hat erst im April den „Wachstumsfonds Bayern“ mit einem Zielvolumen von 100 Millionen Euro aufgelegt, durch den vielversprechenden jungen bayerischen Unternehmen unter die Arme gegriffen werden soll. jvr



## Global Player



Laptop und Lederhose: Die Menschen in Bayerns Wirtschaft wissen um ihre Wurzeln – und haben im internationalen Vergleich gute Karten.

Bild: Archiv / fkn

## Bayern als Global Player

Für die Wirtschaft im Freistaat birgt die Internationalisierung große Vorteile – Von Bertram Brossardt

**Die Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (vbw) hat jüngst die Qualität des Industriestandorts Bayern untersuchen lassen.** Im internationalen Ranking von 45 Staaten belegt der Freistaat einen hervorragenden dritten Rang. Das zeigt: Der Standort Bayern ist ein international erfolgreicher Global Player.

Das gilt für unsere weltweit bekannten Großunternehmen wie auch für unseren Mittelstand und kleinere Firmen. Sie sind in die Weltwirtschaft integriert und bauen ihre Präsenz in den dynamisch wachsenden Schwellenländern stetig aus. Im Gegensatz zu den meisten anderen Industriestaaten konnten die bayerischen Unternehmen trotz des Aufstiegs der Emerging Markets ihre Position in der globalen Wirtschaft behaupten. Der bayerische Außenhandel expandiert seit vielen Jahren kräftig. Im Jahr 2013 haben bayerische Unternehmen Waren im Wert von fast 168 Milliarden Euro exportiert. Das entspricht knapp



36 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Die Importe des Freistaats summierten sich auf gut 147 Milliarden Euro.

Vor allem die Industrie ist stark internationalisiert. Die bayerischen Industrieunternehmen erwirtschaften bereits mehr als die Hälfte ihres Umsatzes jenseits der Grenzen. Der Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz lag 2013 bei 54,0 Prozent. Im Jahr 2000 betrug die Exportquote erst 40,5 Prozent. Ebenso ist es unseren Unternehmen gelungen, die Veränderung der Gewichte der einzelnen Exportmärkte in ihren Erfolg umzumünzen. Diese herausragende Position auf den Weltmärkten haben sich unsere Unternehmen mit innovativen Produkten, einer vorausschauenden Unternehmenspolitik und einer hochmotivierten Belegschaft erarbeitet.

Doch unser gutes „Standing“ ist gefährdet. Erstens drängen neue Konkurrenten aus Asien mit innovativen und preisgünstigen Produkten auf den Markt.

Zweitens gewinnt Amerika neue industrielle Stärke zurück. Drittens werden die Unternehmen in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union unter anderem durch Strukturreformen am Arbeitsmarkt wieder deutlich wettbewerbsfähiger. Umgekehrt verlieren wir in Deutschland und Bayern seit 2009 an Wettbewerbsfähigkeit, weil die Arbeitskosten stärker steigen als die Produktivität. So legten 2013 die Bruttoverdienste mit 2,6 Prozent und die Lohnzusatzkosten mit 2,1 Prozent im Durchschnitt noch einmal deutlich stärker zu als die gesamtwirtschaftliche Produktivität mit 0,3 Prozent. Damit unsere Unternehmen ihre Stellung auf den Weltmärkten behaupten können, müssen wir an mehreren Punkten ansetzen.

Erstens müssen wir am Erfolgsmodell der Internationalisierung festhalten. Gerade vergleichsweise kleine Volkswirtschaften wie Bayern sind auf den Außenhandel angewiesen, um Wertschöpfung und Beschäftigung zu generieren. Ohne die starke Exportorientierung wären Wachstum und Beschäftigung in Bayern viel niedriger. Auch auf der Zulieferseite wirkt die Internationalisierung positiv.

Der Bezug von Vorleistungen aus dem kostengünstigeren Ausland erhöht die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen und ermöglicht so höhere Exporte. Per Saldo ergibt sich ein klares Plus an Wertschöpfung im Inland. Unsere Exporterfolge stärken auch andere Länder: Je mehr deutsche Unternehmen exportieren, desto mehr Vorleistungen importieren sie aus dem Ausland. Laut einer vbw-Studie sorgen allein Vorleistungsimporte der deutschen Industrie für 3,5 Millionen Arbeitsplätze in den anderen EU-Staaten.

Zur Internationalisierung gehört auch die rasche Umsetzung der Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) mit den USA. Bayern exportierte im Jahr 2013 Waren im Wert von 18,9 Milliarden Euro in die USA. Das waren 11,3 Prozent aller bayerischen Exporte. Für Bayern sind die USA damit der wichtigste Handelspartner.

Zweitens: Wir brauchen eine Innovationsoffensive. Die Qualität unserer Forschung, unsere Innovationsfähigkeit und ihre

Umsetzung in den Unternehmen sichern Deutschland und Bayern ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit. Mit einer vorausschauenden Technologiepolitik müssen wir diesen Wettbewerbsvorteil für die Zukunft gewährleisten. Eine transparente und effiziente Forschungslandschaft ist Grundvoraussetzung für das Zusammenwirken von Wirtschaft und Wissenschaft. Wir müssen die technologischen Trends und Markttrends aufnehmen, in wissenschaftliche Angebote von Universitäten, Hochschulen und andere Forschungseinrichtungen einbringen sowie noch besser an die Unternehmen vermitteln. Mit dem „Zukunftsrat der Bayerischen Wirtschaft“ wollen wir dazu einen Beitrag leisten.

Drittens: Wir brauchen eine Infrastruktur-Initiative. Dazu gehören neue Impulse zur Verbesserung der Verkehrs-, Bildungs-, Betreuungs-, IT- und Energieinfrastruktur. Gerade die Energiewende darf nicht zu einem gigantischen De-Industrialisierungs-Programm werden. Wir brauchen dauerhaft wettbewerbsfähige Energie-

preise und Versorgungssicherheit. Die Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes ist ein Schritt in die richtige Richtung. Es darf aber kein Draufsatteln auf die Vorgaben aus Brüssel bei der Neuregelung der Besonderen Ausgleichsregelung geben. Außerdem fehlt nach wie vor ein Gesamtkonzept für den Umbau der Energieversorgung.

Viertens: Wir brauchen eine Arbeitskostenbremse. Die Lohnzusatzkosten dürfen nicht weiter steigen. Sie müssen dauerhaft unter 40 Prozent gehalten werden. Die Tarifvertragsparteien dürfen nur das verteilen, was vorher erarbeitet wurde. Maßhalten ist angesagt.

Die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Standorts bleibt eine Daueraufgabe, wenn wir uns auch künftig auf den Weltmärkten behaupten wollen. Gefordert sind hier nicht nur die Unternehmen, sondern auch die Tarifparteien und die Politik.

Künftiger wirtschaftlicher Erfolg braucht die Gestaltung der Globalisierung. Globalisierung schafft Wachstum, Beschäftigung und Wohlstand – gerade für den Global Player Bayern.

Der Autor ist Hauptgeschäftsführer der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (vbw).

**Wir müssen am Erfolgsmodell der Internationalisierung festhalten**



# MINT-Mangel

Bei mathematisch-naturwissenschaftlichen Berufen fehlt es an Nachwuchs – das könnte fatale Folgen haben

**Köln – Der Frühjahrsreport 2014 des Instituts der Deutschen Wirtschaft zu den so genannten MINT-Berufen – Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik – gibt ein deutliches Signal zum Thema „demographischer Wandel“. In vielen Berufen gibt es mehr offene Stellen als Bewerber. In Bayern und Baden-Württemberg übertreffen die Angebote bei weitem die Nachfrage. Das ist ein deutliches Warnsignal vor einem bedrückenden Mangel in der deutschen Boom-Region.**

Die Demographie und die Folgen unserer alternden Gesellschaft zeigen sich nirgendwo deutlicher als bei der Suche nach Mathematikern, Informatikern, Naturwissenschaftlern und Technikern (MINT). Das könnte für das Geschäftsmodell Deutschland mit seiner auf Hochtechnologie basierenden Wirtschaft fatale Folgen haben. Knapp 118.000 sogenannte MINT-Arbeitskräfte fehlten dem deutschen Arbeitsmarkt bereits im April 2014. Die Statistiker beklagen einen Mangel von gut 49.000 Arbeitnehmern in jenen Expertenberufen. Sie



Duale Studiengänge werden gerade in den sogenannten MINT-Berufen immer beliebter.

Bild: FH Münster

werden in aller Regel von Akademikern ausgeführt. Dort wo vor allem Meister und Techniker gesucht werden, fehlten sogar 68.000 Bewerber.

Beim akademischen Nachwuchs gibt es Anzeichen einer leichten Entspannung. Bei den Spezialisten, die aus dem dualen System der beruflichen Bildung kommen, dürfte sich die Lage in absehbarer Zukunft deutlich verschlechtern. Zum ersten Mal drängen sich mehr junge Menschen in deutschen Hörsälen als in den Berufsschulen. Das Hand-

werk und die Industrie schlagen Alarm. Der Trend zur Akademisierung hatte sich in den „Nuller-Jahren“ angekündigt. Seit 2008 hat sich der Abstand zwischen den Zahlen der Auszubildenden im dualen System und den Studenten immer weiter verringert. Mit einem großen Sprung wurde 2011 der Gleichstand erreicht und seit 2013 liegt die Zahl der Studenten erstmals in der deutschen Geschichte vor den Ausbildungsberufen. Experten sehen darin eine ernste Gefahr für die Wirtschaftskraft der deut-

schon Volkswirtschaft, die vor allem vom starken Mittelstand getragen wird.

Auf dem Arbeitsmarkt herrscht ein sehr hohes Beschäftigungsniveau. Mitte 2013 arbeiteten bundesweit rund 6,3 Millionen sozialversicherungspflichtige Arbeitnehmer in einem MINT-Beruf. Doch auch hier weist die Arbeitsmarktstatistik eine starke regionale Streuung aus. Beim Schlusslicht Berlin und Brandenburg kommen auf 100 Arbeitslose mit technisch-natur-

wissenschaftlicher Ausbildung nur 62 passende, offene Stellen. In Sachsen liegt das Stellenangebot bei 96. In Bayern können sich hundert Arbeitssuchende die passende Stelle aus knapp 200 Angeboten aussuchen. Da ist mehr als Vollbeschäftigung.

In den MINT-Hochburgen Bayern und Baden-Württemberg „schaffen“ je ein Viertel aller in Deutschland Beschäftigten in Jobs, die eine technisch-naturwissenschaftliche Qualifikation voraussetzen. Vier der

stärker vom Fachkräftemangel getroffen. Die personellen Engpässe können den Unternehmen dort im schlimmsten Fall die Luft abdrücken.

Bisher haben die steigende Zahl von Hochschulabgängern aus den technisch-naturwissenschaftlichen Fächern und die Zuwanderung von Arbeitskräften geholfen, den Status zu sichern. Ein besonderer Erfolgsfaktor waren aber auch ältere Arbeitnehmer. Ihr Potenzial ist besser genutzt worden als in den

**Der Anteil älterer Arbeitnehmer ist bei den MINT-Berufen stark gestiegen**

zehn MINT-intensivsten Kreise Deutschlands liegen in Bayern. Der Spitzenreiter ist Dingolfing-Landau – Mit 47 Prozent arbeitet dort fast jeder Zweite in einem der MINT-Berufe. Altötting (38,1 Prozent), Schweinfurt (37,9) und Ingolstadt-Stadt (36,8) komplettieren die weißblaue Riege unter den Top-Ten. Das Schlusslicht ist Potsdam, das nur ein Viertel der Quote von Dingolfing erreicht.

Der Haken an der Erfolgsgeschichte ist jedoch offensichtlich. Je höher die MINT-Quote – desto anfälliger werden die regionalen Arbeitsmärkte auch

Zeiten des „Jugendwahns“. Der Anteil der 59- bis 64-jährigen in MINT-Berufen ist deutlich gestiegen. Vor diesem Hintergrund ist es nur verständlich, wenn die Wirtschaft aktuell Kritik am Rentenpaket der Bundesregierung und speziell an der Rente mit 63 übt. Bertram Brossardt, Hauptgeschäftsführer der vbw warnt, „dass allein in Bayern jedes Jahr bis zu 30.000 Arbeitnehmer früher in den Ruhestand gehen. Das ist eine hausgemachte Verschärfung des Fachkräftemangels und ein falsches Signal.“ **Peter Hausmann**

## In allen Frequenzen zuhause – weltweit.

Vier Arbeitsgebiete, ein Gedanke – die Kommunikationstechnik der Zukunft schneller, leistungsstärker und sicherer zu machen. Deshalb steckt unser Know-how seit mehr als 80 Jahren überall dort, wo Funksignale sind. Das heißt heute zum Beispiel:

- Mobilfunk: Entwicklungs- und Produktionsmesstechnik für jedes zweite Handy der Welt.
- Analoges & digitales TV: Fernsehsender für mehr als 80 Länder.
- Air Traffic Control und sichere Kommunikation: Funktechnik für über 200 Airports; Funkgeräte und Kryptolösungen für Streitkräfte und Behörden weltweit.
- Regulierung: Geräte und Systeme zur Funküberwachung für rund 150 Länder.

Um in allen Arbeitsgebieten führend zu bleiben, sind wir nah an wichtigen Märkten und Kunden – mit Standorten in über 70 Ländern sowie Entwicklungszentren in USA, Asien und Europa. Auf Platz 1 liegen wir bei terrestrischen TV-Sendern und in der EMV-Messtechnik.

[www.rohde-schwarz.com/ad/cor2](http://www.rohde-schwarz.com/ad/cor2)

**ROHDE & SCHWARZ**



Dräxlmaier

## Karriere-Chancen aus Tradition



Tradition und internationales Wachstum schließen sich beim Global Player Dräxlmaier nicht aus. Denn der 1958 gegründete Automobilzulieferer ist heute mit rund 50.000 Mitarbeitern in über 20 Ländern aktiv und zugleich seinen bayerischen Wurzeln treu geblieben. So steuert die Dräxlmaier Group ihr weltweites Produktionsnetzwerk aus dem niederbayerischen Vilsbiburg. Die Unternehmenszentrale ist ein attraktiver Arbeitsort für Fachkräfte wie Entwicklungs-Ingenieure. Karriere-Chancen in einem innovativen Familienunternehmen finden Sie unter [www.draexlmaier.jobs](http://www.draexlmaier.jobs).

MOVING AHEAD THE AUTOMOTIVE FUTURE



# Aus Bayern in die Welt

Globalisierung in Oberfranken: Eine Erfolgsgeschichte

**Bayreuth – Globalisierung ist nicht ein unverständlicher Begriff von Ökonomen oder ein Gespenst, das die heimische Industrie auffrisst. Globalisierung lässt sich festmachen an den vielen mittelständischen Betrieben in Bayern, die vom weltweiten Handel profitieren.**

Es gibt zahlreiche Firmen in Bayern, die ihre Produkte in alle Welt verkaufen. Meist haben wir noch nie von ihnen gehört. Aber es lohnt sich, ein paar von ihnen näher zu betrachten, denn es sind Erfolgsgeschichten, die sich still und leise vor unserer Haustüre abspielen.

Nehmen wir als Beispiel den Regierungsbezirk Oberfranken. Franz Brosch, Geschäftsführer des Verbands der Bayerischen Metall- und Elektro-Industrie, beschreibt den Standortvorteil Oberfrankens so: „Mit 105 Industriebeschäftigten je 1000 Einwohner hat Oberfranken einen der höchsten Industriebesätze in Bayern und sogar in der Europäischen Union.“ Schwerpunkte sind vor allem der Maschinenbau, die Produktion von Gummi- und Kunststoffwaren und die Glas-, Keramik-, Steine- und Erde-Industrie. In allen diesen Zweigen sind in Oberfranken prozentual mehr Mitarbeiter beschäftigt als im übrigen Bayern.

Dass die oberfränkischen Betriebe so erfolgreich sind, liegt nach Brosch daran, dass „wir ab 1995, als große Industriestaaten wie die USA und Großbritannien auf den Dienstleistungssektor gesetzt haben, unsere Produktion gesteigert haben. Der Anteil der industriellen Wertschöpfung am Bruttoinlandsprodukt ist in Deutschland höher als in den meisten anderen Ländern. Er liegt bei fast einem Viertel. In Bayern ist er mit 26 Prozent sogar noch höher.“

Als bestes Beispiel für die gelungene Globalisierung nennt Brosch den Zuwachs der bayerischen Exporte in den Zukunftsmärkten: „Der Anteil der BRIC- (Brasilien, Russland, Indien, China, Anm. d. Red.) Staaten an den bayerischen Exporten hat sich von 5,3 Prozent im Jahr 2001 auf 13,5 Prozent im Jahr 2011 gesteigert.“ Neben der Internationalisierung hat auch, so Brosch weiter, die Innovationskraft der deutschen und vor allem der nordbayerischen Unternehmen zu der Erfolgsgeschichte beigetragen: „Kleinere und mittelgroße Betriebe profitieren in besonderem Maße von den Kooperationen mit Hochschulen und wissenschaftlichen Einrichtungen.“

Sehen wir uns dazu einige Beispiele an. Wasserfilteranlagen im Tsunamigebiet Indonesiens, Kläranlagen in Sao Pao-



Weltweiter Erfolg aus Oberfranken: Kunststoff Helmbrechts (KH). Bild: OP

lo in Brasilien, Keramiköfen in Chinas Hauptstadt Peking oder Badewasserprojekte in New York und Hong Kong – die Firma Richter Steuerungstechnik liefert die Schalt-, Steuerungs- und Regelanlagen dazu. Ohne die Fachleute aus dem oberfränkischen Markt Kasendorf bei Kulmbach würden alle diese Anlagen nicht laufen.

Manfred Richter gründete 1987 in einer Garage in Simmelbuch in der Gemeinde Eckersdorf im Landkreis Bayreuth mit drei Mitarbeitern die Firma. Inzwischen sind aus der Garagenfirma fünf eigenständige Unternehmen hervorgegangen mit einem Jahresumsatz von 20 Millionen Euro und 100 Mitarbeitern und der Gründung einer AG.

Das nächste Beispiel: Eine Garage zum Mitnehmen und ein Wohnzimmer zum Verschieben: Wer sich die neuesten Trends bei den Reisemobilen ansehen möchte, der muss in das idyllisch gelegene Marktschorgast nahe der A 9 bei Himmelkron fahren. Denn dort hat sich seit mehr als 50 Jahren das Unternehmen Frankia mit 140 Mitarbeitern etabliert, das

seine Wohnmobile in ganz Europa verkauft. 700 Stück pro Jahr. Preis: von der Compact Klasse ab 62000 bis zur Premium Klasse für 160000 Euro.

Die Tüftler aus Marktschorgast haben eine in Europa einzigartige Technologie entwickelt: das so genannte Slide-Out. An beiden Seiten des Reisemobils kann per Knopfdruck die Seitenwand herausgefahren werden und so den Wohn- oder Schlafraum um einige Meter verbreitern und verlängern. Zehn Meter Aufbauhöhe können da schon zusammen kommen. Für den Mini oder das Motorrad haben die Techniker ebenfalls einen Platz im Camper gefunden, eine eingebaute Garage sozusagen. Frankia hat durch diese hochwertige Ausstattung und dank vieler technischer Innovationen wie dem Doppelboden oder dem Slide-Out seine eigene Nische auf

dem europäischen Reisemobilmarkt gefunden.

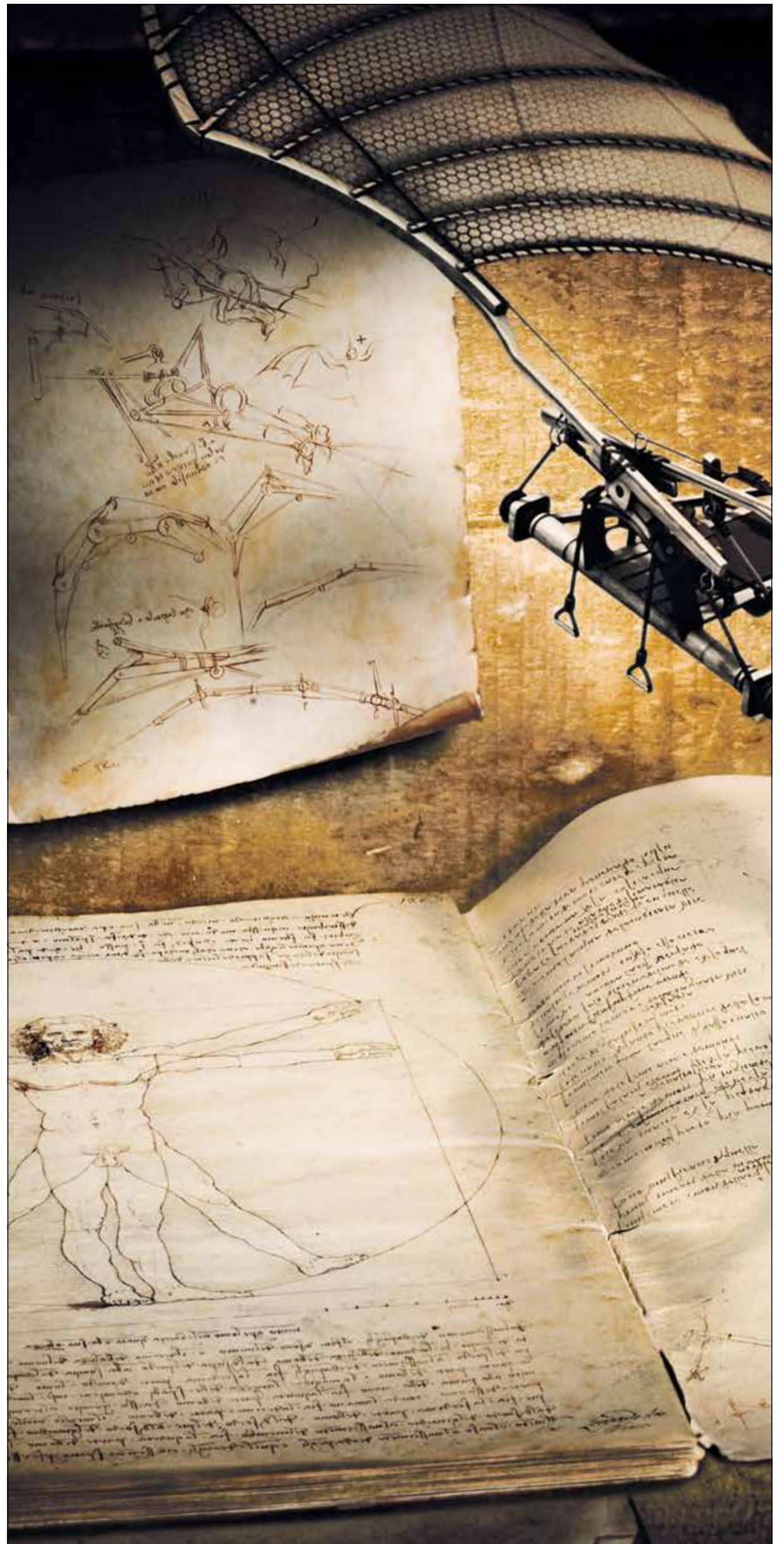
Das dritte Beispiel: Das weltbekannte Bayreuther Festspielhaus auf dem „grünen Hügel“ ist nur ein paar Gehminuten entfernt – hier, am Fuße des Festspielhügels fertigt die „Erste Bayreuther Porzellanfabrik Walküre Sigmund Paul Meyer GmbH“ seit über einem Jahrhundert Qualitätsporzellan „made in Germany“.

Noch ein Beispiel: Der mexikanische Bundesstaat Querétaro liegt im Hochland von Mexiko zwischen den Ketten der Westlichen und Östlichen Sierra Madre, etwa 200 Kilometer nordwestlich von Mexiko City. Bis nach Helmbrechts bei Hof sind es knapp 10.000 Kilometer. Aber der südamerikanische Markt ist ganz nah.

Das dachte sich wohl auch das oberfränkische Kunststoffunternehmen „Kunststoff Helmbrechts“ (KH) und eröffnete dort mitten in Mexiko Ende 2011 die Fertigungsstätte von KH-Mex mit einer Abteilung für Laserbeschriftung. Christoph Ernst, Projekt Manager bei KH, erklärt den Schritt gegenüber dem *Bayernkurier*: „Der NAFTA-Raum (die nordamerikanische Freihandelszone, die USA, Kanada und Mexiko umfasst, Anm. d. Red.) bietet interessante Wachstumsperspektiven für die KH-Gruppe. Wir haben festgestellt, dass wir in Nord- und Südamerika deutlich weniger Mitbewerber haben als auf den anderen Weltmärkten. Es gibt keinen, der ein ähnliches Repertoire an Techniken aufzuweisen hat. Viele Produkte sind praktisch ohne Konkurrenz.“

Globalisierung bedeutet nicht mehr, dass in Billiglohnländern produziert wird und die Produkte mit hohem logistischem Aufwand in alle Welt verteilt werden, meint Christoph Ernst: „Heute will jeder der drei großen Weltmärkte eine eigene geschlossene Lieferkette.“ Das heißt: In jedem der drei Weltmärkte braucht man eigene Produktionsstätten – und schafft dadurch dennoch in Deutschland Arbeitsplätze.

Peter Orzechowski



BMWi gestaltet die urbane Mobilität von morgen – und das schon heute. Mit innovativen Elektro- und Hybridfahrzeugen, aber vor allem mit einem nachhaltigen Konzept, das Mobilitätsdienstleistungen intelligent miteinander verknüpft. Erfahren Sie mehr unter:

[www.bmwgroup.com/neuemobilitaet](http://www.bmwgroup.com/neuemobilitaet)



Jetzt Film ansehen.

## MANCHE REVOLUTIONEN SCHREIBEN GESCHICHTE. UNSERE DIE ZUKUNFT.

MOTOR EINER NEUEN MOBILITÄT.

BMW GROUP



Rolls-Royce  
Motor Cars Limited



# Bayern global: Zukunft optimal gestalten

15 Jahre Ansiedlungsagentur Invest in Bavaria: Eine Zwischenbilanz – Umgerechnet entstehen 45 neue Jobs pro Woche – Von Ilse Aigner

Zum Sommer gehört für mich eine Brotzeit im Biergarten einfach mit dazu. Dort ist mir erst neulich wieder einmal bewusst geworden, wie multikulturell Bayern ist. Die Statistik bestätigt meinen Eindruck: In Bayern leben und arbeiten mehr als 1,2 Millionen Menschen aus aller Welt, in München hat sogar fast jeder vierte Einwohner ausländische Wurzeln. Damit hat die bayerische Landeshauptstadt einen höheren Anteil an Migranten als die Bundeshauptstadt Berlin.

Mich persönlich freut es, dass sich so viele verschiedene Nationalitäten in Bayern wohlfühlen, denn kulturelle Vielfalt bereichert auch die Wirtschaft. Inzwischen gibt es 11 000 ausländische Unternehmen in Bayern, die nicht nur wertvolle Arbeitsplätze schaffen, sondern in Bayern innovative Produkte und Dienstleistungen herstellen. Dass Unternehmen im weltweiten Wettbewerb der besten Standorte überhaupt auf Bayern aufmerksam werden, dafür sorgen die über 20 bayerischen Auslandsrepräsentanzen des Freistaats Bayern und allen voran Invest in Ba-



Weltunternehmen aus Bayern: BMW und seine BMW Welt stehen für hohe Qualität – für höchste Ansprüche.

Bild: Invest in Bavaria / fkn

varia, die Ansiedlungsagentur des Freistaats Bayern im Wirtschaftsministerium.

Dabei geht der Service von Invest in Bavaria weit über

das Standortmarketing hinaus. Stellen Sie sich vor, Ihre unternehmerische Entwicklung würde es mit sich bringen, dass Sie einen Standort in Japan er-

öffnen. Sie sprechen weder Japanisch, noch sind Sie mit den dortigen rechtlichen Rahmenbedingungen und wirtschaftlichen Strukturen vertraut. Da ist es von Vorteil, Unterstützung von jemandem zu bekommen, der den Überblick hat. Eine Art Lotsen, der die eigenen Gewässer so gut kennt, dass er Ihr Schiff sicher vorbei an möglichen Hindernissen zum Ziel geleiten kann. Aus diesem Servicegedanken heraus hat die Bayerische Staatsregierung vor genau 15 Jahren Invest in Bavaria gegründet.

Bei Invest in Bavaria sind rund 30 Mitarbeiter beschäftigt, die neben Deutsch zehn weitere Sprachen beherrschen. Während des 15-jährigen Bestehens von Invest in Bavaria konnten Unternehmen aus rund 50 Ländern der Erde für Bayern gewonnen werden. Über die Jahre gesehen liegen Projekte aus den USA vor Japan auf dem ersten Platz. China ist vor allem in den letzten Jahren stark auf dem Vormarsch und hat sich in der Spitzengruppe etabliert. Unter den Neuzugängen in Bayerns Unternehmenslandschaft waren bedeutende Ansiedlungen wie das Forschungs- und Entwicklungszentrum von Google, das GE Healthcare Commercial Center oder die Unternehmenszentrale von Sandoz.

Globalisierung heißt nicht, dass nur Unternehmensriesen nach Bayern kommen, sondern dass gerade auch dem Mittelstand große Chancen offenstehen. Seit 1999 hat Invest in Bavaria insgesamt 1150 Investitionsvorhaben erfolgreich begleitet. Dabei wurden nach Unternehmensangaben bayernweit rund 36 000 neue direkte Arbeitsplätze geschaffen. Umgerechnet bedeutet

das: Jeden fünften Tag wurde ein Projekt erfolgreich abgeschlossen und etwa 45 neue direkte Arbeitsplätze pro Woche geschaffen.

**Doch Invest in Bavaria ist nicht nur Lotse.** Unsere Ansiedlungsagentur betrachte ich auch als Scout, als einen Kundschafter und Informationssammler, immer auf der Suche nach dem besten Standort für den Investor in ganz Bayern. Deshalb haben wir Anfang 2013 ein Büro in Nordbayern eröffnet, um die Zusammenarbeit mit den lokalen und regionalen Wirtschaftsförderungen weiter zu intensivieren. Denn es sind vor allem die Ansprechpartner vor Ort, die die Kompetenzen ihrer Region am besten kennen und herausarbeiten können.

**Im Sport oder in der Modebranche** ist ein Scout auch jemand, der neue Talente bzw. neue Trends aufspürt. In Zukunft möchten wir verstärkt

Unternehmen nach Bayern lotsen, die den Freistaat durch neue Ideen und neue Produkte bereichern. Das Thema Digitalisierung wird nicht nur im Standortmarketing eine wichtige Rolle spielen. Über ein Viertel der gesamten Wertschöpfung des Freistaats wird in der Industrie erzielt. Das bedeutet, wir haben hier alle re-



Seit 1999 hat Invest in Bavaria insgesamt 1150 Investitionsvorhaben mit Erfolg begleitet. Dabei wurden 36 000 neue Jobs geschaffen

Ilse Aigner

levanten Anwenderindustrien, die digitale Lösungen benötigen. „Digitale Unternehmen“ finden bei uns also beste Entwicklungs- und Absatzvoraussetzungen für ihre Produkte. Wir wollen nicht abwartend zusehen, was die Zukunft bringt. Wir wollen unsere Zukunft aktiv und optimal gestalten.

Die Autorin ist Bayerische Wirtschaftsministerin.



Auch im digitalen Bereich ist Bayern Spitze.

Bild: fkn

## /Flughafen München: Verbindung leben

M

Menschen verbinden, Kulturen vereinen, Erlebnisse teilen. Lesen Sie unser kostenloses eMagazin Motion. Ab sofort im AppStore und im Google PlayStore.

Jetzt die App kostenfrei herunterladen. Scannen Sie ganz einfach einen der QR-Codes mit Ihrem Tablet.

iOS

Android



# Oberfränkischer Ton für brasilianische Schlachtrufe

Bayerische „Hidden Champions“ sind auf der ganzen Welt aktiv – aber hierzulande oft kaum bekannt

**Buttenheim – Der Ton macht die Musik, auch bei der Fußball-WM. Brasilianische Ü-Wagen werden vom oberfränkischen Unternehmen Salzbrenner ausgestattet – einem von hunderten „Hidden Champions“ in Bayern.**

Vor mehr als 50 Jahren startete der begeisterte Amateurfunker Friedrich Salzbrenner in der Marktgemeinde Hallstadt bei Bamberg mit Werkstätten. Daraus geworden ist eine Unternehmensgruppe mit 270 Mitarbeitern, deren Audiotechnik in Theatern und Opernhäusern gleichermaßen geschätzt wird wie bei Live-Events auf der ganzen Welt. Klar, dass die „Salzbrenner Stagetec Mediatgroup“ auch bei der Fußball-Weltmeisterschaft mit von der Partie ist. Sie sorgt unter anderem für die Ausstattung von Übertragungswagen beim Sender *Globo-TV*.

Ein oberfränkischer Weltmarktführer, dessen Name in der Fachwelt Klang hat, in der breiten Öffentlichkeit aber wohl weniger bekannt ist. So ist das bei vielen Unternehmen. Für sie hat der Wirtschaftsberater Hermann Simon den Begriff „Hidden Champions“ geprägt – quasi Meister im Verborgenen. Hunderte von ihnen gibt es in Bayern. Aber oft wissen nicht mal die Nachbarn, was für unternehmerische Perlen da gelegentlich hinter unscheinbaren Gemäuern glänzen.

Schon einige wenige Beispiele lassen aufhorchen. Im mittelfränkischen Heilsbrunn (Kreis Erlangen-Höchstadt) produziert die Kosmetiksparte von Schwan-Stabilo weltweit fast die Hälfte aller Eye- und Lip-Liner. In Niederbayern ist die Firma Haix in Mainburg (Kreis Kelheim) Weltmarktführer für Funktionsstiefel im Feuerwehrbereich. Weltweit an der Spitze mit Belägen von Tischtennis-schlägern ist in Unterfranken die Firma ESN Deutsche Tischtennis Technologie in Hofheim (Kreis Haßberge).

Das schwäbische Unternehmen Ott-Jakob in Lengenwang (Kreis Ostallgäu) ist mit automatischen Werkzeugspannern international führend. Von der Oberpfalz aus setzt die Krones AG in Neutraubling (Kreis Regensburg) rund um den Erdball Maßstäbe mit Anlagen für Flaschenabfüllung und Etikettierung. Der Maschinenbauer Reinhausen in Regensburg, international erfolgreich mit Stufenschaltern für Regeltransformatoren, ist vom Fernsehsender *n-tv* zum „Hidden Champion 2013“ gekürt worden.

Im oberbayerischen Landsberg am Lech rangiert die Rational AG mit Angeboten für thermische Speisenzuberei-



Oberfränkische Audiotechnik für die ganze Welt: Ein Mischpult „Aurus“ von Salzbrenner.

Bild: Salzbrenner / fkn

ung gewerblicher Großküchen weltweit ganz vorn. Mehr als 600 Hersteller von Kunststoff-folien arbeiten international mit Folienstreckanlagen von Brückner in Siegsdorf (Kreis Traunstein). Von Technikern des Münchner Ingenieurbüros Stengel stammen Entwürfe für mehr als 500 Achterbahnen und über 600 weitere Fahrgeschäfte auf der ganzen Welt. Gedämpft schwenkbare Stative des Münchner Unternehmens Sachtler gehören in der internationalen Film- und Video-branche fest dazu.

Mehr als 200 bayerische Unternehmen finden sich in einer Liste „Deutschlands 1000 Weltmarktführer“, die der Berater Bernd Venohr 2010 für die Zeitschrift *Manager Magazin* aufgestellt hat. Neben Großkonzernen genannt werden Namen wie Brose, Diehl, Giesecke & Devrient, Epcos, Pfeiderer, Kraus-Maffei Wegmann, Rehau, Kathrein-Werke, Süd-Chemie, König & Bauer, Dr. Jo-

hannes Heidenhain, Grammer, Stahlgruber, Kuka, Peri, Vinnolit, Hirschvogel, Grob-Werke, Wanzl, Hama, Faber-Castell, Semikron, Kaeser, Schwanhäuser, Sennebogen, Schattdecor, Scherdel, Preh, Kontron, Grenz-bach, Netzsch, Uvex, Arnold & Richter, Staedtler Mars, Mekra Lang, Rosenberger, Schaltbau, Hawe, Polytan und viele andere. Zahlreiche weitere bayerische Unternehmen wären erwähnenswert. So zeichnet der Freistaat Bayern jährlich allein 50 herausragende Firmen als „Bayerns Best 50“ aus, von denen nicht wenige marktführende Positionen haben.

Immer wieder werden Versuche unternommen, das Phänomen der „hidden champions“ zahlenmäßig zu fassen. Das erweist sich jedoch schon deshalb als schwierig, weil die meisten von ihnen nicht nur verborgen, sondern auch verschwiegen sind. So kommt es zu ganz unterschiedlichen Aussagen. Hermann Simon zählte in seinem 2007 erschienenen Buch in Deutschland 1174 derartige Unternehmen. Drei Jah-

re später gab Bernd Venohr in einem „Lexikon der deutschen Weltmarktführer“ deren Zahl mit „circa 1500 an“.

Wichtiger als die Größenordnung ist ohnehin die wirtschaftliche Bedeutung. „Die Hidden Champions sind eine

überaus wichtige Säule des Erfolgs der bayerischen Wirtschaft“, sagt Peter Driessen, der Hauptgeschäftsführer des Bay-

erischen Industrie- und Handelskammertags (BIHK). Venohr hält Unterstützung durch solche Institutionen wie die IHK für wesentlich. Denn die „Hidden Champions“ werden nach Kenntnis von Driessen oft besonders durch Probleme wie Standortnachteile, Bürokratie, Fachkräftemangel und hohe Steuern belastet. Aber sie leiden in der Regel still. Die meisten von ihnen sind in Familien-eigentum. Typisch für sie sind weniger lautstarke Parolen als intensive Arbeit, starke emotionale Bindungen, soziales Verhalten und Wertschätzung von Kunden wie Mitarbeitern. Venohr spricht von einem „leider nicht mehr weit verbreiteten gesunden Menschenverstand“.

Lorenz Goslich

## Knauf Systeme – für Räume zum Leben



### Lösungen für Boden, Wand und Decke – perfekt abgestimmt.

Knauf Systeme stehen für hochwertiges Bauen. Sie überzeugen durch Gestaltungsvielfalt, Effizienz und Nachhaltigkeit. Produkte wie unsere leistungsfähigen Platten und innovativen Dämmstoffe setzen Maßstäbe beim modernen Innenausbau.

Für Räume mit höchstem Wohnkomfort.

[www.knauf.de](http://www.knauf.de)

**KNAUF**





Die Welt erkunden – am besten mit einem Studienaufenthalt im Ausland.

Bild: dos

## Kostenfreies Auslandsstudium

Für junge Menschen bietet die Globalisierung viele Chancen

**Von Oberfranken nach Südindien und dann weiter nach Spanien** – was sich anhört wie eine entspannte Urlaubsreise, ist für Martin Lippold das interessanteste Jahr in seiner bisher dreijährigen Ausbildungszeit. „Gestern bin ich aus der südindischen Zehn-Millionen-Metropole Bangalore zurück gekommen“, sagt der Mittzwanziger. „Dort habe ich fünf Monate lang ein Praktikum bei unserer Partnerfirma ‚Space Global Ventures‘ absolviert. Übermorgen geht’s ab nach Andalusien. Ich werde ein Semester an der Universität von Malaga studieren.“

Martin Lippold hat nicht im Lotto gewonnen und er hat auch keine Millionen geerbt. Die beiden Aufenthalte kosten ihn dennoch nichts: Sie sind Bestandteil seiner Ausbildung beim Textilglasproduzenten

Vitrulan in Marktschorgast. Gleichzeitig bilden sie das vierte und fünfte Semester seines Studiums an der Hochschule Hof.

Der Azubi-Student durchläuft nämlich die sogenannte duale Ausbildung: ein Jahr Schulung im Betrieb, dreieinhalb Jahre Studium an der Hochschule mit Praktika im Unternehmen während der studienfreien Zeit. Am Ende wird er Industriekaufmann sein und den Studienabschluss als Bachelor im Internationalen Management haben.

„In den fünf Monaten in Indien habe ich viel gelernt“, erzählt Lippold. „Zum Beispiel, wie man am besten Dateien für die Kunden anlegt und diese dann nutzt. Customer Relationship Management nennt man das. Darin habe ich nach einigen Wochen die

Mitarbeiter von ‚Space Global Ventures‘ in Mumbai und Delhi geschult.“ Er hat außerdem Konkurrenz-Analysen erstellt und Vitrulan in Power-Point-Präsentationen bekannt gemacht. Am meisten hat sein Ausdruck in Englisch profitiert – „du musst ja den ganzen Tag Englisch reden. Es geht gar nicht anders.“

„Vor allem aber habe ich Gelassenheit gelernt. Das war für mich als Perfektionisten ganz heilsam. Ach ja, und Dankbarkeit. Dankbarkeit darüber, wie gut es uns in Deutschland geht. Wir haben hier zum Beispiel die 37-Stunden-Woche. Dort in Indien wird sechs Tage die Woche gearbeitet, täglich von 8:30 Uhr bis 18:00 Uhr, wobei die letztere Zahl reine Fiktion ist. Das dauert dort immer länger. Und dann brauchst du für die zehn Kilometer zu deiner

Wohnung, in meinem Fall ein Hotel, zwei Stunden im Stau geplagten Bangalore.“

Martin Lippold ist einer der 20 Auszubildenden, die bei der Vitrulan International und ihrer Tochter, der Vitrulan Textile Glass, das Geschäft mit Textilglas lernen – von der Entwicklung der aus Glasgarnen gewebten Wand- und Deckenbeläge bis zur Herstellung und dem weltweiten Vertrieb. 2009 hat die über 400 Mitarbeiter starke Unternehmensgruppe den Ausbildungspreis des Landkreises Kulmbach, in dem der Firmensitz liegt, erhalten. Industriekaufmann mit und ohne Studienabschluss, Wirtschaftsingenieur, Fachkraft für Lagerlogistik oder Produktionsmechaniker – die Palette der Ausbildungsberufe bei Vitrulan ist groß.

Peter Orzechowski

## Oberpfälzische Bürsten

Bürsten Ernst setzt auf Qualität

**Regensburg** – Ob Berlin, Hamburg, München, die USA oder Tokio: Die Bürsten des Regensburger Bürstenherstellers Ernst haben international ihre Abnehmer. Der Familienbetrieb ist die einzige Bürstenmacherei in ganz Ostbayern und einer der größten Bürsten- und Kammhersteller Europas.

Die TV-Macher aus Japan staunten nicht schlecht, als sie in der Werkstätte von Bürsten Ernst in Regensburg ihre Scheinwerfer auf das Angebot richteten: Über 1000 verschiedene Bürsten und Kämme führt die Bürstenmanufaktur Ernst in ih-

Kirschbaumholz, Olivenholz, Palisander, Ebenholz oder Rosenholz. In sie werden Naturborsten vom Schwein, Borsten aus Pflanzenfasern, wie Arenga, Fibre oder Kokos sowie Borsten aus Pferde-, Ziegen- oder Dachshaar gesetzt.

Die Herstellung der Bürsten und Kämmen erfolgt zum Großteil in der eigenen Familienwerkstatt. Waltraud Ernst fertigt seit über 40 Jahren Bürsten und Kämmen eigenhändig und mit großer Liebe zum Detail. Gelernt hat sie das alte Handwerk von ihrem Mann und hat die Kunst des Bürstenmachens später auch an ihre Tochter weitergegeben. „Ich bin im Geschäft aufgewachsen. Da kriegt man das automatisch mit und rutscht da immer mehr mit rein“, erzählt Tochter Caroline Jäger. Nun arbeiten Mutter und Tochter „Hand in Hand“. Die beiden Frauen fertigen auch individuelle Bürsten für besondere Kundenwünsche. Abgebrauchte Borsten von beispielsweise Tischbesen, Kleider- und Haarbürsten werden ersetzt, alte Raritäten werden restauriert. „Das sind oft Bürsten, die es gar nicht mehr gibt, wie zum Beispiel hochwertige Kaminbesen, die werden dann neu beborstet“, erklärt Waltraud Ernst. Eine Beborstung dauert je nach Art der Bürste und der Beschaffenheit zwischen einer halben Stunde und zwei Stunden. Trotz Billigstkonkurrenz aus Fernost will der Familienbetrieb auch in Zukunft seiner bewährten Linie treu bleiben: Handarbeit, Ökologie und hohe Qualität sollen auch in Zukunft das Rückgrat des Unternehmens bilden. **obx**

Handarbeit,  
Ökologie und  
Qualität  
sind Trumpf



vbw

Die bayerische Wirtschaft

## Stark für Bayern

**Bayern muss besser bleiben**

In Bayern gehen Leben und wirtschaftlicher Erfolg Hand in Hand. Damit das so bleibt, vertritt die vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V. die wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftspolitischen Interessen von 115 bayerischen Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbänden. Wir engagieren uns für ein starkes, lebenswertes Bayern mit starken Unternehmen aus dem In- und Ausland und sicheren Arbeitsplätzen.

[www.vbw-bayern.de](http://www.vbw-bayern.de)



## BR-alpha wird zu ARD-alpha

München – Der Bildungskanal des Bayerischen Rundfunks, *BR-alpha*, ändert seinen Namen. Wie der öffentlich-rechtliche Sender mitteilte, firmiert der Kanal künftig unter dem Namen *ARD-alpha*. Der seit Januar 1998 bestehende Sender soll künftig für Bildungs- und Informationsangebote auch der anderen ARD-Sendeanstalten geöffnet werden, bleibt allerdings unter der Kontrolle des Bayerischen Rundfunks.

*ARD-alpha* bleibt weiterhin der einzige deutsche TV-Kanal, der sich ausschließlich als „Bildungssender“ versteht. Unter dem Motto „Die Welt verstehen“ soll das Programm laut Pressemitteilung „nicht nur klassisches Bildungsfernsehen wie Telekolleg und Sprachkurse zeigen, sondern zeigt auch spannende Sendungen über Wissenschaft, Geschichte, Kunst, Kultur, Musik, Religion und Zeitgeschehen“ bestehen. Der BR teilte mit, die Programmreform erfolge stufenweise. Neben Übernahmen beliebter Sendungen anderer ARD-Sender wie etwa der „Tagesschau“ werde es zahlreiche neue Eigenproduktionen geben.

In Zukunft will der Sender verstärkt Programme für Studenten anbieten. Zum Semesterbeginn 2014 startet daher mit dem „Campus Magazin“ ein wöchentliches Hochschulmagazin. Kult-Sendungen wie etwa die Zeichensendung mit Bob Ross bleiben weiterhin erhalten. Die Programmumstellung findet offiziell am 28. Juni statt, Fernsehzuschauer müssen an ihren Fernsehgeräten nichts tun, um *ARD-alpha* zu empfangen. Der Sender ist ab Ende Juni unter den Frequenzen von *BR-alpha* erreichbar.

Kritik an dem Schritt kommt von der privaten Konkurrenz: Der Verband privater Rundfunk- und Telemedien (VPRT) kritisierte, der BR weite sein bisher landesweites Angebot nun das Bundesgebiet aus. dos



Dürfen Geschichten und Themen im Internet einfach so geklaut werden? Die Bild-Zeitung beschwert sich lautstark über Konkurrent Focus Online. Bild: Wiki

## Die Artikeldiebe

*Bild* wirft *Focus* den Klau von Inhalten vor – Kampf der Konzepte im Online-Journalismus

München – Ärger zwischen *Bild* und *Focus*: Die Online-Abteilungen der beiden Medien streiten über die Verwendung von Inhalten im Internet. Themen, die *BildPlus* erarbeitet, werden von *Focus Online* abgekupfert und kostenlos angeboten. Das wirft einmal mehr die Frage auf: Kann Online-Bezahljournalismus in Deutschland funktionieren?

Zunächst einmal klingt der Vorwurf fast ein wenig beleidigt: *Bild.de*-Chef Julian Reichelt beschwert sich im Online-Dienst *turi2* über die Kollegen vom Nachrichtenmagazin *Focus*. Er bezichtigt *Focus Online*-Chef Daniel Steil des Diebstahls und der Hehlerei. Auch mehrere Mitarbeiter der *Bild*-Zeitung beklagen sich auf *Twitter* und anderen Online-Plattformen darüber, dass die Kollegen von *Focus Online* ihnen die Themen klauen würden. Was die Angestellten des Springer-Verlags erarbeiten und – für die Leser kostenpflich-

tig – in ihrem Online-Angebot *BildPlus* anbieten, wird von den *Focus*-Redakteuren abgekupfert, umgeschrieben, und auf ihrem Portal *Focus Online* angeboten – kostenlos, versteht sich.

Vor einem Jahr, am 11. Juni 2013, hatte *Bild* unter großem Rummel sein zahlungspflichtiges Online-Angebot *BildPlus* gestartet. Für einen bestimmten monatlichen Betrag erhält der Nutzer unbeschränkten Zugang zur Online-Ausgabe der *Bild* – inklusive Videos, Sportberichterstattung und weiterer exklusiver Inhalte. Zum Ende des Jahres frohlockte die *Bild*, sie habe im Internet bereits mehr als 150000 Abonnenten. Beobachter merkten allerdings schon damals an, dass die Zahl der „Zahlungswilligen“ im Vergleich zur absoluten Zahl jener Nutzer, die journalistische Inhalte im Internet konsumieren, extrem gering ist – manche von ihnen bezweifeln sogar,

dass die Abonnentenzahl überhaupt ausreicht, um die Kosten von *BildPlus* zu decken.

Jetzt also betreiben die Kollegen vom *Focus* eine Art „Artikelraub“. Womöglich verfügt die Redaktion über ein *BildPlus*-Abo, suchen sich die besten Geschichten heraus, schreiben einen eigenen Text zum Thema – und stellen ihn den Online-Lesern dann kurzerhand kostenlos zur Verfügung. Dabei finanziert

Focus sein Online-Angebot durch Anzeigen.

Die Verärgerung der *Bild*-Verantwortlichen ist verständlich, aber brotlos. Presserechtlich ist das Vorgehen – sofern es den *Focus*-Leuten überhaupt faktisch nachzuweisen ist – nämlich im Bereich des Legalen. Die Debatte wirft erneut die Frage auf, ob zahlungspflichtiger Online-Journalismus in Deutschland überhaupt funktionieren kann – besonders in Anbetracht der

Tatsache, dass der Großteil des deutschsprachigen Angebotes komplett oder zumindest weitgehend kostenfrei erhältlich ist.

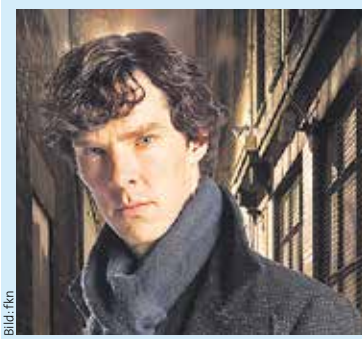
Klar ist: Unter den Verlegern scheint sich die sogenannte „Pay-Wall“ für Artikel und Texte im Internet nicht durchzusetzen – wohl alleine schon deshalb, weil es für die Leser stets eine Alternative zu geben scheint, wo man sich über dasselbe Thema informieren kann, ohne bezahlen zu müssen. Inwieweit solche Kunden allerdings treue Leser des jeweiligen Mediums sind, sei dahingestellt. Fakt ist: Im Online-Journalismus ist der Kampf der beiden Konzepte – „Pay-Wall“ oder anzeigenfinanziertes Angebot – noch nicht entschieden. Die Dünnhäutigkeit, mit der die *Bild*-Verantwortlichen auf den vermeintlichen „Artikelklau“ reagieren, macht deutlich, wieviel vom Gelingen dieses Experiments abhängt – und wie ungewiss die Zukunft des Journalismus im digitalen Zeitalter weiterhin ist. Dominik Sauter

„Pay-Wall“ gegen anzeigenfinanziertes Angebot

## KÜRZLICH GESEHEN

Sherlock, ARD

Diesmal sparten sich die Macher der *BBC*-Erfolgsserie *Sherlock* sogar den Cliffhanger. Die Fans der britischen Krimiserie mit dem bekannten Sherlock Holmes und seines treuen Begleiters Dr. Watson wurden nicht wie in den beiden dreiteiligen Staffeln zuvor mit der bängigen Frage vor der Mattscheibe zurückgelassen, ob Sherlock tot ist. Die vierte Staffel wurde sozusagen bereits angekündigt. Dennoch gelang es den Serienmachern der gerade in der ARD ausgestrahlten dritten Staffel, die Spannung nur in einigen wenigen Momenten zu halten. Echte Fans werden trotzdem begeistert zusehen haben, wie der Held aus dem „leeren Sarg“ auferstand und erst einmal umfangreich aufklären musste, warum er nicht starb, um dann die Fälle „Im Zeichen der Drei“ und „Sein letzter Schwur“ zu lösen. Kritischere Zuschauer dachten sich, dass auch die Briten in der Lage sind Erfolgserien so lange fortzusetzen, bis sie ihren Reiz verlieren. Das ist schade, denn Sherlock strahlte eine Menge Reiz aus. Der Detektiv, gespielt von Benedict Cumberbatch, verkörpert die englische Upper-Class wie kaum ein anderer. Wie das Englisch von der „stiff upper lip“ tropft, ahnen selbst die deutschen Zuschauer. Die Hoffnung auf ein furioses Finale in der vierten Staffel mit den Teilen 10 bis 12 bleibt. ph



## taz diskriminiert Männer

Zeitung muss Stelle neu ausschreiben

Berlin – Niederlage für die Berliner Tageszeitung *taz*: Das Berliner Landgericht hat nun entschieden, dass das Blatt eine Volontariatsstelle nicht wie geplant ausschließlich für Frauen mit Migrationshintergrund ausschreiben darf. Die Zeitung hatte eine Anzeige geschaltet, in der sie eine Stelle zur Volontärin in ihren Berliner Redaktionsräumen anbot – allerdings nur für Frauen, von denen wiederum jene mit Migrationshintergrund bevorzugt werden sollten (der *Bayernkurier* berichtete).

Gegen dieses Vorgehen hatte ein aus der Ukraine stammender Mann geklagt. Dieser hatte sich von der Stellenausschreibung diskriminiert ge-

fühlt. Das Landgericht Berlin-Brandenburg gab dem Kläger nun Recht. Die *taz* muss die Stellenausschreibung ändern und dem Mann zusätzlich eine Strafe von insgesamt drei Monatsgehältern bezahlen – was unter *taz*-Gesichtspunkten weniger Geld ist, als man annehmen mag: Das durchschnittliche *taz*-Gehaltsniveau liegt bei gerade einmal 903,15 Euro.

Einige Beobachter bezeichnen das Gerichtsurteil als „Befreiungsschlag gegen falsch verstandenen Gender-Kampf“. Die *taz* selbst hingegen gab sich wenig einsichtig, kündigte aber immerhin an, das Urteil akzeptieren und umsetzen zu wollen. dos

München – Im seit Wochen toben den Streit zwischen dem Radiosender *BR Klassik* und dem *BR*-Jugendkanal *Puls* ist eine Entscheidung gefallen. Der Hörfunkausschuss des *BR*-Rundfunkrats hat dem Rundfunkrat empfohlen, den UKW-Wellentausch erst im Jahr 2018 durchzuführen. Der Beschluss für die Empfehlung sei einstimmig bei einer Enthaltung gefallen, teilte der Bayerische Rundfunk mit. Die Empfehlung des Ausschusses ist für den Rundfunkrat zwar nicht bindend – für gewöhnlich wird der Empfehlung aber entsprochen.

Innerhalb des *BR* hatte es seit Wochen Streit über den Plan gegeben, die bisher von *BR Klassik*

## Frequenztausch verschoben

Streit beim Bayerischen Rundfunk endet mit Kompromiss – *Puls* löst *BR Klassik* erst 2018 ab



Erst ab 2018 über UKW empfangbar: Die *BR*-Jugendwelle *Puls*. Bild: dos

genutzten UKW-Frequenzen ab 2016 dem Jugendformat *Puls* zur Verfügung zu stellen. Da der *BR* laut Rundfunkvertrag nur fünf UKW-Frequenzen betreiben darf, sollte der *Klassik*-Sender ins Digitalradio verschoben werden. Gegen diese Pläne hatte

es heftigen Widerstand gegeben. Unter anderem war nicht klar, ob ein simpler Frequenztausch überhaupt mit den Vereinbarungen für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk vereinbar ist.

Jetzt also soll die Umstellung erst zwei Jahre später stattfin-

den. Wie der *BR* mitteilte, sei der Kompromiss auf Vermittlung von Intendant Ulrich Wilhelm und dem Rundfunkratsvorsitzenden Lorenz Wolf zustande gekommen. Damit solle die Basis für einen Konsens „mit den privaten Rundfunkanbietern, der BLM und den Vertretern der *Klassik*, insbesondere dem Bayerischen Musikrat“ gelegt werden.

In einer Mitteilung betonte der *BR* noch einmal, dass der Frequenztausch notwendig sei, um den drohenden Generationenabriss für die Hörfunkprogramme des Senders zu verhindern. Aktuell ist Bayern das einzige deutsche Bundesland, in dem es keinen Jugendkanal auf UKW gibt. dos



## Für immer Ludwig

Zum Todestag von Ludwig II. am 13. Juni: Der König konnte die Strenge seines Vaters Max II. kaum verarbeiten – Von Luitgard Löw

Der 77-jährige König Ludwig I. – nach seiner Abdankung 1848 wegen Lola Montez lebte er als Privatmann – befand sich in Algier, als er die Nachricht erhielt, sein ältester Sohn Max sei gestorben. Auf seiner Rückfahrt nach München erblickte er in Lindau das Standbild des Sohnes und kämpfte tapfer eine Gemütsregung nieder. In München empfing ihn weinend die Königinwitwe: „Vater, diesmal komme ich ohne Max.“ Er umarmte wehmütig die Trauernde und begrüßte den Sohn Maximilians mit den Worten: „Mein Enkel und König.“ Bayern hielt im März 1864 den Atem an. Die Menschen nahmen Abschied von einem König und hängten schwarze Tücher aus den Fenstern. Wer dafür zu arm war, benutzte ein schwarzes Halstuch oder schwarze Papierstreifen. In den Kirchen wurde gebetet, die Trauer war echt. König Maximilian II. war mit 52 Jahren überraschend gestorben.

Am gleichen Tag, dem 10. März 1864, erhielt Bayern einen neuen König: der 18-jährige Kronprinz Ludwig, Student im ersten Semester, wurde zu Ludwig II. Ein Herold im mittelalterlichen Kostüm verkündete den Regierungsantritt des neuen Monarchen, der bereits am folgenden Tag, sichtlich mitgenommen, den Eid auf die Verfassung ablegte. Erst im August 1863 hatte die Familie auf Schloss Hohen-

**Ludwig I. versuchte, sich in das politische Tagesgeschäft seines Enkels einzumischen**

schwangau seine Volljährigkeit gefeiert, kurz darauf besuchte er die ersten Vorlesungen an der Universität in München. Der viel zu frühe Tod des Vaters veränderte die Pläne des Kronprinzen und machte ihn zum jüngsten Monarchen, der Bayern regierte. Dieses Ereignis jährte sich in diesem Jahr zum 150. Mal.

Man hielt den jungen König Ludwig zu Unrecht für unbedarft und manipulierbar. Wie schon für den Vater Ludwigs, Max II., war es auch für ihn nicht leicht, unter den kritischen Augen des alten Königs zu regieren. Ludwig I. versuchte, sich in das politische Tagesgeschäft einzumischen, was bereits sein Sohn und später auch der Enkel höflich und bestimmt ablehnten.

Ludwig wurde am 25. August 1845 als erstes Kind des damaligen Kronprinzenpaares Max und Marie, einer Prinzessin von Preußen, geboren. Am nächsten Tag wurde er auf die Namen Otto Ludwig Friedrich Wilhelm getauft mit dem Rufnamen Otto. Als Taufpate bestand sein Großvater darauf, dass der Täufling Ludwig genannt wurde, denn der 25. August war auch dessen Geburtstag und dieser Tag wiederum war der Namenstag des heiligen Lud-



Ludwig II. in jungen und alten Jahren. Die Postkarte links zeigt ihn in der Uniform eines bayerischen Generals um die Zeit seines Regierungsantrittes. Innerhalb weniger Jahre wurde aus dem schlanken, jungen König ein recht massiv wirkender Mann. König Ludwig II. hatte sich gegen Ende seines Lebens immer mehr aus der Öffentlichkeit zurückgezogen. Sicherlich auch deshalb wurden zahlreiche Fotos der 1880er Jahre als sogenannte „letzte Aufnahme“ des bayerischen Monarchen nach seinem Tod verkauft. Das Bild auf der Postkarte rechts entstand während einer Reise in die Schweiz im Sommer 1881.

wig, König von Frankreich und aus der Dynastie der Kapetinger, einem der bedeutendsten Könige des Mittelalters. Taufpate des Großvaters wiederum war Ludwig XVI. aus der Dynastie der Bourbonen, der letzte König des Ancien Régime im 18. Jahrhundert. Drei Jahre später, im April 1848, kam Ludwigs Bruder Otto zur Welt. Im gleichen Jahr wurde Ludwig Kronprinz, nachdem der Großvater, König Ludwig I., abdankte und der Vater auf den Thron folgte. Ludwig und Otto besaßen keine, über einen konventionellen Kontakt hinausgehende Beziehung zu ihrem Vater, während sie zu den Großeltern, Ludwig I. und Theresese, eine liebevolle und anhängliche Beziehung pflegten.

Bereits Max war als der Erstgeborene strenger erzogen worden als seine acht jüngeren Geschwister und zwischen ihm und seinem Vater bestand kein harmonisches Verhältnis. Trotz seiner eigenen Kindheitserfahrungen behandelte er seine Söhne streng. Von Marie erwartete er Wohlverhalten und ein freundliches, entgegenkommendes Wesen, keinesfalls Widerspruchsgeist. Wenn auch die Ehe harmonisch verlaufen sein soll, so ist doch nicht anzunehmen, dass Max sie nach ihren Bedürfnissen und Talenten gefragt hat. Max II. war geprägt von der üblichen Prinzenziehung, die auf den zu Beginn des 16. Jahrhunderts von Erasmus von Rotterdam aufgestellten Grundsätzen einer christlichen Fürstenerziehung basierte. Diese Regeln hatte Kurfürst Maximilian (1573-1651) zu so genannten „Väterlichen Er-

mahnungen“ zusammenfassen lassen und seinem Sohn Ferdinand Maria (1636-1679) ans Herz gelegt. Die Essenz dieser Ermahnungen lässt sich etwa in der Beschreibung der schweren Aufgabe eines Regierenden geben müssen. Wem viel gegeben ist, von dem wird auch viel gefordert werden.“ Diesem Leitfadens fühlte sich Max mit seinem fragenden, grübelnden Wesen lebenslang verpflichtet.

Dieses Buch hatte Max II. zur Erstkommunion 1827 von seinem Erzieher und späterem Bischof von Eichstätt, Georg von Oetzl, in einer neu aufgelegten Ausgabe erhalten. Damit war

der Wunsch der Beherzigung verbunden: „Ein strenges Gericht ergeht über Herrscher; denn nicht nur für sich, sondern auch für ihre Unterthanen werden sie einst Rechenschaft geben müssen. Wem viel gegeben ist, von dem wird auch viel gefordert werden.“ Diesem Leitfadens fühlte sich Max mit seinem fragenden, grübelnden Wesen lebenslang verpflichtet.

Als zartes, sensibles Kind konnte Ludwig die Strenge des Vaters kaum verarbeiten. Dazu von der Mutter vielleicht auferend

repräsentativer Verpflichtungen teilweise abweisend behandelt – das ergab ein ungeordnetes Erziehungskonzept und schuf gespannte Beziehungen in der Familie. Dazu kam die Überzeugung, Kinder sollten frühzeitig durch Entbehrung und Härte den Ernst des Lebens kennen lernen. Der Alltag der Kinder war von einfachen, knapp gehaltenen Mahlzeiten, wenigen Kontakten zu anderen Menschen, knappem Taschengeld und vollen Stundenplänen geprägt. Darüber hinaus sollten sie ein Tagebuch führen, das zur Wissensforschung und Selbstkontrolle diene. Dadurch

gab es wenige unbeschwerte Tage, an denen die Familie gemeinsam Billard spielte oder einen Ausflug zu einer der Berghöhlen unternahm. Ludwig war ein begeisterter Schwimmer und ein guter, ausdauernder Reiter, der auch früh aufstand, um zu angeln. Ebenso gehörte das Wandern dazu, das zu jener Zeit als neuer Sport galt.

Ab 1864 widmete sich Ludwig als junger König seinen neuen Aufgaben mit großem Eifer. Eine der ersten Handlungen, die Ludwig kurz nach seinem Regierungsantritt veranlasste, war die Suche nach dem Komponisten Richard Wagner. Die erste Zusammenkunft beschrieb Wagner als „eine große, nicht endend wollende Liebeszene“. Der Komponist, zwei Jahre jünger als König Max II., traf Ludwig im Mai 1864 zum ersten Mal. Als 14-Jähriger hatte er Wagners Oper „Lohengrin“ gesehen und verstand auf Anhieb die Geschichte. Schloss Hohenschwangau, ursprüng-

lich der „Schwanenstein“, mit einem Schwan als Wappentier, und der Schwanenrittersaal mit vier Wandbildern aus der Lohengrin-Sage waren ihm schließlich seit frühester Kindheit vertraut. Es war der Platz, den er sein „Walhall“ nannte. Königin Marie lehnte Wagner zutiefst ab, während Ludwig I., der 1868 starb, den Komponisten Wagner mit Lola Montez verglich. Immerhin währte die Freundschaft zwischen Ludwig und Richard Wagner mit Cosima von Bülow als Vermittlerin knapp 19 Jahre.

Sein Hoffotograph Joseph Albert machte in diesen frühen Jahren zahlreiche Aufnahmen, die ihn als jungen Herrscher in Uniform, im Ornat des Großmeisters des Georgi-Ritter-Ordens, im bürgerlichen Anzug, als Beau oder im Kreis seiner Familie zeigten. Sein Aussehen verfehlte nicht die Wirkung: Angeblich fielen die Damen in Ohnmacht, wenn Ludwig bei Empfängen erschien. Diese Anziehungskraft hielt nicht lange, nur wenige Jahre später hatte sich der König verändert. Er hatte an Gewicht zugenommen, bewegte sich wenig und wusste, dass seine Schönheit verschwand. Ludwig litt seit seiner Jugend an einer schmerzhaften Zahnentzündung, die man damals nur unzureichend behandeln konnte.

Im Laufe der Zeit entwickelte Ludwig eine Reihe von Gewohnheiten, die wilde Spekulationen und Gerüchte nährten. Vor allem sein Rückzug aus der Öffentlichkeit in seine Schlösser weitab von München, nicht zuletzt aufgrund der massiven Kritik gegen die enge Verbin-

dung zu Richard Wagner, die Gespräche mit Verstorbenen und sein Leben in der Nacht, lösten Befremden aus. Dazu kamen die Schulden, die durch die Bauleidenschaft des Monarchen entstanden und nicht einzudämmen waren. Die dramatischen Ereignisse rund um den 13. Juni 1886 sorgten für Schlagzeilen im gesamten deutschen Reich und regen bis heute die Phantasie an. Gleichzeitig begann der Aufstieg Ludwigs II. zum wohl bekanntesten und beliebtesten Monarchen des 19. Jahrhunderts. Der Mythos um den „geheimnisvollen Märchenkönig“ speist sich aus den Schlossbauten, die jedes Jahr millionenfach besucht werden. Seine Träume und Ideale, die er darin ausdrückte – tapfere Männer, stolze Frauen, reine Liebe, hohe Ideale und schicksalshafte Entsagung – sind Stoffe, die ihre Macht auch heute noch wirkungsvoll und effektiv entfalten.

Luitgard Löw ist Leiterin des Museums der bayerischen Könige in Hohenschwangau.



Zu Lebzeiten isolierte sich König Ludwig II. mehr und mehr von seiner Umwelt. Nach seinem Tod brach ein wahrer „Ludwig-Boom“ aus – der bis heute anhält. Postkarte/Lithographie, Papier/Farbe, um 1900.



## Heroische Nacktheit

Ausstellung „Die Griechen in Italien“

München – Lange bevor die Römer nach Griechenland kamen, siedelten die Griechen in Gebieten des heutigen Italien. Seit dem mittleren 8. Jahrhundert vor Christus gründeten Griechen eine Vielzahl an Kolonien in Süditalien und auf Sizilien. Die Entwicklung der neuen Städte war geprägt von der Auseinandersetzung mit der einheimischen Bevölkerung sowie mit Karthagern und Etruskern, bis schließlich alles zum Ende des 3. Jahrhunderts vor Christus Teil des Römischen Imperiums wurde.

Die reichen Funde aus dieser Zeit spiegeln religiöse Vorstellungen, soziale Verhältnisse und Bräuche im Spannungsfeld zwischen mitgebrachten Traditionen und Einflüssen aus der neuen Heimat wider. Die Staatlichen Antikensammlungen in München beherbergen einen reichhaltigen Schatz an archaischen Fundstücken aus Süditalien. Überwiegend handelt es sich dabei um bemalte Gefäße, aber auch um Statuetten, Reliefs, Theatermasken aus Ton, kleine Bronzefiguren oder wertvollen, feingearbeiteten Goldschmuck.

Viele dieser Stücke sind bis Anfang nächsten Jahres in den Staatlichen Antikensammlungen in München auf der

Südseite des Königsplatzes (gegenüber der bekannteren Glyptothek) in der Sonderausstellung „Die Griechen in Italien“ zu sehen. So sind zum Beispiel auf einem Hochzeitsgefäß (Bild oben; um 350 bis 300 v. Chr.) zwei nackte, schön geschmückte Frauen mit dem Liebesgott Eros zu sehen. Auf einem Trinkgefäß (Mitte; Mitte 4. Jhdt. v. Chr.) ist der Kopf eines jugendlichen Pans mit kleinen Hörnern abgebildet. Und ein Mischgefäß (unten; um 370 v. Chr.) präsentiert einen Krieger, der mit zwei Gefangenen aus der Schlacht zurückkehrt und sich

in „heroischer Nacktheit“ präsentiert. Die Präsenz der Griechen in Italien brachte die besiedelten Regionen zur Hochblüte. Mit welcher Kunstfertigkeit die Menschen damals zu Werke gingen und wie facettenreich die Kultur damals war, das zeigt die Ausstellung in den Antikensammlungen sehr anschaulich – und beeindruckt selbst heute, 2500 Jahre später.

Florian Christner  
Die Ausstellung „Die Griechen in Italien“ ist bis zum 25. Januar 2015 in den Staatlichen Antikensammlungen München zu sehen, Königsplatz 1. Geöffnet täglich außer Montag 9 bis 18 Uhr, Mittwoch bis 20 Uhr. Der Eintritt kostet 6 Euro, ermäßigt 4 Euro, Jugendliche bis 18 Jahre frei. Alle Bilder © Staatliche Antikensammlungen München, fotografiert von Renate Kühling.

[www.antike-am-koenigsplatz.mwn.de](http://www.antike-am-koenigsplatz.mwn.de)



## Ewiger Wüstling

„Versuch Adler zu werden“: Augsburger Glaspalast würdigt Jörg Immendorff

Augsburg – Jörg Immendorff (1945-2007) gehörte zu den provozierendsten Künstlern seiner Zeit. In Augsburg ist nun eine umfassende Ausstellung mit 50 Werken zu sehen.

Ausgemergelt das Gesicht. Glatzkopf. Hängebauch. Unbeweglich die Beine. Ein Sieger sieht anders aus. Diese Figur wird sich nie mehr in die Lüfte erheben, auch wenn Jörg Immendorff seiner 1990 entstandenen Holzskulptur den Titel „Versuch Adler zu werden“ gab. Der Künstler stellte sich selbst als das symbolträchtige Tier dar: ein Gescheiterter. Dabei konnte der Maler, Bildhauer, Zeichner und Performer zu diesem Zeitpunkt noch nicht ahnen, dass ihm das Schicksal selbst sieben Jahre später alle Kräfte durch eine tückische Krankheit rauben würde.

„Versuch Adler zu werden“ heißt die eindrucksvolle Ausstellung im Augsburger Glaspalast, wo rund 50 wichtige Werke aus verschiedenen Schaffensphasen versammelt sind. Großzügig auf Distanz gehängt in dem hellen Saal im Erdgeschoss, kommt jedes einzelne effektiv zur Geltung.

Doch noch immer geht starke Irritation von Immendorffs Arbeiten aus, besonders von den Exempeln seiner Serie „Café Deutschland“. Denn diese überbordenden, malerisch dissonanten Wimmelbilder erzählen nicht nur vom geteilten Deutschland; lustvoll kluttern sie die Geschichte. Am Tresen düsterer Bars und gemelliger



Überbordende, dissonante Wimmelbilder: „Café Deutschland XI / Parlament 2“ von Jörg Immendorff, 1981.

Discos, wo Punks neben Politikern lungern, treffen sich der Alte Fritz und Papa Marx, Hitler, Stalin, Mao, aber auch Honnecker. Selbst Ex-Kanzler Helmut Schmidt ist zu entdecken – als Einziger unter all den Figuren, der nicht für eine Diktatur steht.

Als Betrachter wird man zum Detektiv auf der Suche nach kunsthistorischen Anspielungen wie Eule und Kerze, auf versteckte Vorbilder wie Hieronymus Bosch und Pieter Breughel oder auf geistige Verwandte wie Caspar David Friedrich. Auf dem Gemälde „Surrealistisches Tribunal“ künden kleine Namensschilder, wer hier vor Gericht steht: Delacroix, Ingres, Dalí, Duchamp, Max Ernst, kurz alle, die die Kunst revolu-

tionierten. Auch seine persönlichen Malerfreunde verewigte Immendorff: So sieht man Beuys, Baselitz und Lüpertz auf mehreren Kompositionen.

Oft klingen schon die Titel wie ein Fanal: „Mein Weg ist richtig“, „Ich an die Macht“ oder „Deutschland in Ordnung bringen“ sind programmatische Forderungen des Künstlers. Der hatte sich intensiv mit der deutschen Teilung beschäftigt und mit seinem Dresdner Freund A. R. Penck immer wieder Aktionen für eine Wiedervereinigung organisiert. Als er seine Karriere begann, waren Symbole wie das Hakenkreuz ein Tabu; auch der deutsche Adler und die Nationalfahne durften nicht in blasphemischen Kontext gebracht wer-

den. Bei Immendorff wirken sie noch heute provokativ, wie überhaupt der aggressive Duktus seiner Arbeiten auffällt.

Einer seiner interessantesten Zyklen wird komplett gezeigt: Zeichnungen und Gemälde zur Geschichte des Wüstlings Rakewell von William Hogarth, mit dem sich Immendorff identifizierte. Naheliegender, dass er zu einer Inszenierung von Strawinskys Oper „The Rake's Progress“ in Salzburg auch wunderliche Bühnenbilder und Kostüme entwarf, die man in einem Filmkabinett erleben kann.

Barbara Reitter

Die Ausstellung „Jörg Immendorff. Versuch Adler zu werden“ ist bis 17. Mai 2015 in der Staatsgalerie Moderne Kunst im Glaspalast Augsburg zu sehen. Beim Glaspalast 1. Geöffnet tägl. außer Mo von 10 bis 17 Uhr. Der Eintritt kostet 7 Euro, ermäßigt 5,50 Euro.

## Unbefangene Anmut in Bronze gegossen

Der Kulturspeicher Würzburg würdigt Renée Sintenis, die den Berliner Bären erschaffen hat

Würzburg – Die Bären der Berlinale, aber auch größere Bronzebären, Berlin-Denkmal auf der Autobahn, in München etwa auf Höhe Freimann, werden flüchtig vor allem als putzig wahrgenommen. Ihre Schöpferin ist die Berliner Tierbildhauerin Renée Sintenis (1888-1965).

Bei genauerem Hinsehen würde man Tieferes erkennen, das suchend Tapsige des jungen Bären, eine Art vertrauensvoller Gefolgschaft, kurz: seine Bärenseele. Nicht die naive Nettigkeit eines Teddys oder eines Schmusebärs hat die jeder Monumentalität feindliche Bildhauerin da modelliert, sondern ihr Zutrauen zu Tieren, die „nichts von ihr forderten“ in der Freiheit ihres Spiels und der unbefangenen Anmut ihrer Bewegungen. Deshalb hat sich Renée Sintenis nur bedingt Menschen als Modelle gesucht:

für Porträts oder als verschmolzene Bewegung bei Sportler-Figuren. Der Polospieler aus dem Jahr 1929 setzt Tier und Reiter in ein gemeinsames Spannungssystem von höchster Anstrengung und Konzentration.

Im vergangenen Jahr feierte das Berliner Kolbe-Museum die Bildhauerin aus Anlass ihres 125. Geburtstages mit einer Werkenschau, die noch bis 22. Juni im Würzburger Kulturspeicher zu sehen ist. Eine Brücke zum Würzburger Ausstellungs-ort schlägt der Nachlass der großen expressionistischen Bildhauerin Emy Röder (1890-1971), der Sintenis-Zeitgenossin, die ihrer fränkischen Geburtsstadt 70 Werke hinterlassen hat. Da diese streng expressiven Arbeiten zur permanenten Ausstellung des imposanten Kulturspeichers am Alten Hafen

gehören, lässt sich derzeit ein spannendes Nebeneinander herstellen.

Beide Künstlerinnen sind im frühen 20. Jahrhundert mit künstlerisch so verschiedenen Handschriften in die Männerdomäne der Künstler eingebrochen, Emy Röder mit asketischem Expressionismus, Renée Sintenis mit kleinen Pferden und Eseln, Hunden, Rehen und Ziegenböcken, spielerisch, lebensnah, empathisch. In der Weimarer Republik wurden die Kleinplastiken von Renée Sintenis deutschlandweit geschätzt, war ihre Schöpferin doch eine „Ikone“ der Berliner Gesellschaft. Großfotos in der Ausstellung dokumentieren die „neue Frau“, als die sich die Sintenis sah, so mondän wie scheu.



## KULTURTIPP



Erlangen  
16. int. Comic-Salon mit über 400 Künstlern, Rathaus & Kongresszentrum u. a., 19. bis 22. Juni, [www.comic-salon.de](http://www.comic-salon.de)

Feuchtwangen  
Kreuzgangspiele mit „Heidi“, „Wilhelm Tell“ etc., Kreuzgang, bis 16. August, [www.kreuzgangspiele.de](http://www.kreuzgangspiele.de)

Gessertshausen  
Verschwundene Dinge Addiator & Goggomobil, Volkskundemuseum, bis 12. Okt., [schwaebisches-volkskundemuseum.de](http://www.schwaebisches-volkskundemuseum.de)

München  
32. Filmfest München 8 Kinos, Festivalzentrum Gasteig, 27. Juni bis 5. Juli, [www.filmfest-muenchen.de](http://www.filmfest-muenchen.de)

Wunsiedel  
Luisenburg-Festspiele z. B. „Die Comedian Harmonists“, Luisenburg, Premiere 26. Juni, [www.luisenburg-aktuell.de](http://www.luisenburg-aktuell.de)

Regensburg  
Heimat? Osteuropa in der zeitgen. Fotografie, Kunstforum, bis 7. 9., [kog-regensburg.de](http://www.kog-regensburg.de)

Die Ausstellung „Renée Sintenis. Bildhauerin“ ist bis 22. Juni im Kulturspeicher Würzburg zu sehen. Geöffnet Di 13 bis 18 Uhr, Mi 11 bis 18 Uhr, Do 11 bis 19 Uhr und Fr bis So 11 bis 18 Uhr. Die Abbildungen zeigen die Bronzefiguren „Berliner Bär“ (1956) und „Großes kniendes Reh“ (1930) von Renée Sintenis (Beide Bilder: Bernd Sinterhauf, © VG Bild-Kunst, Bonn 2013).

[www.kulturspeicher.de](http://www.kulturspeicher.de)



## Späße mit Herz

Susie Wimmer trägt als Clownin ein Lachen an Orte, wo es nicht viel zu lachen gibt

**Weilheim – Susie Wimmer aus dem oberbayerischen Weilheim ist mit dem Herzen dabei, wenn sie als Clownin Menschen in Not zum Lachen bringt. Für die „Clowns ohne Grenzen“ tut sie das sogar an entlegenen Orten.**

Susie Wimmer hat bei der Berufswahl klare Vorstellungen: „Jeder darf seiner Leidenschaft folgen.“ Die Clownin hat sich

### JOY IN IRAN

Der Regisseur **Walter Steffen aus Seeshaupt** (Kreis Weilheim) plant einen Dokumentarfilm über die „Clowns ohne Grenzen“. Geplanter Titel: „Joy in Iran“. Susie Wimmer – Hauptprotagonistin des Films und Initiatorin der Reise – will diesen Herbst zusammen mit ihren Clown-Kollegen Toni Toss, Matthias Romir und Monika Staffanson im Iran Kinder und Erwachsene zum Lachen anregen und ihnen so Freude und Glücksmomente bringen. Der unabhängig produzierte Film kann allerdings nur entstehen, wenn sich genügend Spender finden, die das Projekt mit einem finanziellen Beitrag unterstützen. Im Internet läuft dazu eine Crowdfunding-Kampagne. [www.startnext.de/joy-in-iran](http://www.startnext.de/joy-in-iran)  
[www.joy-in-iran.de](http://www.joy-in-iran.de)

in ihrem Leben konsequent an diesen Satz gehalten: Nach zwei Semestern Jura wandte sie sich dem Tanz und der Schauspielerei zu. Der wahre Funke Leidenschaft sprang aber erst mit den Klinikclowns über. Ihnen schloss sich die heute 50-Jährige vor 15 Jahren an und bringt seither ausgelassene Heiterkeit zu Kranken und Sterbenden. Unterdessen reist sie auch als „Clownin ohne Grenzen“ ehrenamtlich in Krisengebiete – und trägt ein Lachen an Orte, wo es nicht viel zu lachen gibt.

Viel übrig für die Spaßvögel mit den großen Schuhen und der roten Nase hatte sie eigentlich nie. „Vielen fehlt das Herz.“ Vor mehreren tausend Zuschauern werde der persönliche Kontakt zum Publikum fast unmöglich und die Vorstellung ein gut einstudiertes, distanziertes Spiel. Bei den wohl-tätigen Clowns ist das anders, stellte sie fest.

Schließlich war es genau diese gelebte Nähe zu ihrem Publikum, warum sich die Tänzerin doch für die Clowns entschied. Heute tritt sie dort auf, wo kleine Kinder todkrank an Schläuchen oder Beatmungs-maschinen hängen und wo der Tod lauert. Dabei muss sie ihr Programm gelegentlich spontan ändern. Wie damals bei der Patientin, die beim Anblick der Weilheimerin unversehens losschrie. Da hat sie einfach zurückgeschrien. „Endlich ver-



Susie Wimmer engagiert sich bei den „Clowns ohne Grenzen“. In diesem Herbst will sie Kinder und Erwachsene im Iran zum Lachen bringen.

steht mich jemand“, brüllte die Alte glücklich.

Beim Clownen geht es um Verständnis und Respekt. „Alles dreht sich um den Hunger in den Herzen, als Mensch beachtet und wahrgenommen zu werden“, sagt Susie Wimmer. In Krisenländern tauchen die Ehrenamtlichen deshalb vor der ersten Performance in die dortige Kultur, die Politik und die Sprache ein und passen sich den dortigen Werten an. Im Iran etwa bedecken die weiblichen „Dalrak“ – so nennen die Perser die Spaßmacher – ganz nach Sitte bei der Aufführung Haare, Ohren und Hals, auch berühren sich die beiden Ge-

schlechter während ihrer Darbietung nicht.

Das Lachen jedoch ist universell. Es kommt nämlich von tief innen, bricht durch verkrustete Schichten und explodiert in einem Moment der Glückseligkeit. Beim Auftritt lässt Susie Wimmer die sichtbare Not und das Leid an sich abprallen. Sie bringe ja Spaß und nicht Traurigkeit mit. Später, wenn alles vorbei ist, haut das Erlebte aber schon mal den einen oder anderen Clown um. In den syrischen Flüchtlingscamps zum Beispiel treiben die Clowns ihre Späße vor Menschen, die nicht nur körperlich, sondern auch seelisch verwundet sind. Dabei schauen sie in Augen, in denen die Hoffnung auf Frieden fast schon erloschen ist. Das Schicksal Unschuldiger gehe nicht spurlos an einem vorbei, sagt Susie Wimmer. Es könne helfen, miteinander über das Erlebte zu reden. Wem das nicht reiche, der nehme zu Hause professionelle Hilfe in Anspruch.

Lachen ist gesund, sagen Wissenschaftler. Lachen ist aber noch viel mehr, ahnt man. Echtes Lachen wertet nicht und ist nicht rassistisch. Beim Lachen sind alle gleich. Sie würde es reizen, auch in Deutschland mehr Lachen zu verbreiten, sinniert Susie Wimmer. Auf der Straße, in der Politik oder an der Börse.

Michèle Kirner  
[www.clownsohnegrenzen.org](http://www.clownsohnegrenzen.org)

### NACHGEFRAGT BEI...



#### Michael Brückner

Landtagsabgeordneter für den Stimmkreis Nürnberg Nord seit 2013, lebt mit seiner Frau und seinen drei Kindern auf einem (Gemüse-)Bauernhof im Nürnberger Knoblauchsland, stellv. Landesvorsitzender des CSU-AK Umweltsicherung und Landesentwicklung sowie stellv. Bezirksvorsitzender im AK Energiewende.

#### 1. Was macht Ihnen Freude?

In der Ruhe und Abgeschiedenheit der Natur beim Fischen meine Gedanken über Gott und die Welt kreisen zu lassen.

#### 2. Was schätzen Sie an Bayern?

Unsere Lebensart und Vielfalt, unseren durch Fleiß und Leistungsbereitschaft verdienten Erfolg und natürlich unsere Eigenheiten.

#### 3. Näher am Menschen – das heißt für mich...

...für die Menschen erreichbar sein, mit allen Bürgern auf Augenhöhe sprechen, offen

für ihre Sorgen und Nöte sein und diese verstehen.

#### 4. Mit wem würden Sie gern bei einem Bier zusammensitzen?

Mit einem der größten Reformer der jüngeren Geschichte: Michail Gorbatschow!

#### 5. Welchem Fußballverein drücken Sie die Daumen?

Auch wenn's diese Saison nicht viel geholt hat: Natürlich unserem „Glubb“!

#### 6. Ihr Motto fürs Leben?

Leben und leben lassen.

#### 7. Mit wem würden Sie gerne für einen Monat tauschen?

Ich bin mit mir, meinem Leben und meinem Umfeld ganz zufrieden.

#### 8. Wo singen Sie gerne mit?

Natürlich beim Bayernlied!

#### 9. Welchem Schmankerl können Sie nicht widerstehen?

Ich habe eine große Schwäche für unsere fränkischen Spezialitäten: Lebkuchen, Nürnberger Bratwürste und gerne auch einmal Karpfen.

#### 10. Ihr persönlicher Bestseller?

Wenn einmal Zeit ist, lese ich gerne die Biografien von Politikern. Auch die russische Geschichte ist ein faszinierendes Themengebiet, sogar Marx und Lenin habe ich gelesen – man muss schließlich auch wissen, was man nicht will!

## MENSCHEN



**Aktionstag Musik in Bayern:** Rund 600 Kinder aus Niederbayern haben bei der Abschlussveranstaltung Süd des „Aktionstages Musik in Bayern“ auf der Bühne der Landesgartenschau in Deggendorf zusammen musiziert. Getreu des Mottos „Sing ma miteinander...!“ animierten sie ihre Zuhörer, darunter Kunststaatssekretär **Bernd Sibler** (Bild), zum Mitsingen. „Musik bringt Menschen zusammen“, erklärte Bernd Sibler am Rande des Konzerts. „Das hat der bayernweite Aktionstag deutlich gezeigt: Mehr als 120 000 Menschen haben in unterschiedlicher Zusammensetzung miteinander musiziert, die Kleinkinder mit den Senioren, die Schulkinder mit den Studenten. Und auf der Bühne der Landesgartenschau habe ich es auch selbst wieder gespürt: Durch das gemeinsame Singen entsteht ein wunderbares Gemeinschaftsgefühl.“ Insgesamt gestalteten über 1500 Kindertagesstätten, Schulen,

Musikschulen und Vereine in allen Regierungsbezirken ihren „Aktionstag Musik in Bayern“. Veranstalterin ist die Bayerische Landeskoordinierungsstelle Musik (BLKM). Durch das Mitmachen und Zuhören soll die Bedeutung des Singens und Musizierens auch für die breite Öffentlichkeit erlebbar werden.

„Ein gesundes Kind ist nicht selbstverständlich“ lautet das Motto des Würzburger Vereins KIWI e.V., einer Interessengemeinschaft zur Förderung der Kinder der Würzburger Intensivstation (Universitätskinderklinik Würzburg). Die Bundestagsabgeordnete **Anja Weisgerber** (Bild M.) begrüßte als Schirmherrin beim diesjährigen 20. KIWI-Cup in Bergheimfeld 48 Jugendmannschaften mit deren Trainern, Begleitern, Eltern und einer großen Fangemeinde. Der Erlös des Turniers, begleitet von einer groß angelegten Tombola, bei der jedes Los gewonnen hat, geht zu 100 Prozent an KIWI e.V.



**Königlicher Antrittsbesuch:** Ihr erster Termin führte die neue Bayerische Bierkönigin **Tina-Christin Rüger** (25) zu Landwirtschaftsminister **Helmut Brunner** nach München. Der Minister gratulierte der „charmanten Botschafterin des Bayerischen Bieres“ zur Wahl. Sie habe nun die anspruchsvolle Aufgabe, im In- und Ausland die Werbetrömmel für Bayerisches Bier und die Brauwirtschaft im Freistaat zu rühren. Bierkönigin und Minister waren sich einig: „Bayerisches Bier steht wie kaum ein anderes Produkt für das Spezialitätenland Bayern und genießt dank seiner außerordentlichen Vielfalt und Qualität weltweit einen hervorragenden Ruf.“ Die mehr als 600 Braustätten im Freistaat produzieren rund 40 verschiedene Biersorten und 4000 oft regionaltypische Spezialitäten. Die neue Bierkönigin kommt aus dem oberfränkischen Kronach. Sie überzeugte die Jury vor allem mit ihrem Wissen rund um die bayerische Bierkultur.

## Mittelfrankens Mitte

Söder präsentiert exakte Koordinaten

**Heilsbronn –** Würde man Mittelfranken auf einer Spitze ausbalancieren, müsste man diese Spitze in Heilsbronn ansetzen. „Die Stadt Heilsbronn ist der geographische Mittelpunkt Mittelfrankens“, stellte Bayerns Finanzminister Markus Söder fest. „Dies hat unsere Bayerische Vermessungsverwaltung berechnet.“ Söder ist qua Amt auch deren Chef.

Gemeinsam mit Bürgermeister Jürgen Pfeiffer (CSU) enthüllte Söder eine Ehren-tafel am Konventhaus in der Altstadt von Heilsbronn. „Der Mittelpunkt liegt in Heilsbronn nicht nur mathematisch richtig. Gemeinden wie Heilsbronn prägen den charmanten Charakter Mittelfrankens und sind Zeichen für seinen kulturellen Reichtum“, erklärte Söder bei der Übergabe der Urkunde.

Der Mittelpunkt Mittelfrankens ist gleichzeitig der Schwerpunkt Mittelfrankens. Das heißt: Eine ausgesägte Mittelplatte mit den Konturen Mittelfrankens wäre in diesem Punkt perfekt ausbalanciert. Die genaue Mitte von Mittelfranken



Markus Söder (r.) und Jürgen Pfeiffer stellen den geographischen Mittelpunkt Mittelfrankens vor.

liegt nördlich der Stadt, knapp außerhalb auf einer Ackerfläche. Die exakten Koordinaten des Punkts (im System WGS 84 für GPS-Empfänger) lauten 49° 20' 52" nördliche Breite und 10° 47' 10" östliche Länge.

Der Mittelpunkt von Mittelfranken gesellt sich zu einer Reihe anderer bekannter Mittelpunkte, wie der Mittelpunkt der EU in Westerngrund (Landkreis Aschaffenburg), den Mittelpunkt Deutschlands in Niederdorla (Thüringen) und den Mittelpunkt Bayerns in Kipfenberg (Landkreis Eichstätt). BK

## DER LÖWE BRÜLLT



### LEIDENSCHAFT IM BEIN

**Mit Samba und Capoeira** wurden die deutschen Fußballer in Brasilien empfangen. Seit einer Woche bereiten sich Jogi Löws Mannen im gerade noch rechtzeitig fertig gestellten „Campo Bahia“ auf die WM und ihr erstes Spiel gegen Portugal vor (Montag, 18 Uhr). Nach zahlreichen Pannen (Jogis Führerschein weg) und Verletzungspech im Vorfeld kann es endlich richtig losgehen! Dass beim ersten Training im WM-Lager die deutsche Fahne verkehrt herum aufgehängt war oder der WM-Bus beim Verlassen der Fähre mit dem Heck hängen blieb, sind allenfalls Kinkerlitzchen, aber niemals schlechte Omen! Schließlich wollen wir es mit den Sportfreunden Stiller halten und auf die WM in Brasilien gemünzt singen: „'54, '74, '90, 2014 / Ja so stimmen wir alle ein / Mit dem Herz in der Hand / Und der Leidenschaft im Bein / Werden wir Weltmeister sein“.

In diesem Sinne, Ihr Löwe